

# Historische Literatur

Band 2 · 2004 · Heft 4  
Oktober – Dezember

**Franz Steiner Verlag**

**Rezeptionszeitschrift von  
H-Soz-u-Kult**



Veröffentlichungen von Clio-online, Nr. 1

## Europäische Geschichte

Arru, Angiolina; Ramella, Franco (Hg.): *L'Italia delle migrazioni interne. Donne, uomini, mobilità in età moderna e contemporanea*. Rom: Donzelli Editore 2003. ISBN: 88-7989-809-4; 390 S.

**Rezensiert von:** Margareth Lanzinger, Institut für Geschichte, Universität Wien

Das Thema „Migration“ boomt seit einiger Zeit. Was den von Angiolina Arru und Franco Ramella herausgegebenen Sammelband zur italienischen Binnenmigration interessant macht, sind vor allem die Schwerpunktsetzungen, die in Verbindung mit unterschiedlichen Querthemen facettenreiche ‚Soziogramme‘ liefern: Recht, Heiratsmuster, Institutionen und informelle Kreise, Geschäfts- und Arbeitswelten, Kredite und andere Geldflüsse, Nachbarn, Verwandte und Zeugen stehen dabei im Zentrum – vornehmlich erprobt für die Städte Rom, Neapel und Turin.

Die dominierende Perspektive der italienischen Historiografie galt – so Arru und Ramella in der Einleitung – hinsichtlich der geografischen Dimension hauptsächlich der Emigration in andere europäische Länder und in die USA, hinsichtlich der zeitlichen Dimension den Jahrzehnten von der italienischen Einigung im Jahr 1861 bis zur letzten Welle an Massenmigrationen nach dem Zweiten Weltkrieg. Mittlerweile herrsche – prinzipiell zumindest – Einigkeit über die Bedeutung interner, kleinräumiger sowie individueller und frühneuzeitlicher Migration – an konkreter Forschung gelte es jedoch noch viel zu leisten, insbesondere in Richtung einer verstärkten Reflexion der mit Binnenwanderungen verbundenen Implikationen (S. IXf). Wie dieses Desiderat erfüllt werden kann, zeigen die elf Artikel dieses sich als „experimentell“ begreifenden Bandes.

Die Fokussierungen kreisen zentral um Fragen der Integration – und zwar nicht im Sinne einer Anpassung, sondern als Verknüpfungsleistung zwischen Usancen und Netzen der Herkunft-Umfelder und den Möglich-

keiten, welche die neuen sozialen Konstellationen bieten. Entscheidend – so der Grundtenor – ist nicht so sehr die Herkunft, die Dichotomie zwischen fremd und einheimisch, sondern der Kontext an interpersonellen Beziehungen im Sinne einer „strategischen Achse“: Wer agiert wie in welchen sozialen Kreisen? Der Zeitrahmen erstreckt sich vom Mittelalter über die Frühe Neuzeit bis in die 1960er-Jahre. Für das Ancien Régime kommt mehrfach die Stadtbürgerschaft als Analysekategorie zum Einsatz, ebenso beinahe durchgängig Geschlecht. Immer wieder zeigt sich in einer vergleichenden Perspektive, dass Unterschiede bei einer Reihe von Faktoren deutlicher zwischen den Geschlechtern ausgeprägt waren als nach der geografischen Herkunft.

Frühneuzeitliche Mobilität, auch nur über wenige Kilometer, brachte die Leute vielfach in Kontakt mit anderen Statuen und Gesetzeslagen. Simona Feci macht in Rom zwischen dem 15. und 17. Jahrhundert zwei gegenläufige Tendenzen aus: Dieser Umstand konnte in Richtung einer Differenzierung zwischen Zugewogenen und Einheimischen wirken, wenn sie sich an Konsulate oder *nationes*, an Institutionen also wandten, die ihre eigene Stadt vertraten. Gleichzeitig wirkte es homogenisierend, da alle dem lokalen Straf- und Zivilrecht unterstanden. Rechtserfahrungen von Zuwanderern führten immer wieder zu einer Reflexion der Rechtspraxis und zu Änderungen einzelner Bestimmungen.

Eleonora Canepari konzentriert sich auf Sozialbeziehungen in Arbeitszusammenhängen (Rom, 18. Jahrhundert). In der Einschätzung von Abschließungstendenzen städtischer Korporationen wäre es – so der Befund der Autorin – zu einfach, zwischen lokal und anderswo Geborenen eine Polarität zu orten. Entscheidende Kriterien seien der Ruf, die Reputation der Person, deren soziale Einbindung, lokale Stabilität, Präsenz und das Frequentieren von integrationsfördernden sozialen Umfeldern der Nachbarschaft und Arbeitswelt. Innerhalb von Stadtvierteln erwiesen sich die Bruderschaften als wichtige Kno-

tenpunkte in Netzwerken. Mit Heirats- und Kreditnetzen im 18. und 19. Jahrhundert setzt sich Arru auseinander. Wenn ein Immigrant nicht in seinem Zielort – hier wiederum Rom – heiratete, so ist das noch kein Indikator für fehlende Integration, sondern kann auch eine Entscheidung sein. Eine doppelte Verankerung in der Stadt und am Land hatte auch ihren Niederschlag auf Kreditnetze – wie die minutiösen Aufzeichnungen von Paolo Liberatore zeigen, die sich bei seinem Tod unter dem spärlichen Nachlass fanden.

Neapel wuchs im Vergleich zu anderen Großstädten im 19. Jahrhundert sehr langsam, Zuwanderung erfolgte trotz der ökonomisch-demografischen Krise. Ein besonders ergiebiger Quellenbestand, die *procesetti matrimoniali*, welche die Befragung von jedem Brautpaar und zwei Zeugen protokollieren, informieren über bisherige Aufenthaltsorte und Tätigkeiten, geben Auskunft über Motivationen für Ortswechsel, lassen Lebensverläufe und Beziehungsnetze rekonstruieren und ermöglichen eine Reflexion über den Konnex zwischen Sozialbeziehungen und Lebensstationen. Dies haben Tiziana Avolio, Stefano Chianese und Nicola Guarino für zwei Stichprobensamples unternommen.

Im Unterschied zur Täterseite ist im Kontext von Gewaltforschung bislang noch wenig über die von Opferseite angerufene Gerichtsbarkeit geforscht worden, noch seltener unter der Perspektive fremd/einheimisch – so der Befund von Domenico Rizzo. Ihm geht es in diesem Zusammenhang um die Frage nach der Beziehung der ImmigrantInnen zum Gericht als Institution, nach damit verbundenen Möglichkeiten und Gefahren – wie die drohende Ausweisung aus der Stadt. Ziel der Einschaltung des römischen Gerichts im 18. und 19. Jahrhunderts konnte auch die Wiederherstellung der Reputation sein.

Maria Carla Lamberti stellt die Frage nach inter- und intragenerationaler sozialer Mobilität in Familien von MigrantInnen in das Zentrum ihrer Untersuchung für Turin Anfang des 19. Jahrhunderts. Was den Zugang zum Arbeitsmarkt betrifft, so ist auch unter den Einheimischen ein großer Unterschied zwischen Männern und Frauen, der sich bei den Zugewanderten noch verschärft: 54 von 100 Frauen arbeiteten beispielsweise als Dienst-

mädchen. Wer sich noch nicht lange in der Stadt aufhielt, fand sich in weniger qualifizierten Berufssparten wieder, wer hingegen bereits als Kind mit der Familie in die Stadt gekommen war, hatte weit bessere Chancen.

„Eliten in Bewegung“ thematisiert Daniela Luigia Caglioti am Beispiel von deutsch-Schweizer Handelsleuten und Unternehmern in Neapel im 19. Jahrhundert, deren Werdegang sie über mehrere Generationen verfolgt. Sie brachten Kapital mit, waren gut in das hier-sige Informationsnetz eingebunden und kamen als Vorreiter auf einen late-comer-Markt – verfügten also über einen Ressourcen- und Wissensvorsprung. Neue Sozialbeziehungen, die sie in der Stadt knüpften, blieben innerhalb der ethnisch-religiösen Gruppen. Netze wirkten hier als Filter, sie schlossen aus, nicht ein.

Der Karriere, der Familie und dem sozialen Umfeld auswärtiger Beamte spürt Giulio Macchetti im Neapel des 19. Jahrhunderts nach, dem Einfluss der Klassifikation einheimisch/fremd auf die Konstruktion ihrer spezifischen stadtbürgerlichen Identität. Heiratskreise oder Zeugenwahl unterschieden sich hier stärker gegenüber anderen Berufsgruppen als nach der geografischen Herkunft. Die Vater-Sohn-Folge in der Beamtenlaufbahn war bei Einheimischen wie Zugezogenen gängige Praxis.

Mit dem Scheitern von Zugewanderten im Handelsmilieu von Neapel an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert befasst sich Maria Rosaria De Rosa. Unter den Faktoren, die für das Eingehen von Geschäftsbeziehungen wichtig waren, erwies sich die geografische Herkunft als nachrangig: Geld und Kompetenz galten als Referenzen; Vertrauenswürdigkeit, der ökonomische Handlungsrahmen und der Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten waren zentral. Offenheit und Geschlossenheit liefen also parallel. Wenn die Geschäfte allerdings nicht mehr gut gingen, tauchten plötzlich Stereotype auf. In solchen Krisenmomenten stellten die Netze zum Herkunftsort eine wichtige Ressource dar.

Die Migration aus Guardia Lombardi in der Provinz Avellino, südlich von Neapel gelegen, führte zwischen 1880 und 1940 zwar – klassisch – in die USA. Andreina de Clementi lenkt den Blick aber nicht auf das Wan-

derungsziel, sondern auf die Auswirkungen vor Ort: Sie untersucht die Möglichkeiten, die die Auswanderungswilligen nutzten, um die Überfahrt zu finanzieren, die Besitztransaktionen, die in Zusammenhang mit einer bevorstehenden Auswanderung getätigt oder später von den USA aus in die Wege geleitet wurden, wer die Käufer waren, wer als Vermittler fungierte und wie die transatlantischen Geldsendungen, die in den Heimatort flossen, eingesetzt wurden.

Im Zentrum des abschließenden Beitrages von Franco Ramella steht die Migration von Hunderttausenden, großteils Arbeitern Ende der 1950er, Anfang der 1960er-Jahre nach Turin, zu den expandierenden Fabriken. Manche machten Karriere, andere nicht. Den Grund dafür will der Autor nicht an der unterschiedlichen räumlichen Distanz der beiden wichtigsten Zuwanderergruppen – aus dem Süden Italiens und aus Piemont – festmachen, sondern an sozialen Mechanismen: Den allzu homogenen interpersonellen Beziehungen und Informationskanälen standen Beziehungsnetze gegenüber, die breiter und quer durch die städtische Gesellschaft gestreut und oft über Generationen aufgebaut worden waren.

Die AutorInnen analysieren und vergleichen unterschiedlichste Aspekte auf Mikroebenen, sie diskutieren Quellenprobleme, viele von ihnen kombinieren quantitative Auswertungen und biografische Rekonstruktionen. Auch wenn einzelne Beiträge die Definition von „internen“ Migrationen sprengen, verbindet sie ein gemeinsamer, auf innere Dynamiken gerichteter Fokus: die Frage nach sozialen Beziehungen und Netzwerken, nach engeren und weiteren Geflechten, ihren Entstehungskontexten und Logiken des Funktionierens und Aktivierens, ihren Möglichkeiten und bisweilen auch Grenzen und nicht zuletzt die Frage nach den Veränderungen, die die Zugewanderten vor Ort, in der Zielgesellschaft bewirken. Das Plädoyer der HerausgeberInnen, mit dem Blick auf Binnenmigrationen nicht ein eigenes Feld – ein „spezialisiertes Getto“ – zu eröffnen, sondern sich von einem anderen Beobachtungsstandpunkt aus, in wesentliche Grundzüge historischer Gesellschaftsprofile und aktueller Forschungsdebatten einzuklinken (S. X), ist damit sicher eingelöst.

HistLit 2004-4-100 / Margareth Lanzinger über Arru, Angiolina; Ramella, Franco (Hg.): *L'Italia delle migrazioni interne. Donne, uomini, mobilità in età moderna e contemporanea*. Rom 2003. In: H-Soz-u-Kult 10.11.2004.

---

Baberowski, Jörg: *Der Feind ist überall. Stalinismus im Kaukasus*. München: Deutsche Verlags-Anstalt 2003. ISBN: 3-421-05622-6; 882 S.

**Rezensiert von:** Lothar Kölm, Berlin

Jörg Baberowski, Professor und Lehrstuhlinhaber für osteuropäische Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin, hat ein voluminöses und beachtenswertes Buch vorgelegt. Wer sich mit der Geschichte der Sowjetunion befasst, wird immer wieder darauf zurückgreifen müssen. Dafür sorgt allein der Haupttitel, der als Untertitel eingestuft wurde: „Stalinismus im Kaukasus“.

Für die Abhandlung des Themas sind mindestens fünf Voraussetzungen zu nennen: der Zusammenbruch der UdSSR, die Bildung souveräner Nachfolgestaaten (hier Aserbaidschan), das postsowjetische Chaos, zu dem auch die so genannte Archivrevolution gehörte, die Unterstützung der Archive und Archivare (wer in sowjetischer Zeit in den z.T. gleichen Archiven gearbeitet hat oder dies beabsichtigte, weiß dies insbesondere zu schätzen), die Übersicht, Geduld und das Vermögen des Autors bei der Hebung, Darlegung und Analyse der Archivmaterialien. Die Dokumente stammen aus zentralen und regionalen Archiven in St. Petersburg, Moskau und Baku. Allein die Übersicht der Bestände und Findbücher beeindruckt, und Baberowski schöpft in vollen Zügen aus den Quellen. So verwundert es nicht, dass sich das gehobene Archivgut zu einem Massiv aufbaute und zu einem Faszinosum entwickelte. Damit ist angedeutet, dass ein Verzicht auf eine Quellenkritik – sie wäre entweder als generelle Problemstellung oder aber im Detail wünschenswert gewesen – mitunter zu Schlussfolgerungen und Zuspitzungen geführt hat, die sich erheblich von bisherigen Erkenntnissen und Auffassungen in der russischen/sowjetischen Historiografie z.B. über die drei Revolutionen in Russland unterschei-

den. So seien die Streiks von 1905 in Baku kein sozialer Protest, sondern eine interethnische und religiöse Auseinandersetzung gewesen. Deshalb habe es auch keine proletarische Solidarität gegeben. Die Revolution des Jahres 1905 in Baku kam deshalb als Pogrom zum Ausbruch (S. 68). In Baku habe es die Februarrevolution 1917 nicht gegeben (S. 96). Überhaupt hätte sich die Revolution den Muslimen nicht mitgeteilt (S. 100). Dagegen kam 1917, wie Baberowski meint, „die Geißel der Gewalt und des Terrors wie eine Naturkatastrophe über die Gouvernements Transkaukasiens. Die Revolution war hier nichts weiter als ein unablässiger Pogrom. Nirgendwo feierten die Gewalt und die ethnischen Säuberungen solche grausamen Triumphe wie in Transkaukasien, weil sich hier die Vernichtungsphantasien der Eliten mit der Gewaltkultur der Bevölkerung zu einem explosiven Gemisch verbanden“ (S. 84). Die Verwendung des Begriffs „Gewaltkultur“ scheint gewöhnungsbedürftig zu sein; er ist eher ein Oxy-moron.). Damit ist zugleich auf die Grundthese des Buches verwiesen, denn Terror und Gewalt (sprich Stalinismus) sollten „an den historischen Ort“ zurückgebracht werden, „aus dem er kam und in dem er sich entfaltete“, d.h. dieser Ort ist Azerbajdžan allgemein, Nachicevan explizit (vgl. S. 536ff.). Zentralasien und Transkaukasien wurden, so lautet die Synthese, „zum Experimentierfeld, auf dem die selbsternannten Heilsbringer ihre Zivilisationsprogramme erproben konnten, bevor sie auch in den übrigen Regionen des Imperiums an Schwung gewannen“ (S. 554). An der Peripherie – gemeint ist der historisch-kulturelle Raum, der mit dem in der russischen Historiografie sowie in der schöngestigen und politischen Literatur üblichen Begriff „Okraina“ gekennzeichnet wird, hier jedoch keine Berücksichtigung gefunden hat – sei der Gewaltstil erprobt worden, der dann im Rest der Sowjetunion zur Anwendung gekommen sei (S. 773). Baberowski vertritt dezidiert die Auffassung, dass sich der Stalinismus von der Peripherie ins Zentrum der politischen Macht bewegt bzw. entwickelt habe, womit er reichlich Diskussionsstoff geliefert hat. In diesem Kontext stellt sich sofort die Frage, was denn der Stalinismus gewesen ist. Steht das Moment der Gesellschaftskonzeption im Vorder-

grund, so kann es nur eine „Ausbreitungsrichtung“ geben: vom Zentrum zur Okraina. Liegt der Schwerpunkt bei der Begriffsbestimmung aber auf Gewalt, Terror, „orientalische Despotie“ (S. 773), so ist der Weg von der Peripherie zum Zentrum nicht von der Hand zu weisen. Die Gewalt als „Signum stalinistischer Schreckensherrschaft wurzelte im Konflikt unverstandener Welten“ (S. 588). Baberowski definiert Stalinismus als „eine personalisierte Form terroristischer Gewaltherrschaft mit totalitärem Anspruch unter den Bedingungen kultureller Heterogenität und institutioneller Unterdrückung“ (S. 553, Fußnote 3). Stalinismus sei aber auch eine Zivilisation, ein Zivilisationstyp, dessen historische und kulturelle Wurzeln im russischen und sowjetischen Imperium (sprich Geschichte) liegen. Die Formulierung „personalisierte Form“ lässt die Schlussfolgerung zu, dass mit dem Tod Stalins auch der Stalinismus das Zeitliche gesegnet habe, der Endpunkt also 1953 sei. Dagegen ist einzuwenden, dass das von Stalin geschaffene Gesellschafts- und Herrschaftsmodell nicht zeitgleich mit seinem Schöpfer von der Bildfläche verschwand, sondern erst Jahrzehnte später durch die Perestrojka, die ja eine grundlegende Reform dieses Modells („Zurück zu Lenin“) bewirken sollte, zu Grabe getragen wurde; und die Gewalt kehrte, so möchte man mit Baberowski sagen, an ihren „historischen Ort“ zurück. Das von Stalin geschaffene Gefolgschaftswesen bzw. der „Personenverbandsstaat“ (S. 775) erlebt seit 1990 in vielen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, darunter in Azerbajdžan, eine (bedrückende) politische Renaissance.

Baberowski fordert, das „Verhältnis zur Religion, zum Geschlecht, zur Mode und zum Recht in den Mittelpunkt historischen Forschens“ zu stellen, was in der Historiografie über den Stalinismus „bislang kaum Beachtung“ gefunden habe. Denn darin liege der „eigentliche Kern für das Verständnis des Stalinismus verborgen“ (S. 588). Hier steht das Bemühen im Vordergrund, auf kulturgeschichtliche Aspekte des Stalinismus aufmerksam zu machen. Der Leser findet hierzu in dem Buch dann auch reichlich Informationen (vgl. Kapitel sieben, S. 599ff.). Insbesondere sei auf die Ausführungen über die Politik der *korenizacija* der Bolschewiki aufmerksam

gemacht. Erstens wird dem undifferenzierten und tumben Russifizierungsgerede eine Abfuhr durch eine differenzierte Darlegung des Problems erteilt. Dagegen hätten, zweitens, nationale Selbstbestimmung, Nationalitätspolitik, nationale Republiken, die *korenizacija* „das Bekenntnis der neuen Machthaber zur Nation als Ordnungsprinzip des Imperiums [symbolisiert]“ (S. 213; generell Kapitel fünf, S. 314ff.).

Die Historiografie über den Stalinismus hat bereits jetzt eine kaum noch zu übersehende Dimension angenommen. Baberowskis Arbeit gebührt aber eine Ausnahmestellung. Es ist eine aus den Quellen gearbeitete Grundlagenforschung, und dies ist vor allem zu würdigen. Auch ist es nicht üblich, dass sich ein Russlandhistoriker mit der Geschichte eines nichtrussischen Volkes des Russischen Reiches/der Sowjetunion beschäftigt, woran es anderen Forschern mangelte, war sicherlich nicht das Interesse, wohl aber an Sprachkenntnissen. Entstanden ist eine Geschichte Azerbajdzans seit dem Zeitpunkt der Zugehörigkeit zum Russischen Reich (Friedensverträge Russlands mit Persien Gulistan 1812 und Turkmancai 1828) mit dem Schwerpunkt auf der Stalinschen Zeit der sowjetischen Geschichte bis Ende der 1930er-Jahre. Insofern haben wir es mit einem Buch in einem Buch zu tun. Azerbajdzan diente Baberowski als Fallbeispiel, um seine Stalinismusauffassung darzulegen. Doch seine Konzeption, den Stalinismus aus der russischen/zarischen Geschichte (vgl. insbesondere Kapitel eins, aber auch Kapitel zwei) herzuleiten, muss Widerspruch hervorrufen. Kennzeichnend für die Stalinismushistoriografie ist, dass der Stalinismus vor allem als Synonym für Terror und Gewalt gilt und insofern ausschließlich als ein Problem und Phänomen der sowjetischen Geschichte angesehen wird (vgl. die Gliederung des Buches). Doch Gewalt, Terror etc. sind ein Charakteristikum des 20. Jahrhunderts. Die Stalinsche Zeit, sie endete – im Gegensatz zum Stalinismus – in der Tat im März 1953, sollte in den Epochenkontext zumindest der europäischen Geschichte eingeordnet werden. Es bereitet offenbar Mühe, den Begriff „Stalinismus“, ursprünglich war er ein politischer Kampfbegriff, als wissenschaftliche Kategorie und als Verständigungsinstru-

ment zu gebrauchen.

Dem Buch sind Verzeichnisse über benutzte Zeitschriften, Abkürzungen, Quellen und Literatur beigelegt. Das Personenregister ist dagegen etwas (kaukasisch) „großzügig“ geraten. Bei einer zweiten Auflage sollte auf „Zuspitzungen und Provokationen“ verzichtet werden, denn die Fakten sprechen für sich. Auch sollte der Begriffsapparat (Nation, Nationalität, Ethnie, Nationalisierung, Gewaltkultur, Peripherie etc.) einer Überprüfung bzw. Präzisierung unterzogen werden. Eingangs seines Buches sprach Baberowski die Hoffnung aus, es möge zum „Verständnis des heute Unverstandenen“ beitragen. In diesem Sinne ist es in der Tat ein zeitgemäßes Buch.

HistLit 2004-4-136 / Lothar Kölm über Baberowski, Jörg: *Der Feind ist überall. Stalinismus im Kaukasus*. München 2003. In: H-Soz-u-Kult 25.11.2004.

Bayerlein, Bernhard H.; Narinski, Mikhail; Studer, Brigitte; Wolkow, Serge (Hg.): *Moscou-Paris-Berlin. Télégrammes chiffrés du Komintern (1939-1941)*. Paris: Éditions Tallandier 2003. ISBN: 2-84734-080-7; 614 S.

**Rezensiert von:** Gerhard Wettig, Kommen

Die UdSSR verfolgte ihre außenpolitischen Ziele nicht nur mit diplomatischen Mitteln, sondern auch mittels auswärtiger kommunistischer Parteien – also auf der innerstaatlichen Ebene der Gegenseite. Die dazu erteilten Instruktionen liefen über die Kommunistische Internationale (Komintern), an deren Spitze in den 1930er-Jahren Georgij Dimitrov stand. Das zeigte sich in der Dreiecksbeziehung UdSSR, NS-Deutschland und den gegen dieses Krieg führenden Westmächten Großbritannien und Frankreich in der Zeit zwischen dem Hitler-Stalin-Pakt 1939 und dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941. Aus den bisherigen Darstellungen der sowjetischen Haltung geht zwar hervor, dass Stalin nicht nur die polnische Beute mit dem deutschen Diktator teilte, die geheimen Zusatzprotokolle zur Annexion der baltischen Staaten und rumänischer Gebiete so-

wie zum Angriffskrieg gegen Finnland nutzte und bei formeller Neutralität im Krieg Hitlers gegen den Westen faktisch die französischen Kommunisten zur Parteinahme für den deutschen Aggressor veranlasste. Über die - sehr aufschlussreichen - Motive, Nuancen und Schwankungen dieser Politik jedoch war bisher kaum etwas bekannt. Daher füllt der vorliegende Dokumentenband mit der geheimen Korrespondenz der Moskauer Kominternzentrale mit den kommunistischen Parteien in Westeuropa, insbesondere in Frankreich, eine fühlbare Lücke. Soweit es sich nicht bereits um französische Originaltexte handelt, wurden die Telegramme ins Französische übersetzt.

Aus den abgedruckten Dokumenten, welche die in Moskau aufbewahrte Überlieferung vollständig wiedergeben, geht noch sehr viel eindrücklicher als aus dem vorher Bekannten hervor, dass der Hitler-Stalin-Pakt für die kommunistische Bewegung ein verstörendes Ereignis darstellte. Das ab 1935 eingeleitete politische Zusammenwirken mit den Westmächten im Zeichen des „antifaschistischen“ Kampfes hatte ganz den Wünschen der auswärtigen Kommunisten entsprochen, die sich heftiger Verfolgung durch das deutsche Regime ausgesetzt sahen, im Westen dagegen zeitweilig an Regierungen beteiligt wurden. Daher war der sowjetische Kurswechsel im August 1939 für sie ein Schock, der sich noch verstärkte, als Stalin die vorsichtig geäußerte Anregung des Kominternchefs Dimitrov ablehnte, den Bruderparteien im Westen die Weiterführung der alten Politik zu gestatten. Erstmals kamen Zweifel an der Kremlpolitik auf, und es regte sich starker Widerspruch, den Moskau mit aller Mühe erst nach Wochen stoppen konnte.

Anhand von Stalin-Äußerungen vom 5. September 1939 bestätigen die Herausgeber, was bisher nur Mutmaßung war: Stalin ging es bei dem Pakt mit Hitler nicht nur um die - ihm von den westlichen Regierungen verweigerte - Ausdehnung der sowjetischen Macht. Den leitenden Kominternfunktionären Dimitrov und Manuilskij erläuterte er, es komme darauf an, die Staaten des Kapitalismus zwecks gegenseitiger Schwächung in einem Krieg zu verwickeln. Als die ärmere Seite werde Deutschland die Position

der reicheren Länder, vor allem Englands, erschüttern. Damit werde Hitler ungewollt das kapitalistische System unterminieren. Zudem werde es durch die Beseitigung Polens eine bürgerlich-faschistische Regierung weniger auf der Welt geben. Es sei nichts Schlechtes daran, wenn die Ausschaltung Polens es der UdSSR erlaube, das sozialistische System auf neue Gebiete und neue Bevölkerungen zu erstrecken.

Während Stalin die - im Westen weithin überschätzte - militärische Kraft Polens richtig beurteilt hatte und daher über den raschen Zusammenbruch dieses Landes nicht erstaunt war, trafen ihn die raschen Siege der Wehrmacht im Westen vom Frühjahr 1940 unvorbereitet. Er hatte stattdessen mit lange andauernden Kämpfen gerechnet und sah sich daher mit einer unerwarteten Lage konfrontiert. Seine Reaktion darauf entsprach, wie die in dem Band wiedergegebenen Telegramme an die Westparteien erstmals zeigen, nicht dem Bild, das man sich bislang gemacht hat. Er hoffte zunächst auf ein Arrangement, das die deutschen Besatzungsbehörden zu einer Duldung gewisser kommunistischer Aktivitäten, namentlich zur Genehmigung von Pressearbeit, veranlassen werde. Für diesen Fall war er bereit, auf die Chance zu verzichten, die für die Kommunisten in der Einreihung in eine überparteiliche Front des nationalen Widerstandes lag. Unter dieser Voraussetzung sollten die Bruderparteien im Westen alle gegen die Okkupanten gerichteten Schritte unterlassen und die deutsche Politik uneingeschränkt unterstützen.

Neu ist auch, dass Stalin nach dem Scheitern des Versuchs umsteuerte - freilich mit äußerster Vorsicht, um Hitler angesichts seiner Machtposition nicht herauszufordern und die 1939 mit ihm begonnene Zusammenarbeit nicht zu gefährden. Die Kommunisten in den besetzten Ländern sollten sich nunmehr den patriotischen Widerstandskräften annähern, die Kooperation mit ihnen suchen und sich so ein nationales Image geben, ohne indessen damit die Aufmerksamkeit der Deutschen auf sich zu ziehen und/oder ein unwiderrufliches Engagement einzugehen. Sogar die Moral und den Zusammenhalt der Besatzungstruppen sollten sie zu unterminieren suchen, soweit dies ohne Aufdeckung ihrer

Initiative möglich war. Anders als man bisher glaubte, hatte Stalin damit schon im Herbst 1940 - also lange vor dem Überfall auf die Sowjetunion - einen wichtigen antideutschen Schwenk auf der „gesellschaftlichen“ Ebene vollzogen, der deutlich mit seiner Beschwichtigungspolitik im zwischenstaatlichen Bereich kontrastierte. Die seit dem 22. Juni 1941 einsetzende volle Eingliederung der Kommunisten in die Résistance-Bewegung wurde durch diese Zwischenphase vorbereitet und erleichtert.

Der Dokumentenband ist sorgfältig ediert, sachkundig eingeleitet und kommentiert. Die darin enthaltenen dechiffrierten Komintern-telegramme aus dem Russischen Staatsarchiv für Sozial- und Politikgeschichte (RGASPI) in Moskau ergänzen die Feststellungen der bisherigen historischen Forschung in wichtigen Punkten. Nachdem bislang die Politik, mit der Stalin zum Entstehen des Zweiten Weltkrieges und zu dessen Verlauf bis 1941 beigetragen hat, wesentlich nur auf Grund des von außen her erkennbaren Verhaltens und publizistischer sowjetischer Quellen beurteilt werden konnte, entsteht nun aus der Innensicht heraus ein sehr viel klareres, differenzierteres Bild, das insbesondere auch das zeitweilig abweichende Vorgehen auf der durch den Einsatz der Kommunisten im Westen gegebenen Handlungsebenen deutlich macht.

HistLit 2004-4-069 / Gerhard Wettig über Bayerlein, Bernhard H.; Narinski, Mikhail; Studer, Brigitte; Wolkow, Serge (Hg.): *Moscou-Paris-Berlin. Télégrammes chiffrés du Kominintern (1939-1941)*. Paris 2003. In: H-Soz-u-Kult 28.10.2004.

---

Bourne, Kenneth; Watt, D. Cameron; Partidge, Michael; Preston, Paul (Hg.): *British Documents on Foreign Affairs. Reports and Papers from the Foreign Office Confidential Print*. Bethesda: University Press of America 1983-2003. ISBN: -.

**Rezensiert von:** Freddy Litten, München

**Vom Rio de la Plata über Danzig zum 38. Breitengrad**

Mehr als 20 Jahre nach seiner Konzepti-

on hat ein weiterer Teil eines der interessantesten und wichtigsten Editionsprojekte zur internationalen Geschichte seinen Abschluss gefunden: Die teilweise in Auswahl (Teile I & II), teilweise komplett (Teile III & IV) vorgelegte Ausgabe der so genannten „Foreign Office Confidential Print“ von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1950. Hierbei handelt es sich um britische diplomatische Berichte, Telegramme, Memoranden, Kurzbiografien usw., die für einen hochrangigen Benutzerkreis – vor allem die englische Königin bzw. den König, wichtige britische diplomatische Vertretungen, bestimmte Regierungsbehörden – ausgewählt und vervielfältigt wurden. (Wobei sich die Kriterien und Einteilungen im Laufe der Zeit mehrfach änderten, wie die allgemeinen Einleitungen zu den Teilen darlegen.) Nur zwei einigermaßen vollständige Originalsätze existieren für die Zeit bis 1939 im Public Record Office in Kew und in der Foreign and Commonwealth Library, dazu noch einige lückenhafte Sätze; für die Zeit danach wurden die Exemplare im Public Record Office benutzt, die erst nach einer Sperrfrist von 50 Jahren freigegeben wurden.

Da das britische Empire die Erde umspannte, interessierten sich britische Diplomaten auch für den ganzen „Rest“ der Welt. Das Ergebnis ist eine Unmenge an Dokumenten, die nicht nur für die britische Diplomatiegeschichte wichtig sind, sondern gerade auch für die Erforschung der Geschichte der entsprechenden Länder, ähnlich wie für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zunehmend die Bände der „Foreign Relations of the United States“. Die Spannweite der „Foreign Office Confidential Print“ reicht vom Krieg zwischen Argentinien und Uruguay seit 1839 (Teil I, Serie D, Band 1) über den Problemfall Danzig in der Zwischenkriegszeit (wie die polnisch-litauische Grenzziehungsproblematik ausführlich verfolgt in II, F, 51ff.) bis zum beginnenden Koreakrieg 1950 (IV, E, 10). Wenngleich Europa immer mehr zum Schwerpunkt des Interesses wurde (mehr als ein Viertel der Bände gehören zur Serie F), so gibt es doch auch zu Afrika von 1946 bis 1950 fünf Bände, die allerdings besonders Ägypten und Äthiopien behandeln (IV, G).

Die Sammlung ist in vier chronologische Teile gegliedert: Von der Mitte des 19. Jahr-

hunderts bis 1914 (Teil I), Zwischenkriegszeit (Teil II), Zweiter Weltkrieg (Teil III) sowie 1946 bis 1950 (Teil IV). (Ein Teil V für die Jahre 1951-1956 ist angekündigt und soll ab 2005 erscheinen.) Innerhalb dieser vier Teile gibt es jeweils sieben Serien: Russland/Sowjetunion (Serie A), Naher Osten (B), Nordamerika (C), Lateinamerika (D), Asien (E), Europa (F) und Afrika (G). Eigene Serien beschäftigen sich mit dem Ersten Weltkrieg (H), den Pariser Friedenskonferenzen im Anschluss (I; 15 Bände!), dem Völkerbund (J), „Wirtschaftlichen Angelegenheiten, Kulturpropaganda und der Reform des Foreign Office“ zwischen 1910 und 1939 (K), dem „Zweiten Weltkrieg und Allgemeinem“ (L) sowie „Internationalen Angelegenheiten, Commonwealth-Angelegenheiten und Allgemeinem“, 1946-1950 (M).

Jeder Band wird von einer Übersicht der enthaltenen Dokumente (Ordnungsnummern, Dokumententyp, Autor, Datum, Betreff) bzw. den Verweisen auf solche Übersichten im Rest des Bandes eröffnet, es schließen sich die allgemeine Einleitung zum jeweiligen Teil, eine spezielle Einleitung von meist vier bis fünf Seiten zur entsprechenden Serie bzw. Unterserie und eine Chronologie an. Die Dokumente selbst werden praktisch unkommentiert und unkorrigiert reproduziert. Zusammenhänge zwischen den Bänden werden, wenn überhaupt, nur in den Einleitungen gegeben. Ein ausführlicher Index fehlt leider, selbst auf Bandebene; in den Bänden der Teile III und IV findet man immerhin am Ende ein kurzes Schlagwortregister. Letzteres allerdings gibt ebenfalls nur einen groben Überblick, so dass manchmal Phantasie und Glück notwendig sind, um auf etwas zu stoßen. Es ist eben kaum zu erwarten, dass in einem der wöchentlichen politischen Berichte über die USA ein eigener Abschnitt der Reaktion auf die Rückberufung General Joseph W. Stilwells aus China im Oktober 1944 gewidmet ist (III, C, 4, S. 429f.); das Schlagwortregister enthält zwar einen Eintrag zu China, doch verweist dieser auf eine andere Stelle. Während man die fehlende Kommentierung der einzelnen Dokumente durchaus verschmerzen kann, muss man das Fehlen von wenigstens Namens- und Ortsregistern als Mangel ansehen.

Selbstverständlich handelt es sich jeweils nur um eine Auswahl der gesamten britischen Akten zu den einzelnen Ländern, in den Teilen I und II sogar um eine durch die einzelnen Herausgeber noch zusätzlich eingeschränkte Auswahl. (Hierbei wurde auch Wert darauf gelegt, Überschneidungen mit den „Documents on British Foreign Policy 1919-1939“ und anderen bereits vorliegenden Akteneditionen gering zu halten.) Betrachtet man beispielsweise die „British Foreign Office Correspondence“ für Japan 1926 und 1927, so sind dort grob gerechnet dreieinhalbtausend Seiten an Originalakten verfilmt, während dieser Zeitraum in den „British Documents on Foreign Affairs“ in einem Band mit ca. 430 Seiten abgehandelt wird (II, E, 8). Andererseits erhält der Leser damit eine vor allem auf politische und wirtschaftliche Themen konzentrierte Fassung der Berichterstattung, ohne durch Dokumente zu konsularischen Fragen, Entwürfe und Ähnliches abgelenkt zu werden. Und zu Deutschland etwa zwischen 1920 und 1939 (II, F, 31ff.) ergibt sich immer noch ein Band pro Jahr, auch ohne dass dort kulturelle Ereignisse wie die Olympischen Spiele 1936 größere Beachtung finden würden. Dennoch bleiben genügend Details übrig: So wird im ersten Wochenbericht nach der amerikanischen Präsidentschaftswahl 1944 erwähnt, dass in der Rundfunkübertragung vor der letzten Wahlkampfansprache Roosevelts Lieder politischen Inhalts gespielt wurden, darunter eines von Groucho Marx (III, C, 4, S. 432).

Für die europäische und nordamerikanische Geschichte liegt der Nutzen der Bände offensichtlich im speziell britischen Blick auf Ereignisse, die andernorts ausführlicher dokumentiert sein können. Für andere Gebiete und Länder dagegen dürfte es häufig schwer fallen, eine ähnlich inhaltsreiche Quelle in Druckform zu finden. So ist z.B. die über zwei Bände sich erstreckende Berichterstattung über den Kongo-Freistaat bzw. Belgisch-Kongo bis 1914 (I, G, 23f.) nicht nur per se hochinteressant zu lesen, sondern auch ein notwendiges Korrektiv zu gewissen Veröffentlichungen zu diesem Thema. Noch mehr als die gelegentlich schwierig zu benutzenden Verfilmungen der Originalarchivalien stellen diese Bände darüber hinaus für die universi-

täre Lehre ein wichtiges Hilfsmittel dar.

Kurzum, die Sammlung „British Documents on Foreign Affairs“ ist eine selbstverständlich allein nie ausreichende, aber zentrale Quelle für den gesamten Bereich der politischen, diplomatischen und auch Wirtschaftsgeschichte der Welt zwischen der Mitte des 19. und der Mitte des 20. Jahrhunderts.

HistLit 2004-4-092 / Freddy Litten über Bourne, Kenneth; Watt, D. Cameron; Partridge, Michael; Preston, Paul (Hg.): *British Documents on Foreign Affairs. Reports and Papers from the Foreign Office Confidential Print*. Bethesda 1983-2003. In: H-Soz-u-Kult 06.11.2004.

---

Braun, Nikolaus: *Terrorismus und Freiheitskampf. Gewalt, Propaganda und politische Strategie im Irischen Bürgerkrieg 1922/23*. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag 2003. ISBN: 3-486-56696-2; 598 S.

**Rezensiert von:** Helga Fröhlich, Berlin

Historische Ereignisse entwickeln nicht selten eine Eigendynamik, die sich scheinbar Logik und wissenschaftlichen Bewertungskriterien entzieht. Irrationales, Emotionales gewinnen an Bedeutung. Als im Sommer 1922 der Irische Bürgerkrieg ausbricht, wird er begleitet von einer gewaltigen propagandistischen Auseinandersetzung, die mit großer Erbitterung geführt wird. Die Befürworter des englisch-irischen Vertrages, die Nikolas Braun durchgängig als „Freistaatler“ bezeichnet und die Vertragsgegner, die „Republikaner“, stehen sich gegenüber und ringen jeweils um die Unterstützung der Bevölkerung. Die Schärfe der Konfrontation wird nur verstehen können, wer nach den historischen Wurzeln des Konfliktes fragt. Beide Parteien argumentieren historisch, berufen sich auf Traditionen, die Jahrhunderte zurückreichen.

Viele der militärischen und politischen Zusammenhänge des Irischen Bürgerkrieges von 1922/23 sind von der neueren Forschung gut aufgearbeitet und werden einleitend kurz dargestellt. Indem Nikolaus Braun fragt, wie sich „Fakten und Fiktionen gegenseitig beeinflussten, ineinander verschwammen und miteinander verschmolzen“ (S. 9), nähert er

sich der Problematik mit neuen Fragestellungen. Ihn interessiert vor allem, wie Geschichte für die jeweils eigenen Interessen (um)interpretiert und instrumentalisiert wurde. Braun's Ziel ist es, „nicht über einen primär militärischen oder machtpolitischen, sondern über einen primär legitimatorischen Konflikt“ (S. 17) zu schreiben. Der Bürgerkrieg – so eine der Hauptthesen – war „nicht nur ein Krieg um die faktische Macht über den Staat. Er war genauso ein Krieg um nationale Legitimität, ein Krieg darum, welche Seite sich als ‚irisch‘ definieren durfte und welche sich als ‚britisch‘ definieren lassen musste“ (S. 31).

Diesem Anliegen folgend widmet sich der Großteil der Arbeit den propagandistischen Auseinandersetzungen im Bürgerkrieg. Braun untersucht vor allem, wie das untrennbare Gemisch aus Fakten und Fiktionen entsteht, wie es zum unauflösbaren Knäuel wird, aus dem Handlungsoptionen bzw. Handlungszwänge entstanden. Die Stärke seiner Darstellung liegt im Erzählen. Braun will, so betont er mehrmals, „die Geschichte einer Tragödie“ (u.a. S. 35) erzählen und damit politische Kulturen rekonstruieren. So erfährt der Leser u.a., wie beide Lager ihre Propaganda organisierten, welche Institutionen wie involviert waren, welche Legenden verbreitet und gepflegt wurden, um Legitimation zu entwickeln und die Bevölkerung für die jeweilige Seite zu gewinnen. Dabei untersucht Braun auch das politische Vokabular und hinterfragt den Gebrauch von Sprache und Metaphern, wobei der Zusammenhang zwischen Sagbarem und Machbarem plastisch wird.

Dankeswerterweise bezieht der Autor auch Quellenmaterial ein, das – abseits von offiziellen Erklärungen, Artikeln etc. – mehr in den Alltagsbereich der Menschen eingreift. So werden Karikaturen, Lieder u.ä. nach ihrer Funktion im System von Legitimationsstrategien untersucht. Damit unternimmt Braun den Versuch, zwischen verschiedenen Ebenen der öffentlichen Kommunikation zu differenzieren und offizielle Propaganda und Stereotype von politischen Überzeugungen und Wertvorstellungen abzuheben. Was waren Mythen und wie entwickelten sich diese? Wie wurden Überzeugungen instrumentalisiert und von wem? Wie war das möglich?

Und mit welchem Erfolg?

Mit seinen Ansätzen und Untersuchungsmethoden, die Braun selbst – sich anlehnend an Lynn Hunt – als „methodischen Eklektizismus“ bezeichnet (S. 20) weist er in den ersten Abschnitten des Buches nach, dass es trotz der sich schnell polarisierenden Verhältnisse keine automatische Weichenstellung in Richtung militärische Auseinandersetzung gab. Die Organisation der Propagandamaschinerien untersuchend, kommt er zu dem Ergebnis, dass die freistaatlichen Propagandisten ihren Gegnern zunächst überlegen waren und das dogmatische Festhalten der Republikaner deren Handlungsspielräume einschränkte. Gerade weil Braun die tragischen Ereignisse als legitimatorischen Konflikt sieht, fragt er zugleich nach den möglichen Alternativen zum Bürgerkrieg. Letztlich scheiterte jedoch das mögliche Einlenken an den realpolitischen Gegebenheiten: Großbritannien war in keiner Form zum Nachverhandeln des Vertrages bereit.

Braun ordnet sein Material in allen chronologisch geordneten Kapiteln entlang zweier Achsen: Es gibt eher organisationsgeschichtlich ausgerichtete Abschnitte und mehr inhaltlich-analytisch vorgehende. Zuweilen fließen die Achsen ineinander. Dabei sind die von Braun behandelten Themen vielfältig: So zeigt er u.a., wie die „Freistaatler“ versuchten, die katholische Kirche auf ihre Seite zu ziehen, in welchem Verhältnis Republikanismus und Katholizismus zueinander standen und wie sich dieses Verhältnis modifizierte. Kapitel F, das sich mit der Endphase des Bürgerkriegs beschäftigt, wirft so interessante Themen auf, wie die Rolle von Märtyrern im Kampf. Anhand des Hungerstreiks von Mary MacSwiney behandelt Braun auch das Thema des weiblichen Martyriums. Am Ende des Bürgerkriegs – so der Autor – war die republikanische Seite gezwungen, Schritt für Schritt zu realpolitischen Handlungsstrategien überzugehen. Dabei wurde der Tod prominenter Aktivisten wie Cathal Brugha und Harry Boland instrumentalisiert (S. 325ff.). „Gefängnispropaganda“ (S. 324ff.) und „Kriegsgefangenen-Rhetorik“ (S. 325) verdeutlichen, wie die Verbitterung stieg. Wichtig bei der Befestigung der Hauptthese des Buches vom Bürgerkrieg als Kampf um

nationale Legitimität sind auch die Abschnitte über die „IRA: die Sprache der Gewalt“ (S.410ff.) und über den Zusammenhang zwischen „Gälisch sprechen – irisch sein“ (S. 468ff.). Anhand des Kampfes um die Hymne und die Trikolore exemplifiziert Braun, wie um das Recht an der nationalen Tradition gestritten wurde. Die Analyse von Festansprachen und Parlamentsreden verdeutlicht das Bestreben der „Freistaatler“, die gälische Kultur und die Sprache für sich zu monopolisieren.

Das abschließende Kapitel „G: Verhärtete Fronten: Nach dem Bürgerkrieg“ beschäftigt sich nicht im herkömmlichen Sinne mit den Auswirkungen oder Langzeitwirkungen des historischen Ereignisses sondern erzählt Geschichte weiter. Obwohl sich George Bernhard Shaw schon 1914 wünschte, dass der Nationalismus ein „dead horse“ sei (S. 535), setzte sich der Kampf um die nationale Legitimation fort, wie der Autor resümierend zusammenfasst.

Über die abschließende Feststellung, dass ein Glossar, sowie ein Abkürzungsverzeichnis und eine Bibliografie im Anhang sehr hilfreich für den Leser sind, sei noch eine persönliche Anmerkung gestattet: Warum sollte man dieses Buch unbedingt lesen, selbst wenn man mit den historischen einschlägigen Fakten vertraut ist? Nikolaus Braun möge mir verzeihen. Möglicherweise kann man sein Buch auch anders lesen. Ich las es so: In unserer medial geprägten Welt sind Berichterstattung über Krieg und Kriegsgeschehen zur alltägliche Erfahrung geworden, so wie Kriege und militärische Auseinandersetzungen an der Tagesordnung sind. An einem historischen Beispiel, dessen Ausläufer jedoch bis in die Gegenwart hinein nachwirken, hinterfragt Braun das Phänomen Krieg. Für ihn ist der Bürgerkrieg keine Auseinandersetzung, in dem nur Waffen entscheiden, die Zahl von Soldaten, die Strategie. Er ist Kampf um Deutungshoheit, um Unterstützung der Bevölkerung durch die Definitionshoheit über historische Traditionen, Mythen, Symbole und – heute – das Beherrschen der Medien. Schon 1922/23 war mitentscheidend, wie die Bevölkerung den Irischen Bürgerkrieg beurteilte. Im Zeitalter der Globalisierung, das ein Medienzeitalter ist, gewinnt diese Dimension an

Bedeutung. Nicht nur Historiker als Konsumenten der Medienflut und Zuschauer vor dem Fernsehgerät sollten sich dieser Dimension bewusst sein. Für mich hat das Buch eine sehr aktuelle Aussage!

HistLit 2004-4-118 / Helga Fröhlich über Braun, Nikolaus: *Terrorismus und Freiheitskampf. Gewalt, Propaganda und politische Strategie im Irischen Bürgerkrieg 1922/23*. München 2003. In: H-Soz-u-Kult 18.11.2004.

---

Brunnbauer, Ulf (Hg.): *(Re)Writing History. Historiography in Southeast Europe after Socialism*. Münster: LIT Verlag 2004. ISBN: 3-8258-7365-X; 380 S.

**Rezension von:** Stefan Troebst, Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO), Universität Leipzig

Bis 1989 waren die Historiografien der Staaten Osteuropas mehrheitlich von zwei Trennlinien durchzogen, nämlich von einer ideologischen Scheidelinie zwischen „Parteihistorikern“ und „Liberalen“ sowie von einem Graben zwischen „Nationalisten“ und „Kosmopoliten“. Beide Trennlinien verliefen dabei nur streckenweise parallel; häufig überschritten sie sich und teilten die Historikerschaft somit nicht in zwei, sondern in vier Lager: linientreue Internationalisten, Nationalkommunisten, traditionelle Nationalisten und nicht-nationalistische Liberale. Das Resultat war ein spannungsreiches, nicht selten fruchtbares Nebeneinander bzw. Gegeneinander, welches sowohl Traditionslinien der Zeit vor 1944 als auch externe Einflüsse erkennen ließ und mitunter gar als Seismograf für bevorstehende Verschiebungen in der politischen Tektonik diente.

Wie hat sich nun aber die Zäsur des Epochenjahrs 1989 mit der Öffnung zur internationalen „Ökumene der Historiker“ samt dem freien Zugang zu historiografischen Produktionen und Paradigmen des Westens, mit der nicht nur ressourcen-, sondern auch statusmäßigen Herabstufung der Geschichtswissenschaft dort und mit dem „brain drain“ der jüngeren Historikergeneration ausgewirkt?

Welche Rolle spielt Geschichte im Identitätsmanagement der im Zuge des Zerfalls der Bundesstaaten Ost(mittel)europas neu bzw. wieder entstandenen Staaten und staatsähnlichen Gebilde der Region? Wie hat sich die Geschichtskultur nach dem Ende des Ideologiemonopols der Staatsparteien entwickelt? Wie haben sich die Institutionen, Strukturen und Organe der Geschichtswissenschaft verändert? Und vor allem: Gibt es eine neue Sicht auf die eigene Vergangenheit? Mit diesen Fragen haben sich in jüngster Zeit eine ganze Reihe von Tagungen<sup>1</sup> sowie ein Grazer Forschungsprojekt „Geschichtswissenschaft in Südosteuropa seit 1989“ befasst, in dessen Rahmen neben einem überaus nützlichen Online-Handbuch zur institutionellen Struktur der Geschichtswissenschaften Südosteuropas<sup>2</sup> der hier anzuzeigende Sammelband entstand.

In seiner Einleitung gibt der Herausgeber Ulf Brunnbauer die Leitfrage nach Kontinuität und Wandel in den südosteuropäischen Nationalhistoriografien seit 1989/91 vor, wobei er beide Kategorien nach Themen, Methoden und Institutionen untergliedert (S. 9-30). Seine Vorgabe wird immer dort umgesetzt, wo externe Autoren die Nach-Wende-Produktion der Geschichtswissenschaft eines der Staaten der Region kritisch unter die Lupe nehmen – so etwa in Brunnbauers eigenem Beitrag zu Makedonien (S. 165-200) oder in Christian Promnitzers Text zu Bosnien und Herzegowina (S. 54-93). Weniger konsequent wird das Konzept dort befolgt, wo HistorikerInnen aus einem der zu untersuchenden Staaten ihren eigenen Wissenschaftsbetrieb beschreiben. Denn hier wird die Perspektive in der Regel so stark nationalhistorisch verengt, dass der Blick auf den Wald durch zahllose Bäume versperrt ist. Hinzu kommt in diesen

---

<sup>1</sup> Siehe Ivanišević, Alojz u.a. (Hgg.), *Klio ohne Fesseln? Historiographie im östlichen Europa nach dem Zusammenbruch des Kommunismus*, Frankfurt am Main 2003 (rezensioniert von Pavel Kolar: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2003-4-062>), und Altrichter, Helmut (Hg.), *GegenErinnerung. Geschichte als politisches Argument im Transformationsprozess Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas* (Kolloquien des Historischen Kollegs 61), München (im Erscheinen).

<sup>2</sup> Brunnbauer, Ulf (Hg.), *History Research Institutes in Southeast Europe. A Handbook*, Graz 2004, online unter URL: <[http://www.oei.fu-berlin.de/geku/html/studium/HistResInst\\_SEE.pdf](http://www.oei.fu-berlin.de/geku/html/studium/HistResInst_SEE.pdf)>.

Fällen häufig, dass externe Analysen zur eigenen Geschichtswissenschaft nicht rezipiert werden bzw. aus sprachlichen Gründen nicht rezipiert werden können. Dies trifft mal mehr, mal weniger auf die Beiträge zur Geschichtswissenschaft in Albanien, Montenegro, Rumänien, Serbien und im Kosovo zu.

Ausnahmen von dieser Regel stellen allerdings die Beiträge zu den traditionell bzw. neuerdings international deutlich enger vernetzten Historiografien Kroatiens, Sloweniens und Bulgariens dar. So beschreibt der Zagreber Mediävist Neven Budak eindringlich, wie die im Jugoslawien Titos von der Annales-Schule geprägte kroatische Historikerelite um Mirjana Gross dem neuen politischen Druck nationalistischer Art nach 1991 mit methodischer Neuorientierung begegnete (S. 128-164). Der Historiografiehistoriker Oto Luthar aus Ljubljana behandelt die Bewältigung doppelter Kollaboration der Slowenen – in der Diktatur Hitlers und derjenigen Titos (S. 333-350). Und die beiden Sofijoter Nachwuchshistoriker Daniela Koleva und Ivan Elenkov deuten auf diejenigen Stellen in der Asphaltdecke postkommunistischer Beharrung in der bulgarischen Geschichtswissenschaft, an denen die zarten Pflänzchen methodischer Innovation und neuartige Fragestellungen durchgebrochen sind. Dies sind in ihrer Sicht vor allem historische Anthropologie und ethnologisch orientierte Zeitgeschichtsforschung, aber auch die bereits in den 1970er-Jahren begonnene und Mitte der 1990er-Jahre wieder aufgeflammete Debatte darüber, ob es in Bulgarien so etwas wie Faschismus gegeben habe (S. 94-127).

Von ganz besonderem Interesse ist schließlich Antonis Liakos' Beitrag über die griechische Geschichtswissenschaft seit dem Ende der Diktatur der Obristen (S. 351-378) – ein Artikel, mit dem sich der Band deutlich von den anderen genannten Publikationen zum Thema abhebt. Denn seiner NATO- und EU-Mitgliedschaft wegen wird der Balkanstaat Griechenland in aller Regel nicht in den Kontext der Wende gestellt. Wie Liakos aber gleich eingangs betont, stellte auch und gerade für die griechische Gesellschaft 1989 insofern eine Wendemarke dar, als im Innern die sozialistische Regierung Andreas Papanandreas „in einer Wolke der Korruption kolla-

bierte“ und sich nach außen die Stellung des Landes auf dem Balkan im Zuge der Auflösung des Warschauer Pakts und des Zerfalls Jugoslawiens dramatisch veränderte (S. 351) – mit gravierenden Folgen für die griechische Geschichtswissenschaft. Vor allem die hysterische Reaktion vieler Griechen auf den neuen nördlichen Nachbarn Makedonien kam für Wissenschaftsdisziplinen wie Geschichte, Archäologie und Sprachwissenschaft einem konjunkturellen Senkrechtstart in den politischen Raum hinein gleich.

Nachdem der Staub sich gelegt hatte, wurde indes deutlich, dass sich hinter der vermeintlich einheitlichen nationalistischen Fassade der griechischen Geschichtswissenschaft bereits von 1974 an – seit der Selbstaufgabe der Junta-Diktatur – ein Meinungs- und Methodenpluralismus entwickelt hatte, der zur Entstehung auch nicht-nationalfixierter Strömungen und Teildisziplinen wie der so genannten „griechischen Aufklärungsschule“, einer marxistischen Richtung, einer Annales-inspirierten „Neuen Geschichte“ mit einem Schwerpunkt auf der Mentalitätsforschung, einer international anschlussfähigen Wirtschaftsgeschichtsschreibung, einer modernen Politikgeschichte sowie einer ebensolchen Sozialgeschichte geführt hatte. Auch näherten sich griechische Historiker in den 1990er-Jahren neuralgischen Perioden der Nationalgeschichte wie dem Zweiten Weltkrieg oder dem anschließenden Bürgerkrieg der Jahre 1946-1949. Zugleich wurde erstmals systematisch der Einfluss der griechischen Diaspora auf die Entwicklung des Nationalstaats untersucht, und einer historiografischen Revolution kam die Thematisierung der Anteile der Geschichte nicht-griechisch(sprachig)er Teilsellschaften Griechenlands gleich, vor allem von Juden, Türken, Albanern, Roma, Aromunen, Bulgaren, Makedoniern und Pomaken. Allerdings differenzierte sich auch der ethnozentrische Mainstream, von dem sich eine als „Neo-Orthodoxie“ bezeichnete anti-westliche Strömung abspaltete, welche zwar an der Nation als Hauptbezugsrahmen festhält, aber den 1830 gegründeten griechischen Nationalstaat als mangelbehaftete Variante westlicher Modellvorstellungen beschreibt.

Gerade Liakos' Analyse von Genese und

Ausprägung der verschiedenen Schulen griechischer Historiografie lässt die südosteuropäischen Parallelen etwa zu Kroatien oder Bulgarien, aber auch zu Rumänien und Serbien deutlich werden. Noch eine weitere grundlegende Gemeinsamkeit zwischen dem Geschichtsbetrieb in Griechenland und demjenigen in den übrigen Balkanstaaten betont Liakos: Im griechischen Fall kommen die Innovationen in Geschichtsdanken und -schreibung in aller Regel nicht aus den etablierten staatlichen Institutionen, sondern ganz überwiegend von Forschern des Privatgelehrten-typus, aus der staatsfernen Drittmittelforschung sowie aus der Diaspora. Dies ist in den vormals sozialistischen Nachbarstaaten mit ihren weiterhin hypertrophen, aber völlig unterfinanzierten Forschungsbürokratien ganz ähnlich, wie vor allem Koleva und Elenkov für Bulgarien zeigen: Nicht die auf staatlichen Planstelle sitzende ältere Historikergeneration ist es, die Geschichte neu schreibt, sondern es sind fachfremden Berufen nachgehende Außenseiter, staatsferne Nachwuchshistoriker, Emigranten und an historischen Themen arbeitende Journalisten.

„(Re)Writing History“ ist ein substanzieller Beitrag zu der aktuellen Frage, wie im „neuen“ Europa Geschichte geschrieben wird – nämlich ganz überwiegend noch mit der „alten“ Methodologie, die jetzt indes auf neue, häufig zuvor tabuisierte Themenbereiche angewendet wird. Die stärkere Einbeziehung der staatssozialistischen Vorzeit in den einzelnen Beiträgen hätte einige deutlichere Akzentuierungen ergeben, und ein den Band erschließendes Register hätte gemeinsame Bezugspunkte der behandelten Historiografien erkennen lassen (Annales-Schule, komparative Nationalismusforschung, historische Anthropologie u.a.).

HistLit 2004-4-023 / Stefan Troebst über Brunnbauer, Ulf (Hg.): *(Re)Writing History. Historiography in Southeast Europe after Socialism*. Münster 2004. In: H-Soz-u-Kult 11.10.2004.

---

Collmer, Peter: *Die Schweiz und das Russische Reich 1848–1919. Geschichte einer europäischen Verflechtung*. Zürich: Chronos Verlag 2004. ISBN: 3-0340-0637-3; 650

**Rezensiert von:** Carmen Scheide, Historisches Seminar, Universität Basel

Nach den Napoleonischen Kriegen und dem Wiener Kongress sah sich Russland als ein Garant der Schweizer Unabhängigkeit. Der Eidgenossenschaft wurde seit November 1815 ewige Neutralität und territoriale Integrität zugestanden, auch, um innerhalb Europas eine „friedvolle europäische Mitte“ (S. 13) zu bilden. Deshalb bedeutete die Gründung eines liberalen schweizerischen Bundesstaates nach einem kurzen Bürgerkrieg 1847/48 für die Unterzeichner der Wiener Verträge eine diplomatische Herausforderung, zumal das Russische Reich unter Nikolaus I. bis zu seinem Tod 1855 als ein Bollwerk gegen revolutionäre Umtriebe galt. Obwohl die beiden Staatswesen sich deutlich voneinander unterschieden, gab es doch bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch die Schweiz zu Beginn der 1920er Jahre eine reichhaltige Beziehungsgeschichte, die nun im vorliegenden Standardwerk gründlich aufgearbeitet wurde. Die vorliegende Arbeit beruht auf einer intensiven Archivrecherche im Schweizer Bundesarchiv in Bern und in den beiden Archiven des Außenministeriums der Russischen Föderation in Moskau. Peter Collmer hat zahlreiche Dokumente ausgewertet und gibt besonders in den Fußnoten wertvolle Verweise auf weitere Forschungsdesiderate und Themen.

Wegweisend nennt Peter Collmer seinen Untertitel „Geschichte einer europäischen Verflechtung“, der auf dem gelungenen Versuch beruht, eine Brücke zwischen den beiden eher selten verknüpften historischen Gebieten Osteuropäische und Schweizer Geschichte zu schlagen. Diese programmatische Benennung bietet eine Perspektive für eine erweiterte europäische Geschichte.

In vier Kapiteln untersucht der Züricher Historiker die staatlichen Beziehungen zwischen Russland und der Schweiz in den Jahren 1848 bis 1919. Die Beziehungsgeschichte der beiden Staaten bettet er in die jeweili-

gen außenpolitischen Grundzüge, die diplomatischen Beziehungen und Institutionen sowie gegenseitige Wahrnehmungen in chronologischer Folge ein. Mit einem mikrohistorischen Blick fokussiert Peter Collmer besondere Ereignisse, wichtige Personen oder Fallbeispiele, die den Umgang der beiden Staaten miteinander im Spannungsfeld des jeweiligen unterschiedlichen Selbstverständnisses beleuchten. Dabei bietet er insgesamt nicht nur einen guten Überblick, sondern auch zahlreiche Anregungen für weitere Themen. Während das Russische Reich seit Peter dem Grossen eine imperiale Großmachtspolitik verfolgte, kultivierte die Schweiz eine selbstgenügsame Kleinstaatlichkeit. Angesichts dieser Asymmetrie stellt sich die Frage, welches Interesse und welche Beziehungen es zwischen diesen ungleichen Staatswesen gab.

Nach 1848 mussten die einzelnen Schweizer Kantone zu einer gemeinsamen, zentral ausgeführten Außenpolitik übergehen. Obwohl bei der Umsetzung einer gemeinsamen Politik durchaus Reibungsverluste entstanden, war es Konsens, die Außenpolitik inhaltlich und institutionell auf ein Mindestmaß zu beschränken. Viele in Russland tätige Schweizer Konsule erhielten kein oder nur geringfügige Gelder für ihre Tätigkeiten zur Verfügung gestellt.

Angesichts der Wirtschaftskrise um 1873 gab es verstärkte politische Bemühungen, die Schweizer Auslandsvertretungen für den Handel zu stärken. Exportiert wurden Uhren, Textilien, Maschinen, Schokolade, Schmuck sowie Chemikalien. Die Importe aus Russland in die Schweiz wie Öl, Metalle, Hanf, Getreide oder Rohstoffe waren aber größer.

Durch die Wahrung ihrer Neutralität und die geographische Lage im Zentrum Europas wuchs die Schweiz in die Rolle eines Vermittlers in internationalen Koordinations- und Vertragsfragen, was zu ihrem noch heute bestehenden Renomé führte.

Im Russischen Reich lebten zahlreiche Schweizer Auswanderer – bekannt sind die Käser oder Gouvernanten – deren Interessen durch verschiedene Konsulate vertreten werden sollten. Für Schweizer Unternehmer war Russland ein wichtiger Handelspartner und Absatzmarkt. Der Niederlassungs- und (Handels-)Vertrag von 1872 gewährte eine ge-

genseitige Niederlassungs-, Handels- und Gewerbefreiheit.

Das Interesse Russlands an der Schweiz war vergleichsweise gering. Die prominente Rolle Alexanders I. und der Sieg über Frankreich bildeten eine historische Grundlage der staatlichen Beziehungen, zudem sah Russland die neutrale Schweiz als einen guten Standort für seine Präsenz in Europa. Kamen zunächst russische Adelige als Touristen in die Schweiz, so stieg seit den 1860er Jahren die Zahl der politischen Emigranten. Unter ihnen befanden sich prominente Namen wie Alexander Herzen, Petr A. Kropotkin, der nach der Ermordung Alexander II. 1881 aus der Schweiz ausgewiesen wurde, Angelina Balabanova und zahlreiche spätere Bolschewiki, unter ihnen Aleksandra Kollontaj oder Lenin. Sie zogen die Aufmerksamkeit nicht nur der russischen Diplomaten, sondern auch von speziell entsandten Geheimagenten auf sich. Ihr Status und ihre Tätigkeiten im Gastland stellten in den bilateralen Beziehungen einen Konfliktpunkt dar. Peter Collmer führt dazu einige neue Fallbeispiele an.

Bis zum Ersten Weltkrieg durften Ausländer, solange sie nicht straffällig oder unterstützungsbedürftig waren, relativ problemlos in der Schweiz bleiben. Frauen konnten früher als in anderen europäischen Ländern eine Hochschule besuchen, zudem gewährte die liberale Schweiz Freiheitsrechte, die im autokratischen Zarenreich nicht denkbar waren. Die Schweiz war also eine attraktive Zuflucht für politisch Unterdrückte und Verfolgte, was immer wieder zu Kritik der Nachbarmächte führte. Die russische Gesandtschaft drang deshalb verstärkt auf eine normierte Asylpraxis für zarische Untertanen in der Schweiz. 1904 vereinbarten nach einer sogenannten Anarchismuskonferenz zahlreiche Staaten Europas Maßnahmen. Erst zwei Jahre befürwortete die Schweiz ein verschärftes Antianarchismuskonzept. „Zwischen legitimer politischer Aktion und gemeiner Kriminalität auf der einen sowie innen- und außenpolitischen Interessen auf der anderen Seite vollzog sich also die zunehmend restriktive Normierung des schweizerischen Asyls.“ (S. 339)

Einen breiten Raum nimmt im letzten Teil des Buches der Abbruch der diplomatischen

Beziehungen zu Beginn der 1920er Jahre ein. Dieser Teil liest sich wie ein historischer Krimi und zeigt einen schwierigen Prozess auf, in dem es nicht nur um die Beziehungen zwischen Russland und der Schweiz ging, sondern um die Einbettung in Europa und das eigene Staatsverständnis.

Nach der Februarrevolution 1917 wurden neue russische Gesandte in die Schweiz geschickt, jedoch brach nun eine Zeit des Chaos an, da es zeitweise nicht klar war, wer nun offiziell Russland repräsentierte und welche Politik vertrat. Deshalb reagierten die Schweizer Behörden zurückhaltend und anerkannten die neuen Regierungen nicht ohne weiteres. Da diplomatische Beziehungen in der Regel spiegelbildlich funktionieren, musste die Schweiz aber auch ihre Interessen wahren. Konkret bedeutete dies, nicht die Ausweisung Schweizer Diplomaten aus Russland zu provozieren, die sich um die dort lebenden Schweizer kümmern mussten.

Der Konflikt eskalierte angesichts des Schweizerischen Landesstreiks 1918, der in einer breiten Öffentlichkeit als Produkt geheimer russisch-bolschewistischer Agitation betrachtet wurde. Peter Collmer argumentiert mit Detailkenntnissen aus den Archiven gegen diese „Konspirationsthese“, die dennoch zu einer Ausweisung der Sowjetmission aus der Schweiz führte. Im Hintergrund befürchteten die Bundesbehörden, Lenin und Trockij könnten nach einem möglichen Misserfolg in Russland politische Zuflucht in der Schweiz suchen. Am 14.11.1918 musste die Sowjetmission aus der Schweiz ausreisen, im Gegenzug wurde die Schweizer Gesandtschaft in Petrograd geschlossen.

„Die schweizerische Wahrnehmung der Oktoberrevolution lässt sich in verschiedener Hinsicht mit der zarischen Perzeption der Revolutionen um 1848 und der schweizerischen Bundesgründung vergleichen. Angst und Abscheu vor dem vermeintlichen Chaos finden sich hier wie dort, die Kriminalisierung und Pathologisierung des Neuen durch das diplomatische Establishment sowie die Prognose eines baldigen elendiglichen Untergangs ebenfalls, und in beiden Fällen wurde der überkommene diskursive Gegensatz zwischen Russland und Europa als Deutungsrahmen evoziert und erneuert.“ (S. 569)

HistLit 2004-4-045 / Carmen Scheide über Collmer, Peter: *Die Schweiz und das Russische Reich 1848–1919. Geschichte einer europäischen Verflechtung*. Zürich 2004. In: H-Soz-u-Kult 19.10.2004.

---

Conze, Vanessa: *Richard Coudenhove-Kalergi. Umstrittener Visionär Europas*. Göttingen: Muster-Schmidt Verlag 2004. ISBN: 3-7881-0156-3; 108 S.

**Rezensiert von:** Alexandra Gerstner, Friedrich-Meinecke-Institut, Freie Universität Berlin

Seit einigen Jahren wächst das Interesse an der Geschichte der europäischen Einigungsbewegung und rückt die Vordenker und Visionäre der Europa-Idee zunehmend in den Mittelpunkt wissenschaftlicher Untersuchungen. Die jetzt als Band 165 der Reihe „Persönlichkeit und Geschichte“ des Muster-Schmidt Verlags erschienene Biografie Richard Coudenhove-Kalergis bietet eine handliche Einführung in Leben und Werk des Gründers der Paneuropa-Union. Mit ihrer Studie legt Vanessa Conze die erste wissenschaftliche Biografie Coudenhoves vor. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, mit ihrer Darstellung „Coudenhoves tatsächlichen Einfluss auf das Integrationsgeschehen und die Bedeutung seiner Paneuropa-Union“ kritisch zu analysieren (S. 8). Daher fokussiert die Studie Coudenhoves paneuropäisches Engagement – das ist legitim, denn das Projekt „Paneuropa“ war Dreh- und Angelpunkt seines Lebens. Auf knappen hundertacht Seiten lässt daher Conze in erster Linie das Wirken des Paneuropäers auf dem politischen Parkett Revue passieren, resümiert abschließend die Wirkungsgeschichte und gibt weiterführende Quellen- und Literaturhinweise.

1923 verhalf der junge Coudenhove mit seinem Bestseller „Paneuropa“, in dem er seine Vision eines geeinten Europas einfach und prägnant darstellte, der Europa-Idee zu ungeahnter Popularität und gab ihr mit der Losung „Paneuropa“ eine einprägsame Formel. Coudenhoves wegweisende Leistung war es, der Idee mit der gleichzeitig initiierten Paneuropa-Union auch eine organisatori-

sche Grundlage zu geben. Damit hob er sich von dem literarisch-intellektuellen Umfeld, in dem er sich bewegte, durch pragmatisch-politischen Sinn ab und nutzte zudem den glücklichen Zeitpunkt: Conze weist auf die entspannte internationale Lage nach Ruhrkampf und Rheinkrise hin (S. 16), die eine günstige Atmosphäre für den Einigungsgedanken schuf. So wurden im gleichen Jahr wie die Paneuropa-Union auch einige andere Europa-Verbände gegründet.<sup>1</sup> Außerdem erkannte Coudenhove früh den Wert von Propaganda und Marketing - so entwarf er etwa ein Paneuropa-Symbol (ein rotes Kreuz auf einer goldenen Sonne), das fortan sämtliche Publikationen der Union, aber auch Fahnen, Wimpel und Anstecknadeln zierte, und organisierte publikumswirksame „Paneuropa-Kongresse“, auf denen namhafte Politiker und Schriftsteller für Coudenhoves Sache warben. Die Mobilisierung der Massen blieb für den demokratiekritischen Grafen jedoch ein zweitrangiges Ziel, in erster Linie wollte Coudenhove durch persönliche Überzeugungsarbeit Politiker und Staatsmänner für seine Ideen gewinnen.

Ausgewogen stellt Conze nicht nur Coudenhoves Verdienste dar, sondern auch die Schwierigkeiten, die er sich mit seinem autoritären Führungsstil und seiner Salonpolitik einhandelte und die die Durchsetzung seiner politischen Konzepte immer wieder verhinderten. Conze sieht die Gründe für Coudenhoves Scheitern bei der Durchsetzung seiner europapolitischen Ziele in erster Linie in seinem unangemessenen Habitus und seinem unversöhnlichen Beharren darauf, stets selbst die Zügel in der Hand zu halten. Besonders nach dem Zweiten Weltkrieg mussten diese anachronistischen Verhaltensmuster auf viele Anhänger der Idee abschreckend wirken. Erst im Zuge des Gaullismus konnte die Paneuropa-Union wieder die Bedeutung zurückgewinnen, die sie in den 1920er-Jahren einmal besessen hatte. Dennoch steht außer Frage, dass sich Coudenhove mit der Propagierung der Paneuropa-Idee in der Zwischenkriegszeit wie auch 1947 mit der Grün-

dung der Europäischen Parlamentarier Union große Verdienste um die Europäische Integration erworben hat.

Ursprünglich ein Erfolgsgrund der Paneuropa-Idee, später aber Ursache für heftige Kritik, war die Unbestimmtheit von Coudenhoves Europa-Konzept. Außer der vagen Idee eines wirtschaftlichen und politischen Bundes der europäischen Staaten und einer antikommunistischen Haltung gab es wenig Konstanz in Coudenhoves Denken. Aus pragmatischen und opportunistischen Gründen formulierte er seine Pläne stets neu und passte sie den politischen Zielen derjenigen an, von denen er hoffte, dass sie die Paneuropa-Idee umsetzen könnten. Leider versäumt es Conze, die Grundlinien von Coudenhoves Europa-Konzept, wie er es in seinem Buch „Paneuropa“ dargelegt hat, darzustellen, so dass die zahlreichen späteren Wandlungen für den Leser nur schwer nachzuvollziehen sind. Gerade da die Bände der Reihe als Einführungen gedacht sind, wäre es wünschenswert, wenn mehr grundlegende Informationen geboten würden. Dies gilt auch für die komplexe Darstellung der Nachkriegszeit: Auch hier wird bereits ein großes Hintergrundwissen vorausgesetzt, so dass von den angesprochenen Zielgruppen „Lernende und Lehrende der Geschichtswissenschaft“ (S. 8) zumindest erstere häufig überfordert sein dürften.

Der Fokussierung auf die Paneuropa-Bewegung geschuldet, kommt auch die persönliche Entwicklung Coudenhoves etwas kurz. Seine Verankerung im deutsch-französischen Umfeld der pazifistischen Intellektuellen nach dem Ersten Weltkrieg und sein aus einem vehementen „Antimaterialismus“ entspringender Antikommunismus hätten es sicherlich verdient, ausführlicher dargestellt zu werden. Während Conze seine Beziehungen und Verhandlungen mit Politikern und Staatsmännern sehr plastisch herausarbeitet und durch passende Zitate ergänzt, die die teilweise argwöhnische Beobachtung der Union durch das deutsche Auswärtige Amt widerspiegeln, bleiben Coudenhoves Kontakte zu Intellektuellen und Schriftstellern eher blass. Die Debatten um das Ziel einer europäischen Einigung zwischen „Abendland“, Mittel- und Paneuropa

<sup>1</sup> Vgl. etwa Burgard, Oliver, Das gemeinsame Europa - Von der politischen Utopie zum außenpolitischen Programm. Meinungsaustausch und Zusammenarbeit pro-europäischer Verbände in Deutschland und Frankreich 1924-1933, Frankfurt am Main 2000.

werden ebenfalls nur gestreift. Coudenhoves ideologische Nähe zur so genannten Konservativen Revolution skizziert Conze dagegen treffend und kann hieraus auch sein ambivalentes Verhältnis zur Demokratie und seine Annäherung an faschistische und autoritäre Regimes erklären. Davon abgesehen bleiben ideen- und kulturgeschichtliche Aspekte in dieser Studie weitgehend ausgeklammert, so dass sie vor allem eine Einführung in die politische Geschichte der Paneuropa-Union zwischen 1924 und 1972 bietet.

Wohl aufgrund eines verzögerten Publikationszeitpunktes ist der im abschließenden Literaturbericht präsentierte Forschungsstand nicht aktuell. Einige der monierten Forschungslücken wurden durch die auf breitem Archiv- und Quellenmaterial basierenden Studien von Anne-Marie Saint-Gille und Anita Ziegerhofer-Prettenthaler gefüllt, die mit unterschiedlichen Schwerpunkten ausführliche Darstellungen der Paneuropa-Bewegung in der Zwischenkriegszeit liefern.<sup>2</sup> Leider sind nicht alle Literaturangaben korrekt.<sup>3</sup>

Insgesamt erfüllt die Studie den Anspruch, den Einfluss Coudenhoves auf das europäische Integrationsgeschehen und den Einfluss der Paneuropa-Union kritisch darzustellen und bietet für diese Fragestellung eine gute und anspruchsvolle Einführung, die zudem angenehm und flüssig zu lesen ist.

HistLit 2004-4-165 / Alexandra Gerstner über Conze, Vanessa: *Richard Coudenhove-Kalergi*.

<sup>2</sup> Vgl. Saint-Gille, Anne-Marie, La „Paneurope“. Un débat d'idées dans l'entre-deux-guerres, Paris 2003; Ziegerhofer-Prettenthaler, Anita, Botschafter Europas. Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi und die Paneuropa-Bewegung in den zwanziger und dreißiger Jahren, Wien 2004. Ziegerhofer-Prettenthaler wertet auch die im Moskauer „Zentrum zur Aufbewahrung historisch dokumentarischer Sammlungen“ (seit 1999 Teil des Zentralen Militärstaatsarchivs) befindlichen Bestände zur Paneuropa-Union aus. Hinzuweisen ist außerdem auf die biografische Skizze von Holl, Karl, Richard Nikolaus Graf Coudenhove-Kalergi und seine Vision von „Paneuropa“, in: Duchhardt, Heinz, Europäer des 20. Jahrhunderts. Wegbereiter und Gründer des „modernen“ Europa, Mainz 2002, S. 11-37.

<sup>3</sup> Coudenhoves erste Autobiografie heißt „Crusade for Pan-Europe. Autobiography of a Man and a Movement“ (S. 56, 104); die Zeitschrift „Paneuropa“ erschien von 1924 bis 1938, nicht bis 1933 (S. 104). Zur Zeitschrift vgl. auch Paul, Ina Ulrike, In Kontinenten denken, paneuropäisch handeln. Die Zeitschrift „Paneuropa“ 1924-1938, in: Jahrbuch für Europäische Geschichte 5 (2004), S. 161-192.

*Umstrittener Visionär Europas*. Göttingen 2004. In: H-Soz-u-Kult 07.12.2004.

Czaplicka, John J.; Ruble, Blair A.; Crabtree, Lauren (Hg.): *Composing Urban History and the Constitution of Civic Identities*. Washington: The Johns Hopkins University Press 2003. ISBN: 0-8018-7385-1; 430 S.

**Rezensiert von:** Jörg Hackmann, Historisches Institut, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

„Stadt ohne Namen“ ist die Grafik eines Kaliningrader Architekten aus den 1990er-Jahren betitelt. Sie zeigt eine Ödfläche, an deren Rand Fabrikschornsteine und ein sozialistischer Wohnblock aufragen, und meint – wie Wappen und Jahreszahlen zeigen – das frühere Königsberg. Diese Grafik könnte das von John Czaplicka und Blair Ruble herausgegebene Buch illustrieren, das dem Zusammenhang von Stadtgeschichte, städtischen Identitäten und der Ablösung autoritärer Regime nachgeht. Im Zentrum steht dabei das wiedererwachte Interesse an städtischer Geschichte, das sich aus der Spannung zwischen dem Wunsch nach kultureller und sozialer Komplexität einerseits und einer Gemeinschaft ohne Spannungen andererseits (Spiro Kostof) speist. Die Herausgeber kleiden diesen Sachverhalt in eine primär politologisch-soziologische Fragestellung, ob sich in den Städten Kohäsionskräfte einer gemeinsamen öffentlichen „bürgerlichen“<sup>1</sup> Identität als Grundlage demokratischer Strukturen erkennen lassen, von denen in autoritären Systemen Anstöße zum politischen Wandel ausgehen. Wer hier einen erneuten Aufguss von Themen und Theorien der Transformationsforschung vermutet, wird jedoch von den fallorientierten kulturwissenschaftlichen Beiträgen rasch eines Besseren belehrt.

Der vorliegende Band ist Resultat eines kulturwissenschaftlicher Zugriffs mit vielen Facetten, oder umgekehrt: Es handelt sich um verschiedene kulturwissenschaftliche Ansätze, die die Herausgeber sorgfältig durch Ein-

<sup>1</sup> „Civic“ im Englischen; in diesem Sinne wird der Begriff in dieser Rezension verstanden.

leitung, Schlussbetrachtung und Einführungen zu den Unterabschnitten zusammengebunden haben. Von den insgesamt 13 Beiträgen befassen sich drei mit Washington, D.C., die übrigen gelten vor allem ost- und mitteleuropäischen Städten – St. Petersburg, Riga, Kaliningrad, (Ost-)Berlin, Prag und Wien – sowie Barcelona. Das formale Bindeglied ist die (post-)autoritäre Entwicklung der Städte; diese Begründung mag man für die Einbeziehung Washingtons anzweifeln, vor dem Hintergrund der Frage nach geteilter Geschichte und gemeinsamer städtischer Identität ist sie dennoch sinnvoll und anregend.

In seiner Einleitung reißt Blair Ruble die zentralen Aspekte von Stadtgeschichte in den gesellschaftlichen Umwälzungen am Ausgang des 20. Jahrhunderts an: So hat sich Lokalgeschichte vielfach als Mobilisierungsfaktor gegen autoritäre Entscheidungen und als Kontrapunkt zu simplifizierenden Geschichtskonstruktionen erwiesen, die auf einem wie auch immer begründeten „kto kogo“ („wer wen“) beruhen. Dennoch lassen sich in der Stadtgeschichtsschreibung ebenso zahlreiche Tendenzen zum Ausblenden der Neben- und zur Entwicklung paralleler und geteilter (divided) Geschichtsdeutungen erkennen. Dagegen setzt Ruble die Frage, ob es neben solchen umstrittenen Geschichtsbildern auch Ansätze zu einer gemeinsamen (shared) Sicht von Stadtgeschichte gebe. Ein Indiz könnte das in den letzten Jahren deutlich gewachsene Interesse an multiethnischer Geschichte sein, allerdings tritt dieses im östlichen Mitteleuropa vielfach in heute monoethnischen Städten auf, so dass sich die Frage stellt, ob der Fokus auf städtische Kulturen nicht mit dem Ausblenden historischer ethnischer oder sozialer Konflikte einhergeht. Eindeutige Antworten, das zeigt auch der vorliegende Band, wird man auf diese Fragen kaum geben können, sie sind in hohem Maße vom Standpunkt des Betrachters bedingt. Der vorliegende Band verharrt aber nicht bei der Präsentation von historischen Narrativen oder Perspektiven, sondern geht vor allem den Wirkungen von konkreten Stadträumen und -objekten nach. Es gebe eine Reziprozität zwischen städtischer Identität und materiellem Charakter des städtischen Raumes, schreibt John Czaplicka in seiner Schlussbe-

trachtung.

Der erste Beitrag des Buches ist Washington, D.C., gewidmet. Darin kann John Vlach zeigen, dass der Rückgriff auf städtische Geschichte mitnichten automatisch zur Stabilisierung von kollektiver Identität beiträgt; so stieß eine Ausstellung in der Library of Congress, die hinter die Marmorfassaden der Hauptstadt Washington blicken wollte, zunächst auf den Protest afroamerikanischer Angestellter, die die dort gezeigten Wohnverhältnisse nicht als kulturgeschichtliches Phänomen, sondern als Ausdruck überwunden geglaubter sozialer Gegensätze wahrnahmen. Mit einer überarbeiteten Ausstellung in der städtischen Bibliothek, ließ sich jedoch bei den afroamerikanischen Besuchern ein „Hunger nach Erinnerung“ an die lokale Geschichte jenseits der Hauptstadtfunktion Washingtons konstatieren.

Mit der „Archäologie des Lokalen“ befassen sich die Beiträge von Olga Sezneva zu Königsberg/Kaliningrad und Ilya Utekhin<sup>2</sup> zu Leningrad/St. Petersburg. Als Kontrapunkt zur sowjetischen Perspektive auf die Geschichte Kaliningrads, die die Relikte des Stadtraums vor 1945 nahezu vollständig ausblendete, skizziert Sezneva eine alternative Stadtgeschichte, die etwa Kopfsteinpflaster, Ziegeldächer und unverputzte Backsteinwände zu ihrem Ausgangspunkt nehmen kann, weil diese bereits durch die Tatsache ihrer Existenz ein ideologisches Problem sowjetischer Herrschaft darstellten. Dabei spielt der Rückgriff auf die deutsche Historiografie nur eine nachrangige Rolle, wie Sezneva – offensichtlich unabsichtlich – an ihren verkürzten lokalhistorischen Ausführungen zeigt. Es ist eher eine diffuse Wahrnehmung in die vorsowjetische Zeit zurückreichender Geschichtsfragmente, die für das Selbstverständnis der Kaliningrader prägend sind. In seinem beeindruckenden Einblick in die Kultur der Leningrader „kominalki“ (Gemeinschaftswohnungen) kann Utekhin zeigen, dass den mündlichen Geschichten über die Wohnung eine wichtige Orientierungsfunktion für Bewohner und Besucher zukommt. Die Geschichte der Wohnung beschränkt sich keineswegs

<sup>2</sup> Russische und ukrainische Autorennamen werden hier nicht in Transliteration, sondern nach der Schreibweise des vorliegenden Buches wiedergegeben.

nur auf die ihrer Nutzung als Komunalka, sondern bezieht auch die mittlerweile bereits vor mehreren Generationen vergangene ursprüngliche Nutzung ein, die sich an materiellen Relikten, wie Resten von Dekoration oder Türrahmen festmacht. Trotz der zahlreichen sozialen Konflikten, die mit dieser Wohnform verbunden sind, schreibt Utekhin solchen historischen Fundierungen einen zentralen Anteil an der Ausbildung einer spezifischen Leningrader Identität zu.

Im zweiten Abschnitt des Buches, der der Instrumentalität historischer Bilder gewidmet ist, verdient die Analyse der Straßenumbenennungen in L'viv/Lemberg von Yaroslav Hrytsak und Victor Susak hervorgehoben zu werden. Sie lässt nicht nur Umfang und Grenzen der polnischen Nationalisierung der Straßennamen seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert erkennen, sondern zeigt auch plastisch die Aporien des sowjetischen Geschichtsbildes auf. So wurden Straßenumbenennungen nach ukrainischen Personen nur in engen ideologischen Abgrenzungen zugelassen, in deren Mittelpunkt Ivan Franko als sozialistischer Schriftsteller rückte, während nun jüdische Straßennamen völlig verschwanden. Von 1990 bis 1997 gab es in Lemberg eine Expertengruppe, die die Umbenennungen nach dem Ende der sowjetischen Epoche durch Regeln steuern sollte. An signifikanten Stellen des öffentlichen Raumes wurden diese Regeln jedoch durchbrochen, so dass auch bei der Rückkehr zu historischen Straßennamen eine Zunahme ukrainischer Namen festzustellen ist.

Historische Konflikte um den öffentlichen Raum in Prag zu Beginn des 20. Jahrhunderts beleuchtet Cynthia Paces am Beispiel der Errichtung des Hus-Denkmal 1915 und der 1918 gestürzten Mariensäule auf dem Prager Altstädter Ring. Den Sturz der Säule interpretiert sie als weniger als Folge nationaler oder konfessioneller Konflikte, sondern als Ausdruck einer instabilen Identität der tschechischen Bevölkerung Prags, die die Parallelen in der Symbolik beider Denkmäler nicht wahrgenommen hat. In ähnlicher Weise ließen sich auch zahlreiche weitere Denkmalkonflikte im östlichen Europa betrachten.

Der dritte Teil des Buches behandelt unter dem Titel „historische Alterität“ ausge-

blendete oder überlagerte Aspekte städtischer Geschichte. Interessant ist hier insbesondere der Beitrag von Brian Ladd über den Zusammenhang von städtebaulichem Zerfall und dem Ende der DDR. Anders als etwa in der Bundesrepublik trugen die Debatten über Denkmalpflege und Altstadterhaltung in der DDR zu einem Erosionsprozess staatlicher Macht bei. Zwar wurde der Denkmalschutz offiziell propagiert, er wurde jedoch dort problematisch, wo er zu einem Kristallisationspunkt demokratischer Partizipationsforderungen von Bewohnern und Anwohnern wurde. Die Diskussion um die Sprengung der Gasometer im Prenzlauer Berg 1984 löste eine Entwicklung aus, die zu vielfachen Bemühungen um die Sanierung von Altbauwohnungen in- und außerhalb Ost-Berlins führte. Wenn der Abriss von Baudenkmalen über Nacht geschah, dann konnte die Dokumentation der zerstörten Bauten bereits einen Protest gegen die Politik der Partei- und Staatsführung darstellen.

In einem weiteren Beitrag zu Wien befasst sich Siegfried Mattl kenntnisreich mit der Zuspitzung Wiener Geschichte im 20. Jahrhundert auf das offiziell propagierte Narrativ der Kulturstadt. Er lokalisiert dessen Ursprünge bereits in der ausgehenden Habsburgerzeit und erklärt seine sozialdemokratische Fortschreibung nach dem Ersten Weltkrieg aus dem politischen Interesse, den Zusammenhang mit Deutschland hervorzuheben. Mattls Plädoyer in seinem stellenweise unübersichtlichen Beitrag, in dem manche Fußnote sich verirrt hat, für eine stadtbürgerliche Geschichtsschreibung ist wohl vor dem Hintergrund des Erfolges gerade dieses Kulturparadigmas zu sehen.

Der verschiedenartigen Transformationen gewidmete vierte Teil befasst sich explizit mit post-autoritären Entwicklungen, die am Beispiel Barcelonas und Rigas das von Mattl kritisierte Kulturparadigma unterstreichen. Für Pep Subirós ist Kulturpolitik die Antwort auf die zentrale Frage, wie eine gemeinsame städtische Identität mit urbaner Diversität einhergeht. Die ausführliche Darstellung von Ojars Sparitis zur Umgestaltung des Rathausplatzes in Riga kann zeigen, dass die Rekonstruktion des Platzes einschließlich seiner beiden zerstörten architektonischen Dominan-

ten, des Schwarzhäupterhauses und des Rathauses, nicht erst ein Projekt der Jahre seit 1991 war, sondern mit Plänen für die Wiederherstellung des Schwarzhäupterhauses bereits unmittelbar nach der endgültigen Zerstörung 1948 begann. Während der Realisierung dieses Vorhabens in den 1990er-Jahren kam es freilich zu einer folgenschweren Umdeutung. Von ursprünglich national konnotierten Plänen, die sich gegen die sowjetische Überformung der Altstadt richteten, wandelte sich das Projekt zu einem Ausweis einer multiethnischen, von europäischen Kulturströmen geprägten Großstadt.

John Czaplicka geht in seinen abschließenden Betrachtungen anhand von Beobachtungen aus Danzig, Lemberg, Wilna und Riga auf die Rolle historischer Stadtopografien ein. Von Objekten universaler politischer Strategien sind diese historischen Topografien vielfach zu Ausgangspunkten städtischer Retroversionen geworden, die sich dem lokalen Erbe verpflichtet fühlen. Dass derartige Stadtgeschichten in undemokratischen Strukturen eine subversive Wirkung entfalten konnten, zeigt der vorliegende Band, ohne in multikulturelle Verklärungen oder Kassandrarufer vor neuen Nationalismen zu verfallen. Czaplicka weist aber zu Recht darauf hin, dass solche Rückgriffe auf die historischen Topografien nicht frei von ideologischen Aspekten sind. So spielten im Zurückdrängen der Uniformität sowjetischer Städtebilder zunächst einmal nationale Deutungsmuster eine wichtige Rolle, wie sie etwa in Bemühungen um den Aufbau des Unteren Schlosses in Wilna zu sehen sind. Allerdings schützen auch in demokratischer Willensbildung gefundene Lösungen nicht vor exklusiven Perspektiven, zumal in Städten, die ihre polyethnische Struktur durch Holocaust und Zwangsumsiedlungen verloren haben. Die Konstruktion politisch, sozial und national inklusiver Konzepte städtischer Geschichte bleibt vor diesem Hintergrund eine Herausforderung, die von einer polykulturellen Perspektive auf die Stadtgeschichte ausgehen muss.

Zweifelsohne haben die Herausgeber eine anregende Zusammenschau stadthistorischer Darstellungen vorgelegt, die in ihrem regionalen wie disziplinären Zuschnitt Grenzen überschreitet. Dass bei einem solchen Sam-

melband nicht alle Einzelbeiträge völlig überzeugen können, liegt in der Natur der Sache. Die Aufsätze des Buches dokumentieren gleichsam seismografisch die gesellschaftlichen Wirkungen, die von einer Auseinandersetzung mit der Geschichte städtischer Räume ausgehen können und in der Konstituierung städtischer Identitäten zur Ablösung oder zur Relativierung großer Gesellschaftsentwürfe beigetragen haben. Das Verdienst des Buchs von Czaplicka und Ruble ist es, einer vergleichenden Perspektive auf diese Aspekte von Stadtgeschichte im östlichen Europa und darüber hinaus den Weg bereitet zu haben.

HistLit 2004-4-065 / Jörg Hackmann über Czaplicka, John J.; Ruble, Blair A.; Crabtree, Lauren (Hg.): *Composing Urban History and the Constitution of Civic Identities*. Washington 2003. In: H-Soz-u-Kult 27.10.2004.

Figes, Orlando: *Nataschas Tanz. Eine Kulturgeschichte Russlands*. Berlin: Berlin Verlag 2003. ISBN: 3-827-00487-X; 720 S.

**Rezensiert von:** Matthias Stadelmann, Institut für Geschichte, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Als Natascha Rostowa, zentrale Frauenfigur in Lew Tolstois Roman „Krieg und Frieden“, in der Landhütte ihres so genannten Onkels weilte, geriet sie unwillkürlich in den Bann eines russischen Volksliedes. Das adelige Mädchen, das in seinem Leben noch nicht viel von Russlands bäuerlicher Kultur mitbekommen hatte, „warf das Tuch ab, in das [es] sich eingehüllt hatte, lief auf den Onkel zu, stemmte die Arme in die Seiten, wiegte die Schultern hin und her und blieb dann stehen. Wie, wo und wann hatte diese kleine Komtesse, die von einer französischen Emigrantin erzogen worden war, aus der russischen Luft, die sie einatmete, jenen Geist in sich aufgesogen? [...] Denn dieser Geist und diese Art zu tanzen waren so unnachahmbar, so unerlernbar russisch [...]“ (S. 17f.). Orlando Figes glaubt in dieser Szene aus Tolstois Roman, eine Schlüsselszene russischer Kulturgeschichte gefunden zu haben: Eine Art urrussischer Geist er-

wacht in dem europäisiert erzogenen Adelsmädchen, wie von selbst bricht ein Stück russischer Identität in Natascha hervor, obgleich sie doch durch ihre Akkulturierung keinerlei Voraussetzungen dafür mitbrachte.

Diesem typisch „Russischen“, auf die Spur zu kommen, ist das Anliegen von Figes' Kulturgeschichte Russlands, dem besagte Tolstoische Szene ihren Namen gegeben hat. Figes möchte das „russische Wesen“, die viel zitierte „russische Seele“ ergründen und beschreiben, und er bedient sich dazu insbesondere der Kunst und (Hoch-)Kultur, die für ihn einen „Zugang zum Innenleben einer Nation“ (S. 20) ermöglichen. Dabei distanziert sich der Autor von einer dekonstruktivistischen Kulturhistorie, die russische Kultur und Identität vornehmlich als Konstruktionen begreift, und fordert das „reale Russland“ ein, denn: „[E]s gibt durchaus ein russisches Temperament, eine Ansammlung einheimischer Sitten und Überzeugungen, etwas, das aus dem Bauch kommt, etwas Emotionales und Instinktives.“ (S. 22)

Der Autor beginnt seine Suche nach diesem „Russischen“ dort, wo er es gerade nicht zu finden glaubt, in St. Petersburg, in jenem „beinahe utopischen Projekt, den Russen mit kulturellen Mitteln zu einem Europäer umzuformen“ (S. 36). Die Abgrenzung Peters gegenüber dem „alten Russland“ und die ihm zunächst widerstrebend folgende Adelswelt dienen dazu, die versuchte Distanzierung der oberen Zehntausend von russischen Eigentümlichkeiten darzustellen. Dazu führt uns Figes zum russischen Adel, exemplifiziert etwa an den Scheremetjews, und zu dessen oft auf den Leistungen von Leibeigenen basierendem Kulturleben. Die hierbei geschilderte „Idealisierung Europas“ (S. 93) erfährt vor und nach der Wende zum 19. Jahrhundert schwere Schläge – zum einen durch die Französische Revolution, zum anderen durch 1812, dessen „Kindern“ das zweite Kapitel gewidmet ist. Das (adelige) Kollektiverlebnis der napoleonischen Jahre wird in diesem zweiten Kapitel beleuchtet, die Entwicklung der späteren Dekabristenbewegung geschildert. Figes stellt eine Art vornehme Explosion des Russischen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts fest: Zögerlich, aber unaufhaltsam wandte sich die bessere Gesellschaft den

im 18. Jahrhundert verdrängten russischen Eigentümlichkeiten zu.

Sein drittes Kapitel widmet Figes Moskau. Die Gegenüberstellung mit St. Petersburg liegt nahe und der Autor lässt sich diese Chance nicht entgehen, den russischen Geist der Stadt im Gegensatz zu Peters Symbol der Fremdartigkeit zu erklären. Das üppige Moskauer Essen gehört hier her, ebenso der exorbitante Alkoholkonsum (auch ein Kriterium des Russischen), aber auch der entstehende „neurussische“ Stil in Malerei und Musik. Der Aufstieg der Moskauer Kaufmannschaft darf nicht fehlen, Pawel Tretjakow und Sawwa Mamontow sorgen für den kulturellen Bezug. „Die Bauernhochzeit“ ist das folgende, vierte Kapitel überschrieben. Figes beschreibt die Haltung der Intelligenz zur Bauernfrage sowie die künstlerischen Auseinandersetzungen mit dem „Volk“ etwa bei Ilja Repin oder Modest Mussorgski. Von den Kultfiguren der Malerei und Musik gelangt Figes endlich zu jener Persönlichkeit, die ganz offensichtlich seine Konzeption russischer Kulturgeschichte maßgeblich geprägt hat. Kam es bereits bislang zu etlichen Rekursen auf das Monumentalopus „Krieg und Frieden“, so steht nun dessen Schöpfer selbst mit seinen eigenen Vorstellungen von Russen- und Bauerntum im Mittelpunkt. Tolstoische Idealisierung des (von ihm stilisierten) russischen Bauern wurde durch Tschechows „Bauern“ in Frage gestellt. Figes leitet über zu Wandlungen der bäuerlichen Lebenswelt am Ende des „langen“ 19. Jahrhunderts und deren Widerspiegelungen in der Literatur, Kunst und Musik.

Nachdem er das russische Bauerntum in vielfältigen Widerspiegelungen in der Hochkultur gesucht und gefunden hat, macht sich Figes im nächsten Kapitel auf die Suche „nach der russischen Seele“. Im Gegensatz zu anderen trachtet er nicht danach, diese in endlosen Kornfeldern, Birkenwäldern und Balalaikaklängen zu suchen, sondern in der Religion. Der Autor spricht über Liturgie und Rituale der orthodoxen Kirche, die seiner Ansicht nach nicht nur „das Zentrum des russischen Glaubens“, sondern auch des „Nationalbewusstseins“ (S. 329) bildeten, eine These, die nicht allzu ausführlich begründet wird.

Dass das „Russische“ im zarischen Vielvölkerreich eine komplexe Angelegenheit war,

verdeutlicht das folgende, sechste Kapitel „Die Nachfahren des Dschingis Khan“. Die Bedeutung der östlichen, asiatischen Reichsteile und ihrer „Wildheit“, „Primitivität“ und nichteuropäischen Andersartigkeit für das Selbstverständnis der russischen Kulturschaffenden wird, auch unter Einbringung der eurasischen Bewegung, diskutiert und ihre Folgen für die russische Identität am Ende bildlich zusammengefasst: „Die Russen ahnten von Kindheit an, was es bedeutete, ‚auf einem Steppenross dahinzusprenge‘. Sie spürten das Donnern, mit dem die Hufe über die asiatische Steppe jagten, unter ihren Füßen.“ (S. 449)

Ein ganz anderes Donnern überzog im Jahre 1917 das Land. „Russland aus sowjetischer Sicht“ überschreibt Figes sein Kapitel über die Kulturgeschichte im Lande der Bolschewiki. Als „Einführerin“ in die Epoche dient hier Anna Achmatowa, deren Einzug in ehemaligen Palast der Scheremetjews an der Fontanka nicht nur den Bezug zur Vergangenheit herstellt, sondern auch weiterführt zur bolschewistischen Revolution der Wohnkultur. Von der Vorstellung des zu schaffenden neuen Sowjetmenschen wird der Bogen geschlagen zum Proletkult, von dort weiter zur Avantgarde im sowjetischen Kino, zu Eisenstein, schließlich zu Mejerhold und Majakowski. Dessen Selbstmord wird als symbolischer Ausgangspunkt der Veränderungen in der sowjetischen Kultur genommen, die der beginnende Stalinismus zum Postulat des Sowjetischen Realismus drängte. Terror, Krieg und Nachkriegskampagnen brachten schwierige Zeiten für die sowjetischen Kulturschaffenden, denen es freilich in Figes' Anschauung gelang, eindrucksvolle Symbole für die Größe der russischen Kultur zu liefern, trotz der sie behindernden sowjetischen politischen Barbarei.

Der kulturellen Emigration gilt Figes' letztes Kapitel. Es schildert die Fluchtpunkte Berlin und Paris, spürt manch prominentem individuellen Schicksal nach und demonstriert daran die Persistenz russischer Identitätsstrukturen auch in der Fremde. Figes schildert die Seelenqualen der russischen Künstler-Emigranten im Ausland, aber auch diejenigen der späteren Rückkehrer unter ihnen und führt an beiden Erscheinungen die besondere

emotionale Intensität des „Russe-Seins“ vor. Zu ihr musste sich auch der sich so lange als nüchterner Kosmopolit gebende Igor Strawinski bekennen: „Es ist mein Russland und ich liebe dieses Land.“ (S. 605)

Orlando Figes' Kulturgeschichte Russlands ist, daran besteht kein Zweifel, von einem Kenner geschrieben, ihre Lektüre ist abwechslungsreich und kurzweilig, sie teilt dem Leser viel Bemerkenswertes, viel Richtiges und Wichtiges über die russische (Hoch-) Kultur im historischen Kontext mit, sie leistet streckenweise eine dichte deskriptive Annäherung an das „Russische“. Es ist wohl ein großes Buch – und dennoch kein großer Wurf, da das Konzept von Figes insgesamt nicht zu überzeugen vermag. Zu sehr geriert sich der Autor als Romancier, der aus seiner persönlichen Warte Geschichten über Russlands Kultur und Historie erzählt. Verschiedene Schicksale werden vorgeführt, verschiedene Fäden gesponnen, fallen gelassen und manchmal überraschend wieder aufgegriffen. Dazwischen Exkurse, gedankliche Sprünge, willkürliche Verknüpfungen, oft unter Verzicht auf Chronologie und Kausalität – ein solch rhapsodischer Stil macht die Lektüre unbeschwert, geht aber zu Lasten von Systematik und analytischer Konsequenz. Letztere scheint Figes' Anliegen auch kaum zu sein, stattdessen führt er den Leser in essayistischer Manier auf seinen persönlichen, oft recht gewundenen Routen durch Russlands Kultur vom 18. bis zum 20. Jahrhundert. Dass da nicht immer zwischen Wesentlichem und Unwesentlichem unterschieden, die Komplexität der Konstellationen nicht immer gewürdigt wird, Anekdoten sich mit Essentials vermengen, gehört zum vielleicht allzu populistischen Konzept plakativer Pauschalierung. Heraus kommt ein kulturgeschichtliches Potpourri aus Geschichte und Hochkultur, durchsetzt mit biografischen Skizzen, knappsten, dünn belegten Elementareinführungen in historische Strukturen und feuilletonartigem Philosophieren über „das Russische“. Sicher mag dahinter die ehrenwerte Idee stecken, dem Unkundigen Russlands Kulturgeschichte auf leicht lesbare Weise näher zu bringen. Gerade der Unkundige aber wird nicht über die nötige Trennschärfe verfügen, um in Figes' Erzählstrom einen kla-

ren Kopf zu behalten. So sehr auch das Buch für die Faszinationskraft Russlands sensibilisiert, lässt sein bisweilen strukturloses Netzwerk von Beobachtungen doch kein klares Gesamtbild entstehen. Kulturgeschichte auf der Grundlage assoziativer Beliebigkeit liefert ein schönes historisches Lesebuch, stellt aber für die professionelle Historie einen Irrweg dar.

HistLit 2004-4-130 / Matthias Stadelmann über Figes, Orlando: *Nataschas Tanz. Eine Kulturgeschichte Russlands*. Berlin 2003. In: H-Soz-u-Kult 23.11.2004.

---

Frevert, Ute: *Eurovisionen. Ansichten guter Europäer im 19. und 20. Jahrhundert*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag 2003. ISBN: 3-596-60146-0; 218 S.

**Rezensiert von:** Matthias Pape, Historisches Institut, RWTH Aachen

Ute Frevert fragt nach den „guten Europäern“, die daran gearbeitet haben, negative Traditionen Europas wie Nationalismus, Erbfeindschaft und Zivilisationsdünkel zu überwinden und die Staaten und Völker einander anzunähern. Sie spürt den Erinnerungen, Deutungen, Wahrnehmungen und Haltungen nach, die den Kontinent in seiner Besonderheit erfassen helfen sollen, und nennt dies „Eurovisionen“. In fünf Kapiteln geht es um die Ausformung von Nationalismus, Kolonialismus, „europäischem Bürgerkrieg“ und Kaltem Krieg, um das „europäische Projekt“ nach 1989 und die Erinnerung an zweihundert Jahre Geschichte.

Der schmale Buchumfang zwingt zur Auswahl. Ausgeblendet sind bei Frevert alle Fragen von Religion und Konfession. Die beiden Hauptthesen lauten: Europa- und Nationalbewusstsein, so unterschiedlich sie in den einzelnen Ländern auch ausgeprägt sind, bedeuten heute keinen Widerspruch; und die Europäer bilden ihre Identifikation in der Auseinandersetzung mit den Nichteuropäern heraus. Das führe zu teils „hysterischen Abgrenzungen“ gegenüber Fremdkulturellem (Freverts Stichwörter sind der Islam und der EU-Beitritt der Türkei) sowie zu aufgeregten De-

batten über „nationale Leitkulturen“ und Immigration. Frevert möchte dazu beitragen, diese Fragen „rational“ zu verhandeln. Tut sie das wirklich?

Im Kapitel über den Nationalismus des 19. Jahrhunderts resümiert sie den Forschungsstand, greift Sheehans Wort von der „Erfindung der Nationen“ aus dem Geist des revolutionären und antirevolutionären Nationalismus auf und stellt zu Recht die Nachwirkungen der napoleonischen Reformen in Europa heraus. Dazu hätte die Frage gehört, mit welchen „Eurovisionen“ sich ältere reichspatriotische Konzepte des „Dritten Deutschland“ im Westen und Südwesten des Alten Reichs mit Napoleon als einem neuen „Charlemagne“ verbanden, um auf ein erneuertes Reich an der Seite Frankreichs hinzuarbeiten. Das war die Gegenkonzeption zu dem später von Preußen geeinten Nationalstaat, den diese Kosmopoliten (von der Geschichtsschreibung bis ins 20. Jahrhundert als „Reichsverräter“ wahrgenommen) vermeiden wollten und den Metternich (kein „guter Europäer“?) nach 1815 noch einmal aufhalten konnte.

Frevert unterstreicht die lange Tradition der „Barbarisierung“ auf dem europäischen Kontinent, ignoriert aber die Dialektik der historischen Prozesse in Form der ständigen Versuche, Krieg und Gewalt einzudämmen. Waren Zar Alexander I., der nach 1815 neue Wege der Friedenswahrung entwickelte, Henri Dunant, der das Rote Kreuz gründete, Bertha von Suttner, die am Beginn der modernen Friedensbewegung steht, oder Alfred Nobel, der den Friedenspreis stiftete, keine „guten Europäer“?

Frevert zeigt, wie sich die „guten Europäer“ im Eigenbild der Kolonial- und Weltausstellungen entweder als „barmherzige Christen“ oder als „vernünftige Aufklärer“ dargestellt, faktisch aber ihre Konkurrenz in Übersee ausgetragen und mit Kolonialismus und Rassismus anderen Kontinenten ihr Ordnungs- und Wertesystem aufgebürdet haben (dies ist die Sicht post festum des ‚Klüngergewordenen‘). Das koloniale Projekt sei ein „männliches Unternehmen“ gewesen und als solches im 19. Jahrhundert, das sich „geradezu obsessiv mit der Markierung der Geschlechterdifferenz beschäftigt“ habe, auch wahrgenommen worden. Doch ist damit alles über die-

se Zeit gesagt? Die Weltausstellungen dienten auch dem Vergleich der Kulturleistungen im *fin de siècle*. Die Kunst verlor ihre dekorative Funktion und wurde zur Lebensmacht. Die Öffentlichkeit wurde von Paris, Wien, München, Dresden und Berlin her in ästhetischen Fragen polarisiert: für oder gegen die Opern Richard Wagners, die Zwölftonmusik, die gebrochenen Farben des Impressionismus, die grellen des Expressionismus. Die Künste setzten Energien frei, die bis heute nachwirken. Von alledem ist in Freverts Buch nichts zu spüren.

Das Zeitalter der Weltkriege macht Frevert am Heldenkult und an der „Gedächtnispolitik“ nach 1918 fest. Sie stellt heraus, dass selbst die Gräber der Gefallenen nach Nationen getrennt worden seien (als ob anderes denkbar gewesen wäre). Die bolschewistische Revolution habe modernisierend gewirkt, sei im Westen aber als „tendenziell barbarisch“ wahrgenommen worden. Faktum ist, dass der Bolschewismus in Theorie und Praxis barbarisch war, sowohl in den Anfängen als auch unter Stalin (der Name fällt nicht). Faktum ist auch, dass nicht Hitler, sondern Hitler UND Stalin den Zweiten Weltkrieg ausgelöst haben und nicht Hitler Polen „hernach“, sondern bereits zuvor mit Stalin geteilt hat. In dieser Periode sind „gute Europäer“ kaum auszumachen. Aber Papst Benedikt XV. unternahm im Ersten Weltkrieg, wenn auch vergeblich, eine Friedensvermittlung und konnte zumindest die Kriegshärten lindern. Und Papst Pius XII. verurteilte, wie sein Vorgänger Pius XI., im Zweiten Weltkrieg öffentlich den Rassenantisemitismus und konnte durch die diplomatischen Kanäle der römischen Kurie mindestens 700.000 Juden in vielen Ländern Europas das Leben retten – wenn auch die spätere Wahrnehmung eine andere ist (Hochhuths „Stellvertreter“ und die Folgen). Waren während der Weltkriege vielleicht die Päpste die „guten Europäer“?

Es fehlen kurze Rückblenden in die mittelalterliche und frühneuzeitliche Geschichte, ohne die das moderne Europa nicht zu verstehen ist. Frevert will ‚ihr‘ Europa nicht auf das Karolingerreich beziehen (das wollten schon national orientierte Protestanten und Sozialdemokraten in der Ära Adenauer nicht); die „Sucht nach Einheit“ und eine Europa ver-

bindende Idee wie das „christliche Abendland“ lehnt Frevert ab. Folgt man indessen den Quellen, stößt man auf die christlich-antiken Grundlagen Europas, die über Humanismus und Neustoizismus vielfältig in die Neuzeit hineingewirkt haben. Stattdessen lenkt Frevert den Blick auf die heterogenen Einflüsse, die von den Randregionen und den Minderheiten ausgingen (Juden, Muslime). Sie würdigt den Wertekanon der Aufklärung als „zentrales Fundament“ Europas. Dahinter verschwindet völlig das Erbe der Reformation. Es hat in seiner stärksten politisch-ökonomischen Ausprägung in Form des Calvinismus (Schweiz, Niederlande, Preußen) auf Europa tief gewirkt. Es hat im Alten Reich seit 1648 nicht zuletzt die politische Kultur geprägt, indem es zum friedlichen konfessionellen Ausgleich führte, Reich und Bistümer, Staat und Landeskirchen dauerhaft einander zuordnete, während sich in England und Frankreich Staatskirchen etablierten. Die konfessionellen Prägungen und Unterschiede wirken bis heute nach – in Freverts Geschichtsbild sind sie ausgelöscht.

Der Leser erfährt auch nichts vom Föderalismus als frühneuzeitlichem Erbe des deutschsprachigen Raumes für Europa, woran heute die Idee des „Europas der Regionen“ anknüpft. Der Föderalismus bildet die Voraussetzung für die Autonomie von nationalen Minderheiten, worum in vielen Randregionen gerungen wird (Nordirland, Baskenland, Südtirol, Balkan). Darüber haben österreichische Gelehrte wie der Sozialdemokrat Karl Renner noch in der Habsburgermonarchie Grundlegendes erarbeitet. Renner taucht genauso wenig unter den „guten Europäern“ auf wie die Intellektuellen, Publizisten und Politiker diesseits und jenseits des Rheins, die seit den 1920er-Jahren (im Zeichen der Abendlandidee!) den Brückenschlag suchten, den Jugendaustausch in Gang setzten, Zeitschriften gründeten – und von denen nicht wenige das Aufbauwerk nach 1945 fortführten. Frevert erwähnt kurz Reinhold Schneider, ohne ihn konfessionell zuzuordnen und seine Trauer über den Verlust des katholisch-universalen Reiches in Erinnerung zu rufen – wiederum eine prägnante Form der Europawahrnehmung nach 1945. Auch beim Widerstand gegen den Nationalsozialismus, der

Fäden nach Europa spannen, wäre an dessen Rückbindung an das christliche Wertefundament zu erinnern.

Frevert erkennt richtig, dass Europa nach 1950 von den breiten Massen, auch den Arbeitsmigranten, als Raum und Garant wirtschaftlichen Wohlstandes und sozialer Sicherheit wahrgenommen wurde. Aber kann man das europäische Sozialstaatsmodell preisen, ohne zunächst auf dessen Wurzeln in der katholischen Soziallehre und in den päpstlichen Sozialzyklen sowie auf die Wirkungen der neoliberalen Genfer Schule als Reaktion auf den Staatssozialismus unter Hitler und Stalin hinzuweisen? Kann man übergehen, dass die Gründungsväter des sich einigenden Europas nach 1945 fast alle Christliche Demokraten waren, die zusammen mit Liberalen den zentralistisch-nationalen, auf die Planwirtschaft setzenden Linksparteien in Deutschland, Frankreich, Italien ihre Europa-Vision entgegengesetzten und diese politisch-ökonomisch zu einem Erfolgsmodell machten, während Nicht-EWG-Länder wie England und Österreich den Weg in die Staatsverschuldung gingen?

Das Schlusskapitel ist eine Moralpredigt gegen die „Festung“ Europa, ihre „restriktiven Einwanderungsregelungen“ gegenüber Armutsflichtlingen und ihre Ausgrenzungspolitik gegenüber dem Balkan und der Türkei. Dabei bezieht Frevert Position gegen Hans-Ulrich Wehler, der auf das in der Türkei fehlende Fundament der Aufklärung verwiesen hat. Aus Soldatenfriedhöfen (eines von Freverts Leitmotiven) und Vernichtungslagern solle eine „Gedächtnisoffensive im europäischen Maßstab“ unter Einbeziehung der Orte der Verbrechen in den Kolonialgebieten entstehen.

Das Buch ist quellenfern und bildungsarm, die Sprache teils salopp („Österreich fraß aus des Korsen Hand“), teils politisch überkorrekt („Bürgerinnen und Bürger“), von argen Druckfehlern („Giovane Europa“) und der verlagseigenen (weder bewährten noch konsequent neuen) Rechtschreibung entstellt. Das Personenregister ist unvollständig, die Literaturbelege in den Anmerkungen enthalten keine Rückverweise – wofür unterhält Fischer ein Lektorat?

HistLit 2004-4-032 / Matthias Pape über Frevert, Ute: *Eurovisionen. Ansichten guter Europäer im 19. und 20. Jahrhundert*. Frankfurt am Main 2003. In: H-Soz-u-Kult 14.10.2004.

---

Georgeon, François: *Abdulhamid II. Le sultan calife*. Paris: Libraire Arthème Fayard 2003. ISBN: 2-213-59929-7; 528 S.

**Rezensiert von:** Elke Hartmann, Institut für Islamwissenschaft, Freie Universität Berlin

Abdülhamid II. (1876-1909) ist eine der umstrittensten Herrscherpersönlichkeiten der osmanischen Geschichte. Von vielen seiner Zeitgenossen wurde er heftig angegriffen. In Europa und Amerika dominierte nach den Armeniermassakern der Jahre 1894-96 das Bild des „Roten Sultans“. Seine osmanischen Kritiker sahen in ihm den Despoten, der nicht nur eine beispiellose Machtfülle in seinen Händen konzentrierte, sondern auch – chronisch misstrauisch – mit Hilfe einer strikten Zensur und eines gewaltigen Apparats an Polizisten und Spitzeln jegliches intellektuelle Leben im Reich erstickte. Die kemalistische Geschichtsschreibung schließlich zeichnete die Ära Abdülhamids als Zeit der Finsternis und Rückständigkeit. Die moderne Türkei sollte diese schließlich überwinden, indem sie sich explizit von dieser Tradition absetzte. Dementsprechend gehörten Abdülhamid II. und seine Zeit lange nicht zu den bevorzugten Gegenständen der Historiker, weder in der Türkei noch außerhalb.

Erst in den 1980er-Jahren ist in der Türkei eine neue Diskussion um die Figur Abdülhamids aufgekommen, die weniger von Historikern als vielmehr von Publizisten getragen wurde.<sup>1</sup> An der Interpretation der Herrschaft Abdülhamids entzündete sich nun die Debatte um die alte Frage nach dem richtigen Weg von Reformen: Modernisierung nach westlichem Muster oder durch Besinnung auf die eigene Tradition? In dieser Diskussion erschien Abdülhamid als letzter islamischer Herrscher, gerecht in seinem Bestreben, sein

---

<sup>1</sup> Hierzu ausführlich: Kleinert, Claudia, *Die Revision der Historiografie des Osmanischen Reiches am Beispiel von Abdülhamid II. Das späte Osmanische Reich im Urteil türkischer Autoren der Gegenwart (1930-1990)*, Berlin 1995.

Reich sowohl als modernen Staat als auch als islamische Großmacht zu gestalten. Das neue Interesse an diesem Sultan-Kalifen fiel in etwa in die Zeit, in der allmählich auch das osmanische Staatsarchiv und insbesondere die Materialien des Yildiz-Palasts, also der Machtzentrale Abdülhamids, für die Forschung zugänglich wurden. Diese Erschließung der Quellen hat in den letzten Jahren eine Welle von neuen Studien über die letzten Jahrzehnte des Osmanischen Reiches ausgelöst.

In diesem Kontext, auf den in der Einleitung auch Bezug genommen wird, hat François Georgeon nun mit seinem Band „Abdülhamid II. Le sultan calife“ eine Biografie des letzten regierenden Sultans vorgelegt: Die erste europäischsprachige Biografie seit Jahrzehnten überhaupt und die erste, die sich neben einer Reihe von Memoiren, zeitgenössischen Zeugnissen und Quellen, die früher schon zugänglich waren, auch auf die Ergebnisse der jüngsten Forschung stützen und damit das oft polemische, im Gegenzug aber auch idealisierende und nostalgische Bild Abdülhamids und seiner Zeit modifizieren und differenzieren kann. Georgeon füllt mit seinem Buch eine Lücke. Er erfüllt auch die hohen Erwartungen, die sich an ein solches Werk richten. Ihm gelingt eine Darstellung der Persönlichkeit des Herrschers, die weder der Verteufelung noch der Faszination erliegt. Der Band ist zugleich ein gutes Handbuch, das die Ereignisse und Probleme der Epoche im Kontext nicht nur der vorangegangenen und nachfolgenden Phasen der osmanischen Geschichte, sondern auch im Vergleich zu den Nachbarländern – namentlich Russland, das ähnliche Schwierigkeiten zu bewältigen hatte und dabei auf ähnliche Lösungen zurückgriff – diskutiert und eine exzellente Analyse des hamidischen Herrschaftssystems bietet. In diesem Zusammenhang ist es nützlich, dass durchgehend die Bezeichnungen von Institutionen und Ämtern neben der französischen Umschreibung auch auf Osmanisch wiedergegeben werden und ein ausführliches Glossar sowie eine Zeittafel angehängt sind.

Den großen inneren Konflikt zu Beginn der Herrschaft, das ambivalente Verhältnis Abdülhamids II. zu Midhat Pasa, dem „Vater der Osmanischen Verfassung“, betrachtet

Georgeon als personalisierte Zuspitzung der durchgehenden Konkurrenz zwischen Sultansmacht und Regierungsmacht parallel zu dem Verhältnis des jungen und unerfahrenen Kaisers Wilhelm II. zum langjährigen Kanzler Bismarck (S. 70).

So ordnet Georgeon auch das autokratische Regime Abdülhamids in einen breiteren vergleichenden Kontext ein, zunächst im Rückgriff auf die osmanische Geschichte: Eine Politik der Zentralisierung und Stärkung der Sultansmacht galt seit der klassischen Zeit des Osmanischen Reiches als Mittel gegen Krisenerscheinungen. Als Beispiel hierfür steht Mahmud II., der den Modernisierungsprozess des Osmanischen Reiches mit der Zerschlagung der Janitscharen 1826 eingeleitet hat, und der Abdülhamid II. erklärtermaßen als Vorbild galt (S. 39). So erscheint die schrittweise Verlagerung von Kompetenzen in den Palast nach der Epoche der Tanzimat, während derer die Regierungsgewalt auf die Ministerialbürokratie übergegangen war, als eine traditionelle Restauration der osmanischen Sultansmacht. Dabei hat allerdings Abdülhamid II. mit seinem System einer faktischen Parallelregierung und -verwaltung im Palast ergänzt durch Kommissionen, denen er oft selbst präsierte, und dank moderner Techniken eine Machtfülle erreicht, die kein Sultan vor ihm je innehatte (Kap. 7). Die Autokratie mit repressiven Mitteln und die Vorstellung, das Volk sei noch nicht reif für politische Partizipation erscheinen als Phänomene des Zeitgeists, insbesondere mit Blick auf das Russische Reich Alexanders III. (S. 147). Erhellend ist aber vor allem Georgeons Verweis auf die Zeit danach: Die Autokratie Abdülhamids wurde mit einer nur kurzen Unterbrechung abgelöst durch die Diktatur des jungtürkischen „Komitees für Einheit und Fortschritt“, die sich für das Reich als weitaus brutaler und verheerender erweisen sollte (S. 431).

Seit der Publikation von Stanford Shaws monumentaler Geschichte des Osmanischen Reiches<sup>2</sup> hat es sich durchgesetzt, Abdülhamid II. nicht nur als Autokraten, sondern auch als Reformers, als konsequenten Modernisierer zu sehen. Georgeon betont den zu-

<sup>2</sup>Shaw, Stanford J. Kural, Ezel, *History of the Ottoman Empire and Modern Turkey*, Bd. 2, Cambridge 1977.

tiefst rationalen Charakter seiner Regierung, weit entfernt vom Obskurantismus, der so oft behauptet worden ist (S. 444). Als größter Erfolg seiner Reformpolitik gilt der Ausbau des Schulwesens. Letzten Endes haben aber die Anstrengungen auf diesem Feld nicht gereicht, um den Bedarf zu decken (S. 253). Andererseits haben die zivilen und militärischen Schulen eine neue Elite hervorgebracht, jene kleine muslimische Mittelschicht, die sich durch die Restriktionen des hamidischen Systems besonders gebremst sah und deren Unzufriedenheit schließlich zum Sturz des Regimes führte.

Zwei weitere Charakteristika prägten die Herrschaft Abdülhamids II.: Sein großes diplomatisches Geschick, auf das viel von der Faszination für ihn zurückzuführen ist, und seine Betonung des Kalifats. In Bezug auf ersteres ist der Hinweis Georgeons wohlthuend und angebracht, dass die Erfolge der hamidischen Diplomatie zum großen Teil auf das Interesse der europäischen Großmächte zurückzuführen sind, das Osmanische Reich zu erhalten (S. 445). Auch in Bezug auf die Kalifatspolitik kommt Georgeon zu einem nüchternen Urteil. Außenpolitisch vor allem als Drohgebärde eingesetzt ohne deren Potential zu überschätzen, hatte die Stärkung des Kalifats für Abdülhamid in erster Linie innenpolitische Bedeutung: als Mittel zur Legitimierung und Sakralisierung seiner Herrschaft und als Mittel zur Integration der sehr heterogenen Bevölkerung des Reiches unter dem Vorzeichen der islamischen Einheit (S. 196ff.). Dies allerdings zum Preis der Konfrontation mit heterodoxen muslimischen Gruppen und der Exklusion der Nicht-Muslime, die auch nach dem Verlust der Balkanprovinzen 1878 einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung darstellten, noch dazu jenen Teil, dem im osmanischen Modernisierungsprozess ein überproportional hoher Anteil zukam.

Problematisch bleibt die Qualifizierung dieser Periode als „belle époque“ bzw. „âge d'or“, die Georgeon trotz aller Einschränkungen, die er selbst vornimmt, verschiedentlich hochhält (S. 321-322; 445). Sie bezieht sich auf winzige muslimische wie nicht-muslimische Eliten in wenigen großen Städten, während gleichzeitig die Mehrheit der muslimischen Bevölkerung ihre durch die Verschiebungen

des Modernisierungsprozesses ausgelöste tiefe Verunsicherung trotz ihrer Stärkung durch die Politik des Kalifats nicht überwinden konnte, soziale Spannungen eher zu- als abgenommen haben und viele Provinzen sich mit einem so hohen Grad an alltäglicher Gewalt und Not abfinden mussten, wie sie zuletzt Jahrhunderte vorher während der Celali-Revoluten geherrscht hatten. Von den Armeniermassakern der Jahre 1894-96 (S. 285-295) ganz zu schweigen.

HistLit 2004-4-148 / Elke Hartmann über Georgeon, François: *Abdulhamid II. Le sultan calife*. Paris 2003. In: H-Soz-u-Kult 30.11.2004.

Hartmann, Peter Claus: *Französische Verfassungsgeschichte der Neuzeit (1450-2002). Ein Überblick*. Berlin: A. Francke Verlag 2003. ISBN: 3-428-10820-5; 235 S.

**Rezensiert von:** Helke Rausch, Zentrum für Höhere Studien/ Frankreichzentrum, Universität Leipzig

Während die deutsche Geschichtswissenschaft in den letzten Jahren begonnen hat, Verfassungsgeschichte verstärkt vergleichend anzugehen<sup>1</sup> und dabei zu wichtigen Relativierungen vermeintlicher Spezifika gerade des deutschen Konstitutionalismus im 19. Jahrhundert vorgedrungen ist<sup>2</sup>, legt nun der in Mainz lehrende Historiker P.C. Hartmann knapp zwanzig Jahre nach dem Erscheinen seiner Gesamtdarstellung zur französischen Verfassungsgeschichte noch einmal eine überarbeitete Neuauflage einer Länderstudie vor, in der der französische Untersuchungsfall gelegentlich auch durch einen deutsch-französisch vergleichenden Blick zusätzliche Außenkontur gewinnt (z.B. S. 17). Als nicht hintergebares Zäsurdatum seiner

<sup>1</sup> Vgl. Reinhard, Wolfgang, *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München 2002; Fenske, Hans, *Der moderne Verfassungsstaat. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte von der Entstehung bis zum 20. Jahrhundert*, Paderborn 2001.

<sup>2</sup> Vgl. Kirsch, Martin, *Monarch und Parlament im 19. Jahrhundert. Der monarchische Konstitutionalismus als europäischer Verfassungstyp – Frankreich im Vergleich* (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 150), Göttingen 1999.

Überblicksdarstellung wählt Hartmann das epochale Ereignis der Französischen Revolution von 1789 und unterscheidet dementsprechend eine erste Periode „materiell-rechtlicher“ (un)geschriebener Grundgesetze von einer zweiten postrevolutionären „Epoche der geschriebenen modernen Verfassungen“ (S. 15), mit der Frankreich zum Impulsgeber für den europäischen Konstitutionalismus wird.

Besonders im zweiten, knapp ein Drittel des Gesamttextes ausmachenden Teil wird Frankreich als Land des permanenten konstitutionellen Umbruchs gekennzeichnet. Hartmann zeigt, wie seit der Menschenrechtserklärung von 1789 die Nation als Souverän firmierte und 1791 die Gewaltenteilung verankert wurde, während das Prinzip staatsbürgerlicher Egalität lange deklaratorischen Charakters blieb. Die radikaldemokratische Verfassung von 1793 mit ihren weit reichenden Rechtszusagen war im Schatten von Diktatur und Terror wirkungslos, bevor die kollektive Aufstockung von Exekutive und Legislative in der Direktorialverfassung der Opposition Zugang zur Macht bis zum Staatsstreich und zur Militärdiktatur Napoleons verschaffte. Die napoleonischen Verfassungen blähten die Exekutive weiter auf, sicherten aber die revolutionäre Rechtsgleichheit weiter ab. Hinter die Gewaltenteilung, das zentralisierte Verwaltungssystem und einen grundrechtlichen Konsens ging dann auch die restaurierte Monarchie nach 1814 nicht mehr zurück. Präsidialverfassung und Kaisertum reduzierten nach 1852 die republikanische Verfassung (1848) zunächst zur demokratischen Episode, bevor sie seit 1871 nach einer schwierigen Etablierungsphase in Gestalt der Dritten Republik bis ins 20. Jahrhundert hinein wirkmächtig wurde. Hier nun arbeitete die neue Verfassung der Vierten Republik nach Kriegsende 1945 zwar die Verfehlungen von Vichy ab, wurde aber von überbordenden Dekolonialisierungskonflikten und einer disziplinlosen Parteiendemokratie zerschlagen. Erst die Verfassung der Fünften Republik, die schließlich am einlässigsten behandelt wird, sicherte mit einem freilich bisweilen prekären, semipräsidentiellen Herrschaftssystem demokratische Stabilität.

So griff Hartmann seinen Gegenstand

präsentiert, könnten gerade dem Leser einer Überblicksdarstellung orientierende Klärungen fehlen. Etwa wird keine konzise Definition der neuzeitlichen „Verfassung“ als dem zentralen Untersuchungsgegenstand angeboten, die nicht nur auf die Festlegung von Regierungsformen und die Zuschreibung von Kompetenzen an Institutionen und Kollektive oder individuelle Amtsträger abhebt, sondern auf die historische Primärfunktion der Verfassung verweist, die Bedingungen legitimer Herrschaft festzulegen (statt sie vorauszusetzen) und die jetzt überhaupt erst legitimationsbedürftig gewordene politische Macht umfassend zu verrechtlichen und faktisch neu zu begründen.<sup>3</sup> Ohne dergleichen grundlegende Erläuterungen droht etwa die „revolutionäre“ Qualität der Rechtstexte von 1789 und 1791 fast mehr der „Verschriftlichung“ (S. 15) und dem Austausch der Herrschaftsträger (S. 56ff.) als ausdrücklich der gedanklichen und faktischen Neukonstituierung legitimer Gewaltsamkeit zugerechnet werden zu müssen.

Auch vermisst womöglich besonders der um Einarbeitung bemühte Leser ein abrundendes Schlusskapitel, in dem die disparaten Entwicklungslinien, die Hartmann über einen Zeitraum von über 500 Jahren zieht, zuletzt zu bündeln und im Blick auf Kontinuitäten und Diskontinuitäten im historischen Kontext abzuwägen wären. Die insbesondere im zweiten Teil dargestellte Serie von Verfassungen hätte, typologisch aufbereitet (z.B. unterschieden nach der Qualität des Wandels im Sinne von Modifikation, substantieller Revision und komplettem Bruch, oder unterschieden nach Anlass, Motiv und Trägern des Wandels), aus ihrer relativen Autonomie gelöst werden können. So würde zugleich die Dynamik des Wechsels von parlamentarischen und monarchischen Regimen und ihrer Verfassungen noch einmal zur auffälligen Kontinuität der institutionellen Infrastruktur (v.a. Zentralstaatlichkeit und eine spezifische Version parlamentarischer Praxis) in Beziehung gesetzt.

Ohne einen breiteren Rekurs auf Initia-

<sup>3</sup> Vgl. z.B. Grimm, Dieter, *Deutsche Verfassungsgeschichte 1776-1866*, Frankfurt am Main 1988, S. 10-13; Schmale, Wolfgang, *Art. Constitution, Constitutionnel*, in: Reichardt, Rolf; Lüsebrink, Hans-Jürgen (Hgg.), *Handbuch politisch-sozialer Grundbegriffe in Frankreich, 1680-1820*, München 1992, Bd. 12, S. 31-63.

toren und Träger der Verfassungsbewegungen, auf ihre Veränderungsinteressen als dem eigentlichen Motor der normativen Verfassungstexte und auf informelle Prozesse und Einflüsse, die die Verfassungswirklichkeit jenseits der Verfassungsnorm prägen, bliebe ein Verfassungsgeschichte allzu statisch. Nun scheint aber bei Hartmann das komplizierte Geflecht von Aushandlungsprozessen, von Macht- und Interessenkalkülen im Hintergrund zeitgenössischer Verfassungsdiskussionen auf, wenn im zweiten Darstellungsteil die Verfassungsentwicklung im Dreischritt „Vorgeschichte“, „Verfassung“ und „Anwendung“ durchdekliniert und jeweils in der ersten und dritten Analyserubrik soziopolitische Kontexte hergestellt werden. Die symbolische Valenz der französischen Verfassung als Kernelement politischer Kultur mindestens im 18. und 19. Jahrhundert bleibt freilich ganz außer Acht.<sup>4</sup> Die engen Darstellungsgrenzen einer verfassungsgeschichtlichen Einführung, die rigorose Stoffkonzentration unvermeidlich macht und Problemverkürzungen gebietet, scheinen aber weitgehend ausgereizt.

Zuletzt folgen der übersichtlichen und sprachlich klaren Darstellung eine griffige Auswahlbibliografie und ein Anhang mit tabellarischen Listen zur Entwicklung der Verfassungsstruktur, eine Chronologie der Staatsoberhäupter und Minister(präsidenten) sowie schematische Darstellungen von Parlamentstwahlergebnissen im Untersuchungszeitraum und eine Departement- und Regionenkarte Frankreichs. Den selbst gesetzten Anforderungen an eine „knappe, klare und verständliche“ (s. Vorwort) Einführung in die Entwicklung der französischen Verfassungsgeschichte wird der Autor auch hier vollends gerecht und liefert damit insgesamt ein sicherlich gerade für studentische Belange im Grundstudium geeignetes Hilfsmittel zur ersten Annäherung an einen komplexen Forschungsgegenstand.

HistLit 2004-4-035 / Helke Rausch über Hartmann, Peter Claus: *Französische Verfassungsgeschichte der Neuzeit (1450-2002). Ein Überblick*. Berlin 2003. In: H-Soz-u-Kult 15.10.2004.

<sup>4</sup> Vgl. u.a. Schmale, Wolfgang, *Entchristianisierung, Revolution und Verfassung. Zur Mentalitätsgeschichte der Verfassung in Frankreich, 1715-1794*, Berlin 1988.

Hoeres, Peter: *Krieg der Philosophen. Die deutsche und britische Philosophie im Ersten Weltkrieg*. Paderborn: Ferdinand Schöningh Verlag 2004. ISBN: 3-506-71731-6; 646 S.

**Rezensiert von:** Klaus Jochen Arnold, Universitätsarchiv, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Der Vergleich ist eines der schärfsten Werkzeuge des Historikers, insbesondere wenn es um die Frage nach deutschen „Sonderwegen“ oder der „verspäteten Nation“ (Helmut Plessner) geht. Deswegen ist es erstaunlich und ein Phänomen eigener Art, dass sich die deutsche Forschung zum Ersten Weltkrieg erst in jüngster Zeit wieder von der germanozentrischen Perspektive zu lösen beginnt. Peter Hoeres preisgekrönte Studie zur britischen und deutschen Universitätsphilosophie ergänzt nicht nur die bisherigen Arbeiten über Historiker und Nationalökonom, sondern weist mit ihrer vergleichenden Perspektive neue Wege. Im Hauptteil werden die unterschiedlichen philosophischen Theorien und Diskurse anhand der zentralen Begriffe „Freund und Feind“, „Staat“, „Krieg“ und „Frieden“ eingehend erläutert (S. 131-561), der „Krieg der Geister“ wird nicht anhand ausgewählter Passagen, sondern im Kontext dargestellt, die individuellen Besonderheiten aber gleichwohl berücksichtigt.

Hoeres behandelt zunächst die „philosophischen Strömungen“ vor dem Krieg und die „politische Kultur als wechselseitiges Vor- und Schreckbild“ (S. 41-130). Sowohl in England als auch in Deutschland stand die Philosophie unter dem Eindruck des Idealismus, ein verbindendes Element, das sogar die Antagonismen des Krieges überdauerte. War die „Stimmung gegenüber Deutschland unter britischen Akademikern vor dem Ersten Weltkrieg trotz des Konkurrenzdenkens noch überwiegend positiv“ (S. 97), radikalisierte sich das wechselseitige Bild mit dem Kriegsausbruch, eine Nationalisierung der universalistisch geprägten philosophischen Diskurse war die Folge. Der Mechanismus von Aktion und Reaktion, von „Anklagen und Antworten“ hat auch das Verhältnis zwischen den

Philosophen geprägt, und diese Studie zeigt eindrucksvoll, von welcher grundlegender Bedeutung dieses anthropologische Prinzip für das Verständnis aller Kriege ist. Es waren weniger das „Augusterlebnis“ oder die - aufgrund mangelnder Kriegsbegeisterung - forcierte akademische Mobilisierung in Großbritannien, die zu den fatalen nationalistischen Ausbrüchen führten, sondern insbesondere die weltweit propagandistisch aufbereiteten Greuelgeschichten über das Verhalten deutscher Truppen in Belgien, die in Anklagen und Hass mündeten. In denkbare kurze Zeit konstituierte sich das Schreckbild vom „militaristischen, barbarischen Hunnen“ (S. 103), das weit über den Weltkrieg hinaus für die Wahrnehmung in den westlichen Demokratien wichtig blieb.

Deshalb befand sich die deutsche Philosophie 1914 von vornherein in der Defensive. Die übersteigerten Reaktionen, etwa der am 14. Oktober veröffentlichte Aufruf „An die Kulturwelt!“, den u.a. Rudolf Eucken und Wilhelm Wundt unterzeichneten, gingen auf das verzweifelte Bedürfnis nach Anerkennung und Rechtfertigung zurück (S. 127f.).

Hoeres modifiziert die These Jürgen von Ungern-Sternbergs, dass von einer wirklichen Kultursendung für die Welt „im Ernst nirgends die Rede“ gewesen sei und bietet eine überzeugende Interpretation des Schrifttums: Die deutsche Weltkriegsphilosophie besäße vielmehr einen „offensiv drapierten Antwort- und Selbstverständigungscharakter“, „die ihre Apologie zu einer offensiven Apotheose der deutschen Geschichte, des deutschen Staates und der deutschen Aufgabe in der Welt stilisierte und einen nationalen Zukunftsdiskurs enthielt“ (S. 582). Wenn mit der erfolgreichen Beendigung des Krieges ein totaler Anspruch auf das Heil der Menschheit verknüpft wird, muss die Niederlage in Diskreditierung und Desorientierung münden. Dass die eigene Nation eine herausragende Stellung für das zukünftige Wohl der Menschheit beanspruchen könne, galt als selbstverständlich. Man konzentrierte sich wechselseitig auf die vorwurfsvolle Analyse der Philosophiegeschichte, wobei auf beiden Seiten die deutsche Geschichte im Vordergrund stand, es handelte sich „um einen deutschen Diskurs“ (S. 583). In Großbritannien wie im

Deutschen Reich wurde der Krieg als aufgezwungener Verteidigungskampf für eine bessere Welt begriffen (H.G. Wells prägte am 14. August 1914 die Formel vom „War That Will End War“), was die britischen Philosophen vornehmlich antithetisch begründeten. Fochten sie gegen den „preußischen Militarismus“ oder „hegelschen“ Staatsbegriff, standen die Deutschen im Kampf gegen vermeintlich schrankenlosen Materialismus, Individualismus und Kapitalismus, waren aber gleichzeitig auf der Suche nach dem „deutschen Geist“ und universalen Heil.

In beiden Ländern bedurften die Millionen Opfer der Legitimierung. Auch bei den Philosophen ging es häufig um nationalistisch „überspannte“ Zukunftsmodelle oder um Durchhalteparolen, und ihr Aktivismus speiste sich nicht selten aus dem kompensatorischen Bedürfnis, mit der „geistigen Kriegführung“ einen Ersatz für den Frontdienst zu leisten. Zentraler Aspekt des philosophischen Denkens in Deutschland war die „national-soziale Integration“, die deutsche Eigenentwicklung in Abgrenzung zum englischen Individualismus und dem liberalen Paradigma. Neuhegelianismus und Neufichteanismus mündeten gleichzeitig in einen nationalisierten Universalismus, dem auch der „Kreuzzugsgedanke“ nicht fremd war. Im Interesse der Völker und für die Welt sollte der „deutsche Geist“ obsiegen, womit allerdings keine annexionistischen Gelüste verbunden waren, wie das Beispiel des Nationalökonom Johann Plenge, der den Begriff der „Ideen von 1914“ geprägt hat, zeigt (S. 385-394). Wie viele andere bemühte er sich um eine zukunftsweisende Verbindung von Sozialismus und Nationalismus, eine in Europa verbreitete Idee. Der britische Idealismus, vertreten etwa durch John Henry Muirhead und Bernard Bosanquet, geriet hingegen mit Ausbruch des Krieges in Erklärungsnot. Bewunderer Hegels oder Kants sahen sich zur Modifizierung ihrer Positionen genötigt, was aber keineswegs das Ende des Idealismus in Großbritannien bedeutete. Vielmehr wurde die schon vor dem Krieg präsente „Zwei-Deutschland-Theorie“ philosophiegeschichtlich ausgeweitet, wonach man zwischen einer „positiv konnotierten deutschen Kultur und einem verderblichen preußischen Militarismusdiskurs

unterschied“ (S. 131). Auch bei Vertretern des philosophischen Liberalismus, wie etwa Joseph McCabe oder Leonard Trelawny Hobhouse, war das Feindbild „eines militaristischen, von Preußen dominierten Deutschlands“ verbreitet (S. 177). Die vermeintlichen Vordenker Nietzsche und Hegel gerieten ins Zwielficht, besonders verdammt wurden jedoch Heinrich von Treitschke und Friedrich von Bernhardi. Die Bedeutung des vielgestaltigen Zwanges zu nationaler Homogenität erlebte der germanophile Politiker und Philosoph Richard Burdon Haldane, der 1915 zur Demission gezwungen wurde (S. 562-566). Wie Haldane und Arthur James Balfour auf britischer Seite, gewannen Georg Graf von Hertling und der bislang kaum erforschte Ludwig Stein (S. 562-577) in begrenztem Umfang auch politischen Einfluss, wobei die Entwicklung der Kriegspublizistik Steins zeigt, welche erstaunliche Wandlungen im Laufe der Zeit festzustellen sind.<sup>1</sup>

Nur wenige Philosophen verweigerten sich der Logik des Krieges, wie Bertrand Russell (S. 179-190), der sich für Kriegsdienstverweigerer engagierte und unter Repressionen zu leiden hatte. Die Schrecken des Krieges, der zunächst als innereuropäischer Kulturkampf, dann häufig als Selbstzerstörung der europäischen Kultur gewertet wurde - auf deutscher Seite sind etwa die komplexen Philosophien Ernst Troeltsch' (S. 262-275) und Max Schelers (S. 248-262) zu nennen -, ließ aber die Philosophen nicht unberührt. Im Laufe des Krieges konnte sich die sachlichere Analyse bei der Mehrzahl der Experten durchsetzen, wenngleich deren Rezeption - im und nach dem Krieg, nach außen und innen - hinter spektakuläre und propagandistisch verbreitete Thesen zurücktrat. Gab sich die Mehrzahl der britischen Philosophen zunächst unversöhnlich, ist in Deutschland gegen Kriegsende eine Annäherung zwischen idealistischen und liberalen Positionen festzustellen. Schließlich wurden die Konzepte zur Einrichtung einer internationalen Friedensordnung von der Mehrzahl begrüßt (S. 479-561).

Unterschiedliche, oft nahezu gegensätzliche Theorien existierten und konkurrierten in

beiden Ländern, und es gab keine nationale Homogenität, sondern nur ein einigendes Band: die - bei aller Kritik - Unterstützung der Kriegsanstrengungen der Nation. Hoeres bemerkenswertes Fazit lautet, dass von „einer grundlegenden nationalen Differenz“ der beiden Weltkriegsphilosophien keine Rede sein könne, die feststellbaren Unterschiede seien letztlich marginal und werden als „Nebenthesen“ bezeichnet (S. 580f.). Der „ideengeschichtlichen Vergleich“ zwischen Deutschland und Großbritannien widerlege zudem die Sonderwegstheorie: „Nicht ein Sonderweg, nicht spezifisch nationale Philosophien sind im Ersten Weltkrieg auszumachen, sondern ein nationsübergreifendes Ringen um die Antwort auf die sozialen und politischen Fragen der Moderne.“ (S. 579) Verbunden mit anderen Ergebnissen der Studie bietet sich hier Stoff zum Nachdenken. Die deutschen Reaktionen auf den Vorwurf der Barbarei zeigen nämlich, dass die „verspätete Nation“ - ganz anders als Großbritannien, wo sich die philosophischen Diskurse mit Fragen der nationalen Identität höchstens „unterschwellig“ beschäftigten - über kein in sich ruhendes Selbstgefühl verfügte, das auf der Ebene der Deutungskultur erst konstituiert werden musste.

Dieses Defizit mündete - oft ausgeprägter als in Großbritannien - in einen universalisierten Sendungsglauben, und somit könnte man zu der Ansicht gelangen, dass der späten Nationsbildung und der rasanten Entwicklung des Deutschen Reiches in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durchaus Bedeutung für die ideengeschichtliche Entwicklung zukommt. Wie wichtig die Weltkriegsphilosophie zudem für das ganze 20. Jahrhundert war, liegt auf der Hand: Im Zweiten Weltkrieg wurde neuerlich auf die Theorien zur „deutschen Barbarei“ zurückgegriffen, und die „verfälschende Sicht“ Hegels sei „aufgrund des Welterfolges von Karl Poppers ‚Die offene Gesellschaft und ihre Feinde‘ bis heute auch in der deutschen Forschungslandschaft spürbar“ (S. 586). Die Studie liest man aber auch deshalb mit wachsendem Interesse und Gewinn, weil sie Parallelen und bis heute wiederkehrende „philosophische Legitimationsmuster für den Krieg“ vor Augen führt, denn „zwischen dem universalisierten

<sup>1</sup> Vgl. Hoeres, Peter, Dum-Dum-Geschosse aus Tinte. Der politische Publizist Ludwig Stein und der Erste Weltkrieg, in: Arbeitskreis Militärgeschichte e.V., Newsletter 23,2 (2004), S. 25-28.

Kulturnationalismus der Weltkriegsphilosophie und dem universalisierten Verfassungspatriotismus der Gegenwart bestehen deutliche Analogien“ (S. 588).

HistLit 2004-4-184 / Klaus Jochen Arnold über Hoeres, Peter: *Krieg der Philosophen. Die deutsche und britische Philosophie im Ersten Weltkrieg*. Paderborn 2004. In: H-Soz-u-Kult 14.12.2004.

Hösch, Edgar; Nehring, Karl; Sundhausen, Holm (Hg.): *Lexikon zur Geschichte Südosteuropas*. Stuttgart: UTB 2004. ISBN: 3-8252-8270-8; 770 S.

**Rezensiert von:** Daniel Ursprung, Abteilung für Osteuropäische Geschichte, Universität Zürich

Handbücher und Überblicksdarstellungen, die sich ganz oder zu wesentlichen Teilen der Geschichte Südosteuropas widmen, sind in den letzten Jahren gleich mehrfach erschienen.<sup>1</sup> Im Gegensatz jedoch zu diesen in der Regel geografisch und thematisch aufgebauten Werken liegt nun ein vom Südostinstitut München herausgegebenes Lexikon im klassischen Sinne vor, das die gezielte Suche nach Stichwörtern erlaubt. Die große Zahl von 62 mitwirkenden Autorinnen und Autoren, durchwegs renommierte Spezialisten und anerkannte Fachleute auf dem Gebiet der Südosteuropakunde, die (bis auf wenige Ausnahmen) aus dem deutschen Sprachraum stammen, garantiert ein großes Spektrum unterschiedlicher geografischer, thematischer und methodischer Schwerpunkte.

Die abgedeckte Themenpalette der fast 550 Einträge ist denn auch, dem stattlichen Umfang angemessen, sehr breit. Chronologisch wird ein Zeitraum behandelt, der im Frühmittelalter mit Stichworten wie „Christianisierung“ oder „Awaren“ beginnt und in den Länderartikeln bis in die allerjüngste Vergan-

genheit reicht. Geografisch wird Südosteuropa in einem sehr weiten Sinne verstanden, indem neben der Balkanhalbinsel alle Gebiete zwischen Zypern und der Zips, zwischen Ostalpen und Dnjestr dazugerechnet werden. Thematisch schließlich umfassen die Einträge geografische Begriffe, Personengruppen wie Völker, Religionsgemeinschaften und ethnografische Gruppen, zentrale Termini aus dem kulturellen, sozialen, demografischen, ökonomischen, rechtlichen, politischen und militärischen Bereich wie auch bestimmte Ereignisse (etwa Friedensschlüsse und die Revolutionen von 1848/49). Kurz und gut, es gibt kaum einen Gegenstand der südosteuropäischen Geschichte, der im Lexikon nicht in der einen oder anderen Weise vertreten wäre. Bloß wer im Lexikon nach Personeneinträgen sucht, wird enttäuscht. Auf sie wurde konsequent verzichtet, liegt doch ein ausführliches eigenständiges Werk vor, das genau diesen Bereich abdeckt.<sup>2</sup>

Der mit dem Weglassen von Personeneinträgen gewonnene Platz wird gut genutzt. Die verständlich verfassten, sehr informativen Stichworte vermitteln fundierte Informationen, die oft auch, wie etwa im Falle von „Ethnogenese“, „Bauernbefreiung“ oder „Faschismus“, in einen größeren historiografischen Kontext eingebettet sind. Entsprechenden Artikeln wurde genügend Raum zugestanden, um die wichtigsten Erkenntnisse der allgemeinen wissenschaftlichen Diskussion einfließen zu lassen und den Gegenstand dann bezüglich seiner Relevanz für Südosteuropa zu beleuchten.

Bei der Auswahl der aufgenommenen Begriffe ist zwei Bereichen, die in handbuchartigen Werken oft recht knapp abgehandelt werden, mehr Platz eingeräumt worden. Einerseits handelt es sich um die ältere Geschichte (Mittelalter und Frühe Neuzeit), andererseits um die Osmanistik. Erfreulich ist hierbei, dass neben den diesbezüglich oft wenig ergiebigen allgemeinen historischen Nachschlagewerken nun ein kompaktes Hilfsmittel zur Verfügung steht. Der im südosteuropäischen Kontext zentrale Bereich der osmanischen Verwaltungssprache findet im Lexikon mit präzi-

<sup>1</sup> Hatschikjan, Magarditsch; Troebst, Stefan (Hgg.), Südosteuropa: Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur. Ein Handbuch, München 1999; Roth, Harald (Hg.), Studienhandbuch östliches Europa. Band 1: Geschichte Ostmittel- und Südosteuropas, Köln 1999; Kaser, Karl, Südosteuropäische Geschichte und Geschichtswissenschaft. Eine Einführung., Wien 2002.

<sup>2</sup> Bernath, Mathias; Nehring, Karl; von Schroeder, Felix (Hgg.), Biographisches Lexikon zur Geschichte Südosteuropas, 4 Bde., München 1974-1981.

sen Erklärungen und weiterführenden Literaturhinweisen zu Begriffen wie „Esnaf“, „Kaimakam“ oder „Mülk“ Niederschlag. Begrüßenswert, da in ähnlichen Werken in dieser auf die spezifischen Verhältnisse Südosteuropas ausgerichteten Weise kaum anzutreffen, sind etwa die relativ eingehenden Ausführungen zum Feudalismus in den verschiedenen Regionen und Epochen. Die den Lemmata beigegebenen Literaturangaben verweisen auf die relevante aktuelle Fachliteratur und ermöglichen so, sich rasch ein Bild vom derzeitigen Forschungsstand zu machen. Durch Querverweise werden thematisch verwandte Gebiete erschlossen, so dass man sich auch zu größeren Themenkomplexen einen recht guten Überblick zu verschaffen vermag.

Besonders hilfreich sind die Querverweise bei Stichworten, die komplexe Phänomene beschreiben wie etwa „Stamm, Stammesgesellschaft“, „Frau, gesellschaftliche Stellung“ oder „Minderheiten, Minderheitenschutz“. Die Auswahl dieser Lemmata zeigt bereits, dass nicht nur rein auf der Faktenebene zu beschreibende Einträge aufgenommen worden sind, sondern in bedeutendem Ausmaße auch problemorientierte Artikel, die einen größeren Fragenkomplex umreißen. Die Bevorzugung von synthetischen Beiträgen vor analytischen Einzelstichworten ermöglicht eine ganzheitlichere Darstellungsweise und Problematisierung des entsprechenden Themenkreises. Dabei reflektieren viele Artikel neuere Ansätze und Forschungsrichtungen wie etwa der historischen Anthropologie. Andererseits wird auch immer wieder kritisch auf divergierende Ansichten hingewiesen. So etwa, wenn beim Stichwort „Nationsbildung“ angemerkt wird, dass dieser Begriff in Südosteuropa kaum verwendet wird, da man dort von einer „Wiedergeburt“ bereits bestehender Nationen ausgehe, was sich auch in Fragestellungen und Forschungsergebnissen niederschläge.

Relativ wenig Raum nimmt der Bereich der Zeitgeschichte ein. Länderübergreifende Einträge wie „Kommunismus“, „Sozialismus“, „Stalinismus“ oder „Volksdemokratien“ sucht man vergeblich (letztere drei waren offenbar geplant, konnten aber nicht rechtzeitig fertig gestellt werden). So ist man hier vor allem auf die einzelnen Länderbeiträge ange-

wiesen, die jedoch für diesen Zeitraum oft auf der deskriptiven Ebene verharren. Angesichts der Tatsache aber, dass der hier weniger stark gewichtete chronologische Abschnitt der Zeitgeschichte in andern Werken bereits recht gut dokumentiert ist, lässt sich dies leicht verschmerzen.

Das Lexikon zur Geschichte Südosteuropas vermittelt nicht den Eindruck einer bloßen Faktensammlung. Mit seiner Großen chronologischen und thematischen Breite stellt es ein informatives und zuverlässiges Arbeitsinstrument für alle an der Geschichte dieses Raumes Interessierten dar. Es bietet einerseits präzise Informationen zu wichtigen Termini und eignet sich so zur gezielten Informationssuche. Andererseits verschafft es aufgrund umfassender Artikel einen Überblick über zentrale historische Themen dieser Region sowie über aktuelle Forschungsfragen und -methoden. Das Lexikon ist daher mehr als ein reines Nachschlagewerk. Es kann als eine vielschichtige Gesamtschau der südosteuropäischen Geschichte benutzt werden.

HistLit 2004-4-066 / Daniel Ursprung über Hösch, Edgar; Nehring, Karl; Sundhausen, Holm (Hg.): *Lexikon zur Geschichte Südosteuropas*. Stuttgart 2004. In: H-Soz-u-Kult 27.10.2004.

---

Kijowska, Marta: *Der letzte Gerechte. Andrzej Szczypiorski. Eine Biographie*. Berlin: Aufbau Verlag 2003. ISBN: 3-351-02560-2; 397 S.

**Rezensiert von:** Stefani Sonntag, Frankfurter Institut für Transformationsstudien, Europa-Universität Frankfurt an der Oder

Der Kampf des Einzelnen – ob Pole, Jude oder Deutscher – im und nach dem Zweiten Weltkrieg um eine moralisch gute Haltung und gutes Handeln, dies ist das Thema in Andrzej Szczypiorskis Roman „Die schöne Frau Seidenman“. Der Roman sperrt sich programmatisch gegen eine Zuordnung von Moral und ethnischer Zugehörigkeit. So gibt es unter den Romanfiguren auch gute Deutsche und antisemitische Polen. Als „Die schöne Frau Seidenman“ 1988 auf Deutsch erschien, wurde der polnische Schriftsteller und Journalist

Szczypiorski schlagartig in Deutschland bekannt. Fast alle seine Werke wurden seitdem ins Deutsche übertragen. Szczypiorski wurde auf deutschen öffentlichen Podien regelmäßig zum deutsch-polnischen Verhältnis sowie zur polnischen Kultur, Geschichte und Politik befragt. Er, der am Warschauer Aufstand von 1944 teilgenommen hatte, Häftling im KZ Sachsenhausen gewesen war und sich 1980 der Solidarnosc angeschlossen hatte, galt als charmanter, freundlich-ironischer „Botschafter“ des unbekanntes Nachbarlandes, für das sich nicht zuletzt aufgrund der Sympathie für den Kampf der Solidarnosc eine breite deutsche Öffentlichkeit interessierte.

Der deutschen Wahrnehmung Szczypiorskis als „Versöhner“ stand eine sehr kritische Aufnahme seiner Arbeiten in Polen gegenüber. Viele sahen in ihm einen „Nestbeschmutzer“ und warfen ihm antipolnische Anbiederei gegenüber den Deutschen vor. So ist es kein Zufall, dass die erste Biografie des Autors auf Deutsch erscheint – vorgelegt von der in Berlin lebenden polnischen Publizistin Marta Kijowska. Sie stützt sich auf Szczypiorskis Werk sowie auf journalistische und literarische Texte von anderen polnischen und deutschen Kulturschaffenden; die wissenschaftliche Literatur zur polnischen Mentalität, Kultur und Geschichte bleibt unberücksichtigt.

Im Vorwort begründet Kijowska ihren Einfluss, diese Biografie zu schreiben: Als Szczypiorski im Mai 2000 starb, erinnerte sie sich an die zurückliegenden 12 Jahre seit der ersten Begegnung mit ihm, an „all die Jahre, in denen er, ganz allein und scheinbar mühelos, ein ganzes Kapitel der deutsch-polnischen Geschichte geschrieben“ hat (S. 10). Sie will die Dinge festhalten, „die [Szczypiorski] geprägt hatten, die daran ‚schuld‘ waren, daß seine Denkweise, seine Gefühlswelt, seine Art zu agieren so und nicht anders waren. Es war mir sofort klar, daß ich, um es für den deutschen Leser nachvollziehbar zu machen, auch einiges über Polen, über die polnische Mentalität, Kultur und Geschichte, über die politischen Hintergründe, und literarischen Zusammenhänge, würde erzählen müssen“ (S. 10). Kijowska will, so lässt sich schlussfolgern, in die Lücke schreiben, die Szczypiorski hinterlassen hat.

Nur einer an Polen besonders interessierten deutschen Teilöffentlichkeit war nicht entgangen, dass es vor und neben Szczypiorski in diesem deutsch-polnischen Dialog noch andere Schriftsteller und Intellektuelle gab, die „deutsch“ und „polnisch“ nicht moralisch konnotierten – man denke an Tadeusz Rózewicz, Czesław Miłosz oder Jan Józef Lipski. Szczypiorski stand also durchaus nicht allein. Davon abgesehen: Eine Betrachtung von Szczypiorskis Leben eignet sich in der Tat ausgezeichnet für ein solches Kulturvermittlungsprojekt. Anhand seiner Vita lassen sich die herausragenden Ereignisse, Wendepunkte und kollektiven Traumata der polnischen Geschichte des 20. Jahrhunderts mit erzählen.

Der 1928 geborene Szczypiorski wuchs in einem links-liberalen Milieu der Warschauer Vorkriegsintelligenz auf, in einer multikulturellen Stadt mit einer sichtbaren jüdischen Minderheit von 20 Prozent der Bevölkerung. Das brennende Ghetto und die Ermordung der Warschauer Juden im Zweiten Weltkrieg blieben für Szczypiorski zeit seines Lebens ein tiefer Einschnitt, ein Verlust eines Teils seiner Lebenswirklichkeit, in die er hineingeboren wurde und die ihn geprägt hatte. Nach dem Krieg begann Szczypiorski als Journalist und Rundfunkredakteur, später auch als Schriftsteller zu arbeiten. Bis in die späten 1960er-Jahre hinein bediente er die Erwartungen des Regimes und führte zum Lohn dafür ein durchaus privilegiertes Leben. Wenn Kijowska seine ersten literarischen Versuche in den 1950er-Jahren als „Spagat zwischen dem eigenen Anspruch und den Anforderungen des Regimes“ bezeichnet (S. 98), so wird nicht klar, worin dieser eigene Anspruch bestand. Bei der nachfolgenden Beschreibung der liberalen „Taufwetter“-Periode Mitte der 1950er-Jahre, in der viele Intellektuelle und Literaten sich an einer offenen, kritischen und auch ästhetischen Auseinandersetzung mit der stalinistischen Periode beteiligten, fragt man sich, welche Bedeutung diese Auseinandersetzung für Szczypiorski hatte. Hier erzählt Kijowska „einiges“ über die polnische Geschichte, wobei Szczypiorski nicht vorkommt. Zu ihm kehrt sie mit der überraschenden Überleitung zurück (S. 109): „Auch Andrzej Szczypiorski wagte in jenem ‚Taufwetter‘-Jahr 1956 einen kühnen Schritt: Er trat in den diplomatischen

Dienst der neuen Regierung und wurde für anderthalb Jahre Presse- und Kulturattaché an der polnischen Botschaft in Dänemark.“ Vor dem von Kijowska zitierten Vorwurf der „Kollaboration“ nimmt die Biografin Szczypiorski in Schutz, indem sie auf die Aussage eines Freundes von Szczypiorski verweist (S. 110): „Die politischen Realien seien dieser Art gewesen, daß das offene Manifestieren einer feindlichen Einstellung von Heroismus oder Idiotismus gezeugt hätte.“ Die biografische Erzählung suggeriert so, dass die „feindliche Einstellung“ vorhanden gewesen sei, auch wenn sie nicht offen gezeigt wurde.

Die nationalistisch-antisemitische Kampagne und der erzwungene jüdische Massenexodus aus Polen 1968/69 leiteten den Anfang vom Ende von Szczypiorskis Tätigkeit für die offiziellen Medien der Volksrepublik ein. Im Frühjahr 1968 führte seine Beschwerde gegen die antisemitischen Äußerungen eines Kollegen im Schriftstellerverband dazu, dass nicht dieser Kollege, sondern Szczypiorski mit öffentlichem Auftrittsverbot bestraft wurde. Im Rückblick nach 30 Jahren schrieb Szczypiorski einen wichtigen Beitrag in der polnischen Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ zur antisemitischen Hetze des Jahres 1968, in dem er betont, dass der von oben verordnete Antisemitismus in breiten Kreisen der Bevölkerung auf fruchtbaren Boden fiel. Befremdlich ist in Kijowskas Darstellung allerdings die Formulierung, Szczypiorski sei „mit der ganzen Nation hart ins Gericht“ gegangen (S. 153). Wer war Szczypiorski, dass er dies hätte tun können? Immerhin hatte er noch 1967 eine Lobeshymne auf den sowjetischen General Karol Swierczewski geschrieben – eine Auftragsarbeit des „Verbandes der Kämpfer um Freiheit und Demokratie“ (ZBOWiD), einer der Hauptakteure der antisemitischen Hetze, die unter dem Einfluss des damaligen Innenministers Mieczyslaw Moczar stand, der Schlüsselfigur der antisemitischen Säuberungen (S. 142). Ohne Szczypiorski eine geistige Nähe zu diesem Verband zu unterstellen, zeigt sich hier, wie schwierig es für ihn war, sich zwischen Anpassung und Protest zu entscheiden.

In den späten 1970er-Jahren publizierte Szczypiorski dann in verschiedenen Zeitschriften des politischen Untergrundes. Er unterstützte die politisch-oppositionelle Arbeit

des 1976 gegründeten „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter“ (KOR) und engagierte sich innerhalb der Solidarnosc, was mit dem Beginn des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 zu einer dreimonatigen Internierung führte. Nach seiner Entlassung konzentrierte sich Szczypiorski auf die schriftstellerische Arbeit. In dieser Zeit entstanden seine wichtigsten Werke, darunter „Die schöne Frau Seidenman“. Im Juni 1989 zog Szczypiorski bei den ersten halbfreien Wahlen für die Solidarnosc in den Senat ein. Nach 1991 kehrte er der aktiven Politik den Rücken und lebte als freier Schriftsteller und Publizist. Die politisch-publizistischen Kommentare der 1990er-Jahre zeigen Szczypiorski als einen distanzierten, vor allem moralisch argumentierenden Beobachter der Politik der III. Republik.

In Kijowskas Darstellung entsteht oft der Eindruck, als sei Szczypiorski gegen den Einfluss eines moralisch zu verurteilenden kommunistischen Regimes auf merkwürdige Weise imprägniert gewesen, obwohl er sich darin lange Zeit recht privilegiert eingerichtet hatte. Dieser Eindruck wird durch zwei erzählerische Mittel der Biografin erzeugt: Zum einen ergänzt sie ihre chronologische Erzählung an einigen Stellen mit Szczypiorskis viel später verfassten Kommentaren, in denen er klare Moralpositionen zu den historischen Ereignissen entwickelte. Zum anderen wird an einigen Stellen dem historischen Hintergrund kritisch-oppositioneller Diskurse breiter Raum geschenkt, selbst wenn Szczypiorski daran keinen aktiven Anteil hatte. Demgegenüber treten Kijowskas Bemerkungen zum häufig affirmativen Charakter von Szczypiorskis frühen Texten in den Hintergrund. So bleibt der Eindruck, dass Szczypiorski moralisch immer auf der richtigen Seite gestanden habe, was auch schon der peinlich-überzogene Titel „Der letzte Gerechte“ vorgibt.

HistLit 2004-4-126 / Stefani Sonntag über Kijowska, Marta: *Der letzte Gerechte. Andrzej Szczypiorski. Eine Biographie*. Berlin 2003. In: H-Soz-u-Kult 22.11.2004.

Knipping, Franz; Schönwald, Matthias (Hg.): *Aufbruch zum Europa der zweiten Generation. Die europäische Einigung 1969-1984*. Trier: WVT Wissenschaftlicher Verlag Trier 2004. ISBN: 3-88476-652-X; 502 S.

**Rezensiert von:** Siegfried Schwarz, Berlin

Der von Franz Knipping und Matthias Schönwald (beide Wuppertal) herausgegebene Sammelband bietet dem Leser 22 profunde und detaillierte Studien zu einhalb Jahrzehnten westeuropäischer Integration (1969 bis 1984). Alle Aufsätze basieren auf einer gründlichen Auswertung der relevanten Literatur und informieren den Nutzer umfassend und zuverlässig über Projekte und Erfolge, aber auch Rückschläge und Krisen jenes widerspruchsvollen Prozesses. In der Mehrzahl der Beiträge wird auf bisher wenig beachtete Aspekte mit einer Fülle von Einzelheiten eingegangen. Insofern kann jeder an der Thematik Interessierte wertvolle Erkenntnisse gewinnen und wichtige Anregungen für weitergehende Forschungen empfangen.

Der Band geht auf eine wissenschaftliche Tagung zurück, die im November 2001 zum Thema „Aufbruch und Krise: Die europäische Integration in den Jahren 1970 – 1984“ an der Bergischen Universität Wuppertal stattgefunden hat. Der Hauptgegenstand des Kolloquiums betraf jene Phase der westeuropäischen Integrationspolitik, die mit der Haager Regierungskonferenz vom Dezember 1969 einsetzte und in der neue Ziele gesetzt wurden, nämlich das Erreichen einer gemeinsamen Währung, einer koordinierten Außenpolitik, einer Erweiterung der Gemeinschaft um neue Mitgliedsländer und einer Verringerung des Demokratie-Defizits in der Europapolitik. Deshalb sprach Gaston Thorn 1981, seinerzeit Präsident der Kommission der EG, zu Recht vom „Europa der zweiten Generation“, um diese Ära von der „Gründer-Generation“ zu unterscheiden, die von Führungspersönlichkeiten wie Konrad Adenauer, Robert Schuman, Alcide de Gasperi u. a. während der 1950er-Jahre geprägt worden war.

Jürgen Mittag und Wolfgang Wessels (Bochum/Köln) befassen sich in ihrer Studie mit den Ergebnissen und der Relevanz der beiden Gipfelkonferenzen von Den Haag (1969) und

Paris (1972). Sie bezeichnen deren Beschlüsse als „Einstieg in einen schrittweisen Fusionsprozess“. Zwar sei die Tendenz einer stufenweisen Fusion bereits in den Gründungsverträgen angelegt gewesen, dennoch sei sie erst jetzt, mit der Begründung des Europäischen Rats, wirksam festgelegt worden. Die beiden Gipfelkonferenzen hätten „wesentliche Schneisen für einen weiteren Entwicklungsschub im Integrationsprozess“ geschlagen (S. 27).

Mittag und Wessels heben in ihrem Beitrag den Einfluss einiger individueller Akteure auf diesen Konferenzen besonders hervor. Die Regierungswechsel in Frankreich und der Bundesrepublik ausgangs der 1960er-Jahre hätten zu einer umfangreichen Neubesetzung von Ämtern und Ministerien geführt. Die Autoren nennen auf französischer Seite Georges Pompidou, der (in der Nachfolge Charles de Gaulles) versucht habe, das Land aus der politischen Isolation zu führen und das Vertrauen in die Pariser Europapolitik wiederherzustellen. In der Bundesrepublik hätten nach dem Regierungswechsel namentlich Willy Brandt und Walter Scheel versucht, eine eigenständigere Außenpolitik zu entwickeln, wozu außer der neuen Ostpolitik auch eine Vertiefung der Bonner Westeuropapolitik gehörte (S. 10f.).

Mehrere Verfasser untersuchen die neuen Elemente gemeinsamer oder abgestimmter Außenpolitik, die in den 1970er und 1980er-Jahren bei der Integration herausgebildet wurden. Hierzu gehörte in erster Linie die Einrichtung des Mechanismus der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ). Frank R. Pfetsch (Heidelberg) widmet seinen Aufsatz diesem Aspekt und betont, die Erfolge der EPZ seien gerade auf ihren flexiblen Charakter zurückzuführen. Er hebt zutreffend hervor, dass die EPZ zunächst *außerhalb* des vertraglichen Gefüges der EG installiert und dann im Verlauf der weiteren Entwicklung mit dem Gemeinschafts-System verzahnt worden sei. In diesem Prozess spiegelte sich das Muster der europäischen Integration wider: Die Verbindung sowohl intergouvernementaler (von einzelnen Regierungen abhängiger) als auch supranationaler (vergemeinschafteter) Elemente (S. 130).

In Ergänzung zum Grundsatzbeitrag Pfetschs untersucht Hanns Jürgen Küsters

(St. Augustin) die Entwicklung der EPZ speziell aus bundesdeutscher Perspektive. Er behandelt hauptsächlich drei Fragen, nämlich, auf welchen Prinzipien die Bonner Europapolitik in jener Phase beruhte, welche westdeutschen Interessen diese Politik bestimmten und inwieweit die Bundesregierung von der anfänglichen Entwicklung der EPZ profitierte (S. 131ff.).

Zu dem überaus langwierigen Weg, den die europäische Integration auch in politischer Hinsicht zurückgelegt hat, gehört der beschwerliche und nur graduell gelungene Versuch, die Arbeit der Europäischen Kommission durch parlamentarische Gremien zu ergänzen und zugleich zu kontrollieren. Gerhard Brunn (Siegen) widmet seine Forschungen diesem Problem. Völlig zu Recht registriert er, dass die EG jener Zeit in Bezug auf einige politische Themen gewissermaßen in zwei „Blöcke“ gespalten gewesen sei. In einem „Block“ von Ländern – Bundesrepublik, Italien, Beneluxländer – habe die Auffassung vorgeherrscht, man müsse im Interesse der weltweiten Durchsetzungsfähigkeit der EG weitere Zuständigkeiten von der nationalen auf die westeuropäische Ebene verlagern und die Position des Parlaments im Zusammenspiel der Gremien stärken. In der anderen „Gruppe“ von Staaten, etwa in Großbritannien und Frankreich, habe eine europaskeptische Haltung dominiert, die von heftigen Kritiken an Plänen für größere Rechte zugunsten des Europäischen Parlaments begleitet war.

Vor allem in Frankreich warnten sowohl Gaullisten als auch Kommunisten vor einem Verlust der Souveränität des Landes. Die französischen Kommunisten polemisierten außerdem gegen die Gefahr einer bundesdeutschen Hegemonie in Westeuropa. Mit ähnlichen Argumenten kämpften einige britische Parteien, vor allem die Labour-Partei, gegen jede weitere Form einer supranationalen Vertiefung der Integration (S. 69).

Im Band werden auch zahlreiche andere Aspekte des Integrationsprozesses erörtert, vor allem solche der gemeinsamen Währung und der Erweiterung der EG. In diesem mitunter turbulenten Ringen spielten westdeutsch-französische Gegensätze oder Gemeinsamkeiten stets eine wichtige Rolle.

Zu deren Charakterisierung gebrauchte Willy Brandt im Juli 1971 erstmals den heute verbreiteten Begriff einer „entente élémentaire“. Bei aller Skepsis sah er in den Beziehungen Bonn-Paris den „Nukleus aller europäischen Dinge“. Claudia Hiepel (Duisburg) befasst sich mit diesem Problemkreis unter dem Titel „Willy Brandt, Georges Pompidou und Europa. Das deutsch-französische Tandem in den Jahren 1969-1974“.

Die Autorin unterstreicht, dass in diesem Dialog mehr Kompromisse im Interesse der westeuropäischen Integration gefunden worden seien, als es die öffentliche Meinung damals wahrgenommen habe. Sie führt aus, dass aus dem Gleichklang der Interessen und Politiken beider Mächte wichtige Weichen gestellt worden seien: zur Erweiterung der Gemeinschaft um Großbritannien, Dänemark und Irland, zur Regelung des Agrarmarktes, zur Bewältigung von Währungsturbulenzen am Beginn der 1970er-Jahre und zur Schaffung des Europäischen Rates (S 46). Alles dies ist keine unwichtige Bilanz im Verhältnis zum Resümee anderer Jahrzehnte der Integration.

Ingeborg Tömmel (Osnabrück) untersucht neue Politikmuster als Katalysatoren der Integration im Zeitraum 1970 bis 1984. Hierzu analysiert sie jene Materien, die in den veränderten EWG-Vertrag aufgenommen worden sind: die Regional-, die Technologie- und die Umweltpolitik. In gewisser Weise waren dies Schritte zur Überwindung einer langen Phase der integrationspolitischen Stagnation. Zugleich unterstrich der Vorgang, dass die EG längst nicht mehr nur eine Wirtschaftsgemeinschaft darstellte, sondern auch eine politische Organisation geworden war, die sich drängenden sozialen Erfordernissen aktiv wandte (S. 269ff.).

Außer mehreren Aufsätzen zu auswärtigen Fragen wie dem Falkland-Konflikt im Blickfeld der EG-Interessen (Matthias Schönwald, Wuppertal), Problemen des griechischen Beitritts zur EG (Heinz-Jürgen Axt, Duisburg; Peter A. Zervakis, Bonn), des britischen Beitritts zur EG (Melissa Pine, Ottawa; Gabriele Clemens, Hamburg) wird dem spezifischen Verhältnis EG-DDR in einem gesonderten Beitrag die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt. Detlef Nakath (Berlin) arbeitet im Einzelnen heraus, dass der innerdeutsche Warenaus-

tausch ein „Handel sui generis“ war. Dieser bewegte sich vor dem Hintergrund einer Art „Interessenparallelogramm“ beider deutscher Staaten. Hierbei dominierten auf der Seite des Westens politische Ziele, auf der Seite des Ostens dagegen wirtschaftliche Wünsche. Es galten DDR-Lieferungen und -Bezüge im Sinne des Gemeinschaftsrechts der EWG weder als Import noch als Export der Bundesrepublik. Damit waren sie kein Außenhandel.

Der Band ist insgesamt ein überaus materialreicher, viele Facetten der EG-Integration während der 1970er und anfangs der 1980er-Jahre beleuchtendes Werk. Es ist eine reichhaltige Fundgrube nicht nur für allgemein Interessierte, sondern auch für Forscher auf dieser „Spezialstrecke“. Naturgemäß schließen sich Wünsche an, so der nach ähnlich gearteten Bänden für die 1980er und 1990er-Jahre. Nicht unerwähnt soll bleiben, dass das Bedürfnis auch nach populärwissenschaftlichen Überblickswerken zum *gesamten Verlauf* der Integration mit weiter Verbreitung beträchtlich ist. Hierfür weist die jüngst erschienene Publikation von Franz Knipping über die „Einigung Europas“<sup>1</sup> einen zu begrüßenden Weg.

HistLit 2004-4-078 / Siegfried Schwarz über Knipping, Franz; Schönwald, Matthias (Hg.): *Aufbruch zum Europa der zweiten Generation. Die europäische Einigung 1969-1984*. Trier 2004. In: H-Soz-u-Kult 01.11.2004.

Kurukin, I.V.: *Epocha „dworskich bur“*. *Otscherki polititscheskoi istorii poslepetrowskoi Rossii, 1725-1762* gg. Rjazan: Tribunskij, Pawel Aleksandrowitsch 2003. ISBN: 5-94473-005-6.

**Rezensiert von:** Christoph Witzernath, King's College, London

Kurukin füllt mit seiner soliden Archivstudie eine Lücke in der Geschichte des nachpetrinschen Reiches: Das Wort von der „Ära der Palastrevolutionen“ ist weit verbreitet; an systematischen, vergleichenden Untersuchungen der Umstürze von 1725, 1730, 1740-1741 und 1762 mangelte es jedoch bislang. Als einzige Ausnahme zog der „konstitutionelle“ Coup

vom Januar 1730 die Historiker in größerer Zahl an. Er wurde durch die von Kaiserin Anna unterzeichneten „Konditionen“ berühmt, die ihre Macht beschränken sollten.<sup>1</sup>

Die historische Untersuchung der Palastrevolten wurde im Zarenreich von der außerordentlich strengen Zensur beeinträchtigt. Der Altmeister der russischen Geschichtsschreibung, Kljutschewski, sah die Gardisten als wichtigste politische Kraft und „politische Schule“ des Adels, deren Bedeutung er jedoch zwischen Prätorianern und den Elitetruppen des Sultans, den Janitscharen, ansiedelte. Seine Schüler Bogoslawski und Miljukow erblickten einen Kampf für eine Konstitution. In der sowjetischen Geschichtsschreibung setzte es sich durch, in den Palastrevolten nicht mehr zu sehen als den Kampf der Palastparteien um das Vorrecht, die Staatskasse ungestraft zu berauben.

Kurukin betrachtet die Erforschung von Klientelverbänden als wichtigen Teilbereich seines Themas. Er macht jedoch darauf aufmerksam, dass wichtige Dokumente der Debatten von 1730 so viele Unterschriften von Mitgliedern weniger angesehener Familien enthalten, dass hinsichtlich deren Zugehörigkeit zu den Klientelverbänden auf dem gegenwärtigen Stand der Prosopografie angesichts begrenzter Aktenbestände erhebliche Unsicherheit bestehen bleibe. Gegen seine Einschätzungen kann im Einzelfall berechtigte Kritik vorgetragen werden, doch seine Einwände bleiben bedenkenswert. Ein glücklicher Wurf ist die vergleichende Untersuchung aller Umstürze und Umsturzversuche. Kurukin nähert sich diesem Unterfangen nicht mehr mit dem Instrumentarium der Verfassungsgeschichte, sondern untersucht die „kulturellen Mechanismen“ der Macht, die Vorstellungen über sie, Beziehungen zwischen Patron und Klient sowie „andere Formen politischen Verhaltens“ (S. 27).

Etwas bemüht unterstellt er der Inthronisation Katharinas I. eine „nur leicht maskierte Wahl durch die stärkste Hofpartei“. Dabei verdeutlicht er, dass beide Parteien gemeinsam bestrebt waren zu verhindern, dass Peter I. noch in seinen letzten Stunden sein Thron-

<sup>1</sup> Knipping, Franz, Rom, 25. März 1957. *Die Einigung Europas*, München 2004.

<sup>1</sup> Popov, D.F., *Problemy rossijskoj absoljutnoj monarchii*, Moskau 1999, S. 92; Dixon, S. *The Modernisation of Russia, 1676-1825*, Cambridge 1999, S. 25; Kamenskij, A.B., *Ot Petra do Pavla I*, Moskau 1999, S. 176f.

folgesetz änderte. Die Phase von 1725 bis 1730 nimmt eine besondere Stellung in Kurukins Konzeption ein, denn hier entwickelten sich die Formen nachpetrinischer politischer Auseinandersetzung: Diese beinhalteten neue politischen Mechanismen wie die Herstellung von Öffentlichkeit, Wahlen und die Suche nach Kompromissen. Die Vertreter des alten Systems kannten als Mittel der politischen Auseinandersetzung nur den Zarensturz und veränderten nichts an der Form der Regierung. Mit dieser Beschreibung der oft als „Konstitutionalisten“ und „werchowniki“ (nach dem „Obersten Geheimen Rat“) bezeichneten Kontrahenten begibt sich Kurukin auf historiografisches Neuland.

Nachdrücklich betont er, dass die Garden – besonders das Preobraschensker Regiment – trotz ihres geringen Bildungsstandes und begrenzten politischen Einblicks einen großen Anteil an den Palastrevolutionen hatten. Obwohl Kurukin kaum konkrete Einsichten in die Dynamik der oft brutalen Auseinandersetzungen zwischen den Bauern der in den Garden stark vertretenen kleinen Landbesitzer und denen des großen Adels vermittelt<sup>2</sup>, wird doch deutlich, dass es einen Interessengegensatz zwischen den genannten Gruppen des Adels gab. Die Entwicklung trieb viele Gardisten in die Arme der unbeschränkten zarischen Selbstherrschaft. Dennoch schließt sich Kurukin nicht der sowjetischen Interpretation an, die hier eine Auseinandersetzung zwischen Aristokratie und niederem Adel sah, sondern argumentiert stattdessen, dass die in der petrinischen politischen Kultur angelegte Neigung zur Kompromisslosigkeit friedliche Lösungen verhindert habe.

Die Konfiguration im Obersten Geheimen Rat schloss die „neuen Männer“ Peters zugunsten der Dolgorukows aus, die zu keiner Zeit bereit waren, die Macht zu teilen. Infolgedessen verschrieben sich so wichtige und gebildete Figuren wie Feofan Prokopowitsch einer gegen den Rat gerichteten Propaganda, die das Schreckgespenst einer erneuten kaiserlosen Zeit der Herrschaft „untereinander verfeindeter Kosakenatamane“ – wie die unvergessene Zeit der Wirren ein Jahrhundert zuvor – an die Wand malte: Die Räte seien trotz bester Absichten unfähig gewesen, zu

Einigungen zu kommen. Dies ist nur ein Beispiel für die Öffentlichkeit, die laut Kurukin diese Periode vor späteren auszeichnete.

Kurukin wendet sich vehement gegen die noch immer bestehende Neigung unter russischen Historikern, die herrschende Hofclique unter Anna als unterdrückende Fremdherrschaft darzustellen. Nicht in erster Linie Repressionen, sondern das funktionsfähige Kabinett, die zur Gewohnheit werdende Stellung des Favoriten und die Befriedigung der sozialen Forderungen des Adels stabilisierten das Regime und lenkten die Evolution des petrinischen Systems in die Bahnen der „Institution des Umstürzertums“. Nach Anna gab es nur noch jene Form des Umsturzes, die „Fehlentwicklungen“ korrigieren sollte, ohne das System zu verändern; dazu trug insbesondere der Generationswechsel von den reformerfahrenen, selbständigen Mitstreitern Peters zu den jungen Höflingen bei.

Kurukins Beschreibung der Entwicklung des „Umstürzertums“ hebt einige bemerkenswerte Züge der russischen Geschichte hervor: Schon Kamenskij (1997) zeigte, dass die Zahl der Teilnehmer im Laufe der Zeit zunahm. Kurukin schränkt ein, 1741 habe die herrschende Elite einen regelrechten Schock erlebt, als sie begriff, dass die Macht bei den betrunkenen Grenadieren auf den Straßen der Hauptstadt lag. 1762 zogen die am Umsturz teilnehmenden Offiziere daher nur sorgfältig ausgewählte Soldaten heran, während die vorangehende Verschwörung eine exklusive konspirative Unternehmung war, an der einflussreiche Persönlichkeiten teilnahmen. Die Gardisten hätten sich sonst wie die Janitscharen im Osmanischen Reich in eine privilegierte Kaste und Barriere für Reformen verwandeln können.

Das „Umstürzertum“ begann mit einem offenen Konflikt der „Parteien“, durchschritt eine Phase der aktiven Beteiligung von Gardesoldaten mittleren Ranges bei der Vorbereitung und Durchführung der Absetzung des Imperators 1741 und vollendete sich in der vollständig konspirativen Verschwörung von Aristokraten und Gardeoffizieren 1762. Eine Besonderheit der russischen Entwicklung sieht Kurukin darin, dass sie vom Streit über die Rechtskräftigkeit von Testamenten zu Angriffen auf die Person des Autokraten

<sup>2</sup> Kivelson, V., *Autocracy in the Provinces*, Stanford 1996.

fortschritt; möglich sei dies geworden, weil die Selbstdarstellung des Hofes im Zuge der petrinischen Reformen die Vorstellung vom „frommen Herrscher“ fallen ließ.

Kurukin hat die verstreuten Untersuchungen zu den Palastrevolutionen zusammengefasst und bislang ungenutzte Aktenbestände in beeindruckender Breite verarbeitet. Lässt man seine erfreuliche Unvoreingenommenheit beiseite, so bleibt sein Anspruch, historische, „politische“ Anthropologie zu betreiben, jedoch wenig nachvollziehbar. Insbesondere die Frage, ob es sich bei den Palastrevolutionen um eine Institution handelte, bedarf einer methodischeren Herangehensweise und einer Begriffsdefinition. Sein Buch bietet eine überzeugende Darstellung der Vorgänge und bei weiteren Aufklärungsversuchen wird an ihm nicht vorbeizukommen sein.

HistLit 2004-4-104 / Christoph Witzentrath über Kurukin, I.V.: *Epocha „dworskich bur“*. *Otscherki polititscheskoi istorii poslepetrowskoi Rossii, 1725-1762 gg.* Rjazan 2003. In: H-Soz-u-Kult 11.11.2004.

Mayer, Kathrin: *Mythos und Monument. Die Sprache der Denkmäler im Gründungsmythos des italienischen Nationalstaates 1870–1915*. Köln: SH-Verlag 2003. ISBN: 3-89498-127-X; 384 S.

**Rezensiert von:** Friedemann Scriba, M.-Reinhardt-Gymnasium Berlin

In ihrer interdisziplinären, am politikwissenschaftlichen Lehrstuhl von Herfried Münkler an der Humboldt-Universität Berlin entstandenen Dissertation betrachtet Kathrin Mayer die symbolpolitische Strategie der bürgerlichen Führungsschicht des neuen italienischen Nationalstaates anhand der zwischen 1870 und 1915 errichteten Nationaldenkmäler. Dabei fasst sie symbolische Politik nicht als Ersatz für „eigentliches“ politisches Handeln auf, sondern als „authentische Form politischen Handelns“ (S. 15), sich anlehnd an Dörners Verständnis als „strategischer Einsatz von Zeichen zur Orientierung und Legitimierung eines politischen Systems“ (S. 21). Mit Verweis auf die Fragmentierung Italiens in Teilkulturen (bürgerlich-liberale Mitte, in-

transigente Katholiken, Republikaner und allmählich zunehmend Sozialisten) (S. 23) bettet sie ihre Untersuchung in ein Vorverständnis von Nation als einer gedachten Ordnung (im Sinne Hobsbawms „Invented traditions“) und spezifizierend von der Existenz von Nation als „mythisch geformte Erzählung“ (S. 28) ein.

Im Rahmen ihres weitgefassten, auch memoriologische Theorien einschließenden Politikbegriffes gelingt es Mayer, die Denkmäler in einen Kontext mit historischer Erklärungskraft einzubinden, die über bisherige ideologiekritische, ikonografische, sozialgeschichtliche und produktionsgeschichtliche Ergebnisse historischer und kunsthistorischer Forschungen zu der Thematik hinausgeht. Hierzu kann sie die diachrone Verschiebung von der nationalmonarchischen Mythisierung Vittorio Emanuele I. unter der *Destra storica*, der Aufwertung Garibaldis bei gleichzeitiger Domestizierung des republikanischen Mazzini v.a. unter Crispi bis hin zum milieuübergreifenden Grab des Unbekannten Soldaten im Monumento Vittorio Emanuele nachzeichnen und erklären. Im Ergebnis stellt sie fest, dass der Nationalmythos des Risorgimento als Sozialkitt in der stark faktionierten Gesellschaft unwirksam blieb, da er von Anfang an bestimmte politische Milieus, namentlich Katholiken und Republikaner, nicht inkludierte (S. 344). Dies sei erst im Faschismus mit dem inkludierenden Romanità-Mythos gelungen (S. 357).

Im diachronischen Teil zeigt Mayer anhand des Vittoriano im Zentrum Roms die Strategie auf, Vittorio Emanuele als Nationalallegorie durchaus in Konkurrenz zur katholischen Identifikationsfigur Papst Pius IX. zu platzieren, wobei im Laufe der Zeit der Volksanteil aus dem Mythos herausgedrängt worden und die denkmalpolitische, im Stadtbild heute noch fassbare Dyarchie (Vittorio Emanuele am Kapitol vs. Garibaldi auf dem Gianicolo) entstanden sei (S. 84-94). Garibaldi übernehme dabei zunehmend die Funktion des „Tricksters“, eines Vermittlers zwischen Monarchie und Volk unter Wegblendung der politischen Gegensätze (S. 135f.). Seine Rolle als narrative Vermittlung zwischen den Extremen lasse ihn als „narratives Paradoxon“ erscheinen, das im Sinne der linksnationa-

listischen Strategie des Ministerpräsidenten Crispi einer dynamischen Osmose zwischen Volk und Monarchie Inklusionsschwellen verschiebe (S. 127-152). Anhand der Wettbewerbe zeichnet Mayer auch den Abschluss weiterer Traditionsströme wie z.B. den der kurzlebigen römischen Republik von 1849 nach und zeigt anhand der Einweihung zum 25. Jahrestag der Einnahme Roms 1895 das Nicht-Gelingen einer Harmonisierung der Nation unter dem Denkmal (S. 158-178) auf.

Die lange Geschichte des Mazzini-Denkmal, das erst 1949 eingeweiht werden konnte, erklärt die Autorin mit der aus Domestizierung und *Damnatio memoriae* bestehenden Doppelstrategie Crispis gegenüber der republikanischen Mazzini-Verehrung und bündelt sie unter der Überschrift „gebleichte Erinnerung“ (S. 176-206). Gegenüber Cavour, dem „ungeliebten Diplomaten“, betrieb Crispi eine Marginalisierungspolitik, die sich im peripheren Standort des Denkmals am Justizpalast, der entschärften Variante als „nachdenklich“ und in Kontroversen um das Einweihungsdatum niedergeschlagen habe (S. 206-219).

Am Beispiel der parlamentarisch initiierten Denkmäler für Finanzminister Sella von 1893 und Ministerpräsident Minghetti von 1895 wird die Chancenlosigkeit einer Selbstfeier der parlamentarischen politischen Klasse gegenüber der sukzessiven Aufwertung Garibaldis deutlich (S. 221-255). Mit Bemerkungen zum Denkmal für Carlo Alberto am Quirinal und Umberto I. führt Mayer den mit dem Vittorioano begonnenen Faden der Monarchendenkmäler fort, um die Schwierigkeit der fehlenden nationalen Bindung des Hauses Savoyen als Beschränkung für eine tiefergehende Implementierung eines dynastischen Savoyermythos herauszuarbeiten (S. 257-279).

Die im Umfeld der sieben Denkmalseinweihungen stattfindenden Festveranstaltungen der so genannten „Silberhochzeit“ von Italien und Rom 1895 stehen im Zentrum des letzten Hauptteils: Den Versuchen der 1870er und 1880er-Jahre und vor allem der Wallfahrt zum Grab des Gründerkönigs 1884, die Dynastie rituell im Gedächtnis zu verankern und gleichzeitig potentiell unkontrollierbare Massen von katholischer und sozialistischer Seite unter Kontrolle zu halten (S. 283-298), fol-

ge - noch in der Phase des „kommunikativen Gedächtnisses“ - der Kampf um monarchische und linksliberale Identitätsangebote sowie seit Jahresmitte mit einer klerikalen Stadtregierung in Rom auch verstärkt um katholische Gegenpositionen (S. 302-305). Er ende mit einem Sieg Crispis: „Crispi hingegen hat in der Organisation der ‚Silberhochzeit‘ das Modell der Repräsentation seiner Politik gefunden. In mehr als einem Punkt sind die Feierlichkeiten als Antithese zum *Pellegrinaggio* von 1884 zu lesen. Allen voran wird in erster Linie Garibaldi gedacht, die dynastische Tradition der Erinnerung bleibt in der deutlich weniger imposanten Einweihung des Cavour-Denkmal stecken. Die Inszenierung zielt darauf ab, dass das Denkmal für Garibaldi in seiner gesamten Aussage den italienischen Staat legitimieren soll, und zwar in der Form, wie ihn die moderaten und linksliberalen Kräfte und das Militär geschaffen haben. Dies verstehen vor allem die katholischen Beobachter, die bereits mit gezückten Federn darauf warten, die radikal-republikanische Unterwanderung des Staates zu dokumentieren. Auch die Wahl Roms zur Hauptstadt soll mit diesem Krieger, der den Vatikan scharf im Auge behält, als *Fait accompli* festgeschrieben werden.“ (S. 326) Gewisse Erfolge von Crispis Politik zeitigten sich zum vierzigsten Jahrestag der Nationalstaatsgründung 1911 und der Einweihung des Vittorioano, als die meisten Italiener die Monarchie als Symbol der Einheit betrachteten, allerdings auch Gegenerinnerungen lauter werden (S. 327-336). Nach dem Ersten Weltkrieg habe sich dann - in allerdings aggressiver, bellizistischer Radikalisierung - eine Vaterlandsreligion durchgesetzt, die Mayer nun nicht mehr als Variante des *Risorgimento*-Nationalismus betrachten kann (S. 338).

Abbildungen, Quellen-, Literatur- und Personenverzeichnis schließen den aufgrund seiner schlüssigen Ordnung der Informationen und impliziten Neubewertung der Bedeutung Crispis für die italienische Politik ab.

HistLit 2004-4-152 / Friedemann Scriba über Mayer, Kathrin: *Mythos und Monument. Die Sprache der Denkmäler im Gründungsmythos des italienischen Nationalstaates 1870-1915*. Köln

2003. In: H-Soz-u-Kult 02.12.2004.

Meske, Werner (Hg.): *From System Transformation to European Integration. Science and technology in Central and Eastern Europe at the beginning of the 21st century*. Münster: LIT Verlag 2003. ISBN: 3-8258-7290-4; 478 S.

**Rezensiert von:** Jörg Roesler, Berlin

Im 20. Jahrhundert hat es tatsächlich einen, nach 1990 wieder vergessenen, bemerkenswerten Aufholprozess Osteuropas gegenüber Westeuropa auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik gegeben. Der Westen reagierte Ende der 1950er-Jahre mit dem „Sputnikschock“ auf eine Entwicklung, die er lange nicht wahrhaben wollte. Zugeschrieben wurde der nun auch in den Augen des Westens erstaunliche Fortschritt dem sowjetischen System von Forschung und Entwicklung. Das analysiert Werner Meske, von 1996 bis 2003 Leiter der Arbeitsgruppe „Wissenschaftstransformation“ im Wissenschaftszentrum Berlin, in drei Beiträgen im ersten Teil des Buches, das der Entwicklung von Wissenschaft und Technologie in osteuropäischen Ländern bis 1990 gewidmet ist. Meske charakterisiert diese Entwicklung „als Versuch, die fortgeschrittensten Länder einzuholen und zu überholen.“ Wissenschaft und Technik erhielten oberste Priorität. Es entstanden „nationale Wissenschaftssysteme“, zuerst - schon seit Beginn der 1920er-Jahre - in der Sowjetunion. Im Verlaufe der 1930er-Jahre entwickelte sich aus ersten Bemühungen ein spezielles „Sowjetische Modell“ der Wissenschaftsorganisation, das sich von den westlichen strukturell wesentlich unterschied. Für das „Sowjetische Modell“ charakteristisch waren Großforschungsinstitute der Akademie der Wissenschaften sowie neue Universitäten und andere Bildungseinrichtungen, die mit Hilfe einer strikt ausgerichteten Ausbildung qualifiziertes Personal für die Forschung und Entwicklung (F&E) „produzierten“. Zum System gehörte weiterhin die Errichtung eines Netzwerkes von Forschungsinstituten in fast allen Industriezweigen sowie eines umfangreichen militärischen Komplexes für Forschung und Entwicklung im Landesmaßstab.

Das System hatte zweifellos seine Stärken, aber auch nicht zu leugnende Schwächen. Die wichtigsten Forschung und Entwicklung lenkenden Institutionen waren die Industrieministerien. Sie hatten einen Produktionsauftrag von der Planungszentrale. Entsprechend waren die Ministerien daran interessiert, die Forschungsinstitutionen „ihrer“ Zweige für die Gewährleistung und Entwicklung der Qualität der Produktion einzuspannen, mit der sie beauftragt waren. Eine Rückkoppelung gab es seitens der Betriebe des Zweiges, der die Forschungsergebnisse anzuwenden hatte; keineswegs aber von den Endnutzern der neuen Technik, deren Wünsche keinen unmittelbaren Adressaten fanden.

Meske betont, dass die Verbindung zum „Endverbraucher“ in einem Sektor doch „in einem gewissen Maße“ funktionierte – im militärischen. „Das ist“, so der bemerkenswerte folgende Satz des Autors, der näherer Erläuterung wert gewesen wäre, „wahrscheinlich ein Grund, warum der militärische Sektor relativ erfolgreich war“ (S. 17). Ansonsten behinderten starke administrative Barrieren zwischen den einzelnen Industriezweigen und das daraus resultierende „Ressortdenken“ die Verbreitung neuer technischer Verfahren und den Innovationsaustausch unter den Betrieben. Die Barriere war besonders hoch zwischen dem militärischen und dem zivilen Sektor. Mehrere Jahrzehnte lang wurden die in das „sowjetische Modell“, das – allerdings stets mit nationalen „Anpassungen“- Anfang der 1950er-Jahre von den Ländern des „sozialistischen Lagers“ übernommen worden war, „eingebauten“ Hemmungen durch die Vorteile eines Wissenschaftssystems überkompensiert, das sich als bestens geeignet erwies, Innovationen des Westens nach- und weiterzuentwickeln, zu denen der Kalte Krieg bald prinzipiell den Zugang verspernte.

Etwa Mitte der 1970er-Jahre hatten sich die Vorteile des Systems weitgehend erschöpft, die Nachteile dominierten endgültig und dauerhaft. Ab dieser Zeit begannen Forschung und Entwicklung in den sozialistischen Ländern, gemessen an der Zahl und dem durch Ranking ermittelten Wert ihrer wissenschaftlichen Veröffentlichungen, hinter dem Westen zurückzubleiben. Die Stagnation von Wirtschaft und Politik in den 1980er-

Jahren brachte auch für die Entwicklung von Wissenschaft und Technik den Stillstand. Bewegung kam in die östliche Welt erst wieder durch die politische Wende und den beginnenden wirtschaftlichen Transformationsprozess zu Beginn der 1990er-Jahre. Die Demokratie siegte 1989/90 innerhalb von Monaten. Auch der Produktions- und Produktivitätsverfall in den Staaten Osteuropas war nach der ein bis drei Jahre währenden Zeit der „Anpassungskrise“ beendet. Einer beträchtlichen Anzahl Transformationsländer gelang es bis zum Ende des Jahrzehnts, den Produktionsumfang von 1989 wieder zu erreichen - mit besseren Produkten und einer auf den Weltmarkt ausgerichteten Unternehmensstruktur.

Wie hat sich unter diesen Umständen der Bereich von Wissenschaft und Technik in den osteuropäischen Ländern entwickelt? Dazu äußern sich im zweiten Teil des Bandes Autoren, die in der Regel aus den Ländern stammen, über die sie schreiben. Behandelt werden die neuen Mitgliedsländer der Europäischen Union ebenso wie die „EU-Aspiranten“ Rumänien und Bulgarien, ferner Russland, Weißrussland, die Ukraine sowie Serbien/Montenegro. Abgesehen vom verständlichen Fehlen einiger jugoslawischer Nachfolgestaaten sowie von Albanien und Moldawien, vermisst der Leser die DDR. Sie gehört offensichtlich nicht zu Ostmitteleuropa, sondern zu Westmitteleuropa. Wer die internationale Transformationsliteratur studiert, wird immer wieder auf diesen rein politisch motivierten, also nicht historisch, nicht einmal geografisch (vgl. Tschechien) zu rechtfertigenden Ausschluss der (nach der Sowjetunion und Polen) drittgrößten Wirtschaftsmacht des RGW aus den Transformationsstaaten stoßen. Was Wissenschaft und Technik betrifft, dürfte das Gewicht der DDR im RGW sogar noch größer gewesen sein.

Der Herausgeber des Buches mag das Manuskript gespürt haben, und da er mehrfach auch Autor von Beiträgen ist, hat er – gewissermaßen durch die Hintertür – die Entwicklung von Wissenschaft und Technik in der DDR doch in den ihr gebührenden östlichen Zusammenhang gebracht. Im von Meske verfassten Teil III des Buches, der „provisorischen Einschätzung“ der Transformation von Wissenschaft und Technik während

der 1990er-Jahre, wurden explizit „die Erfahrungen Ostdeutschlands mit berücksichtigt“ (S. 419). Eine generelle Einschätzung nimmt Meske auf der Grundlage eines vom ihm entwickelten Drei-Phasen-Modells vor. Danach war Phase 1 der Transformation (Auflösung und Abwicklung des alten Systems) für die Mehrzahl der Transformationsländer Mitte der 1990er-Jahre überstanden. Doch noch zu Beginn des neuen Jahrhunderts verharrten Wissenschaft und Technik in Osteuropa in Phase 2 (Reorganisation des Systems). Phase 3 (die zielgerichtete Entwicklung eines neuen nationalen Systems von Wissenschaft und Innovation, das unter den Bedingungen von zunehmender Öffnung der Wissenschaftssysteme und ökonomischer Globalisierung wettbewerbsfähig ist), steht nach Meskes Einschätzung selbst in den entwickeltsten osteuropäischen Ländern (Ungarn, Tschechien, Slowenien) noch aus.

In Ostdeutschland verlief Phase 1 am schnellsten: Die staatlichen Leitinstitutionen von Wissenschaft und Technik wurden im Oktober 1990 eliminiert, die Forschungsinstitute der Akademie der Wissenschaften Ende 1991 aufgelöst. Die Abwicklung der in den Hochschulen und Industriezweig-Instituten vorhandenen Forschungs- und Entwicklungskapazitäten dauerte bis Ende 1993. Wenn auch manche Institution und mancher Forscher im neuen Rahmen weiterarbeitete, „fand generell eine rapide und schmerzhaft Reduktion des F&E-Personals statt“ (S. 423). Während andere ostmitteleuropäische Länder nach Phase 1 ziemlich lange brauchten, um ein Konzept für die Gestaltung einer neuen Wissenschaftslandschaft zu entwickeln – wobei sich der Zeitraum weniger aus gründlichem Nachdenken als aus der Priorität anderer, drückenderer Probleme im ökonomischen und sozialen Bereich erklärt – bekam die Ex-DDR per „Institutionentransfer“ sein neues System von Forschung und Entwicklung geliefert. Ungeachtet dessen war am Ende der 1990er-Jahre Ostdeutschland nicht weiter als seine östlichen Nachbarn, verharrt also noch in Phase 2. „In Ostdeutschland“, schreibt Meske, „ist es noch nicht zum Entstehen eines neuen (regionalen) Innovationssystems gekommen, das in irgend einer Weise mit dem westdeutschen mithalten kann“ (S.

430).

Im vierten Teil des Buches stellen sich Werner Meske und Slavo Radosevic vom University College London die Aufgabe, den Zustand und die Aussichten des Sektors Wissenschaft und Technik in den osteuropäischen Staaten um die Jahrtausendwende einzuschätzen. Dabei wird versucht, den Rückstand, den die Transformation dieses Bereichs zu den Bereichen Politik und auch Ökonomie aufzuweisen hat, zu klären. Unzweifelhaft ist wohl, dass die sich im Zuge der Annäherung an die EU vollziehende Integration der osteuropäischen Wirtschaften in das internationale Produktionsnetzwerk noch nicht begleitet wurde von einer technologischen Integration in den Westen, die sich in einer Erhöhung des Anteils technologieintensiver Exporte zeigen müsste. Selbst in den Direktinvestitionen westeuropäischer und amerikanischer Konzerne profitierenden Staaten wie Ungarn, Tschechien und der Slowakei, in denen der Beschäftigungsanteil von High-Tech-Industrien relativ hoch sei, „ist die Wertschöpfung und der Technologieanteil noch sehr niedrig“, schreibt Radosevic (S. 453). Die Entwicklung Osteuropas in den 1990er-Jahren, so urteilen er und Meske, lasse einen unmittelbaren Entwicklungszusammenhang zwischen Produktion und Wissenschaft/Technik ebenso wenig erkennen wie zwischen Produktivität und Forschung und Entwicklung.

HistLit 2004-4-014 / Jörg Roesler über Meske, Werner (Hg.): *From System Transformation to European Integration. Science and technology in Central and Eastern Europe at the beginning of the 21st century*. Münster 2003. In: H-Soz-u-Kult 06.10.2004.

### Sammelrez: Britain and Empire

Pearson, Jonathan: *Sir Anthony Eden and the Suez Crisis. Reluctant Gamble*. Basingstoke: Palgrave Macmillan 2003. ISBN: 0-333-98451-X; 252 S.

Ashton, Nigel: *Kennedy, Macmillan and the Cold War. The Irony of Interdependence*. Basingstoke: Palgrave Macmillan 2002. ISBN: 0-333-71605-1; 312 S.

Butler, L. J.: *Britain and Empire. Adjusting to a Post-Imperial World*. London: I.B. Tauris 2002. ISBN: 1-86064-449-X; 256 S.

Ferguson, Niall: *Empire. How Britain Made the Modern World*. London: Penguin Books 2004. ISBN: 0-141-00754-0; 422 S.

**Rezensiert von:** Gerhard Altmann, Historisches Seminar, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Der Golfkrieg vom Frühjahr 2003 konfrontierte den britischen Premierminister Tony Blair mit einem schwerwiegenden Dilemma. Seit seinem Amtantritt im Mai 1997 hatte er sich als Protagonist einer „moralischen Außenpolitik“ zu profilieren versucht. Dies ging so weit, dass er nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 den Feldzug gegen das Taliban-Regime in Afghanistan kurzerhand zum Ausgangspunkt einer neuen Weltordnung erklärte: Die wohlhabenden Nationen der nördlichen Hemisphäre seien aufgerufen, den Menschenrechten notfalls mit Hilfe so genannter humanitärer Interventionen Geltung zu verschaffen. Die Sünden des Kolonialismus müssten nun aktiv getilgt werden. Historisch informierten Beobachtern blieb dabei freilich nicht verborgen, dass Blairs Appell deutliche Anklänge an die Ideen eines liberalen Imperialismus enthielt. Aber weder die Länder des Südens noch die von sozialstaatlichen Engpässen geplagten Bevölkerungen der industrialisierten Welt ließen sich – so Blairs Kritiker – für die etwaige Neuaufgabe eines benevolenten Imperialismus gewinnen. Vor diesem Hintergrund musste eine von den Vereinten Nationen nicht autorisierte Intervention im Irak selbst im Fall der Existenz von Massenvernichtungswaffen wie ein Stück aus dem Tollhaus des Imperialismus alten Stils erscheinen. Andererseits bewegte sich Blair im Bann transatlantischer Instinkte, die einen vollständigen Bruch zwischen Europa und Amerika unbedingt verhindern wollten. Als eine Art Brückenkopf in der Nordsee sollte Großbritannien die oft beschworene Special Relationship nutzen, um das zumindest temporär unvermeidbare Auseinanderdriften von Alter und Neuer Welt zu mildern. Nicht zum ersten Mal sah sich eine britische

Regierung gezwungen, einen schmerzhaften außenpolitischen Spagat zu üben.

Die Suezkrise von 1956 stellte die Special Relationship auf eine harte Probe. Der Entschluss Großbritanniens, Frankreichs und Israels, die von Oberst Nasser verfügte Verstaatlichung des Suezkanals mit einer handstreichartigen Intervention rückgängig zu machen, scheiterte wesentlich am massiven Widerstand Washingtons. Die Eisenhower-Administration zögerte nicht, dem Weltkriegsverbündeten und NATO-Partner Großbritannien die ökonomischen Instrumente zu zeigen, um den Vormarsch nach Südägypten zu stoppen. Die plump inszenierte Verschwörung von Sèvres überschattete die Karriere Anthony Edens, der im Januar 1957 als Premierminister zurücktrat. Fortan musste der zuvor weithin geschätzte Außenpolitiker mit dem Makel leben, die Weltöffentlichkeit, die britische Bevölkerung und das eigene Kabinett gleichermaßen betrogen zu haben. Jonathan Pearson kann Eden zwar nicht von dem Vorwurf der Lüge lossprechen. Doch nimmt er den Nachfolger Churchills gegen Behauptungen in Schutz, bereits unmittelbar nach Beginn der Krise Ende Juli 1956 auf einen Militärschlag gesonnen zu haben. Pearson rekonstruiert minutiös, mitunter freilich etwas pedantisch den Weg von der Verstaatlichung des Kanals bis zum demütigenden Abbruch der Intervention Anfang November. Bis Mitte Oktober habe Eden an einer Politik des „Friedens durch Stärke“ festgehalten. Trotz des Drängens der französischen Regierung und eines zum Teil martialischen Meinungsklimas zuhause ließ der Premierminister nichts unversucht, eine internationale Drohkulisse zu errichten, die Nasser zum Einlenken bewegen sollte. Der „Status-quo-Macht“ (S. 5) Großbritannien blieb gar nichts anderes übrig, als sein Gesicht zu wahren, indem es jeglichem Prestigeverlust – zumal in seinem „Hinterhof“ Naher Osten – vehement entgegentrat.

Dies bedeutete jedoch nicht eine Politik nationaler Alleingänge. Im Gegenteil: Eden setzte seine Hoffnung auf zwei internationale Konferenzen, die Anrufung der Vereinten Nationen und einen engen Schulterchluss mit Washington. Allerdings erwies sich gerade die Special Relationship als trügerisch. Der amerikanische Außenminister John

Foster Dulles hintertrieb sämtliche Versuche, Nasser durch ein multilaterales Abkommen einzuhegen und ihm so die Kontrolle über den Suezkanal zu entwinden. Die Furcht vor einer Abwanderung Nassers ins sowjetische Lager, antikolonialistische Impulse und schlichte Wankelmütigkeit waren Pearson zufolge die Ursachen dafür, dass Washington nicht gemeinsam mit Großbritannien eine Phalanx gegen Nasser bildete und stattdessen London in die Arme Frankreichs und Israels trieb. Pearson sieht zwei weitere Motive für das Umschwenken Edens. Der seit Anfang der 1950er-Jahre gesundheitlich angeschlagene Premierminister wollte vor dem Versiegen seiner körperlichen Kräfte eine für die konservative Regierung wie Großbritannien insgesamt als existenzgefährdend erachtete Krise lösen. Darüber hinaus avancierte Schatzkanzler Harold Macmillan zum außenpolitischen Falken und forderte mit Blick auf den finanziell prekären Schwebeszustand eine rasche militärische Entscheidung. Mit demselben Argument verlangte er nach Beginn der Intervention deren schnelles Ende. Außerdem hatte er in einem Gespräch mit einem Repräsentanten des US-Außenministeriums Ende Juli den Eindruck erweckt, Großbritannien sei bereits auf einen Kriegskurs festgelegt. Dieses dubiose Gebaren macht Macmillan in Pearsons Augen zum eigentlichen Kriegsgewinnler, denn das „berüchtigte Wendemanöver“ (S. 160) schadete dem Schatzkanzler keineswegs: Er folgte Eden im Amt des Premierministers nach.

Nigel J. Ashton untersucht die Special Relationship in der Phase der Kennedy-Administration. In aufschlussreichen und konzisen Fallstudien zu einzelnen Problemkreisen spürt er der Frage nach, ob die von Macmillan stets betonte Interdependenz zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien lediglich dem Wunschdenken britischer Politiker entsprang. Ashton rekurriert einerseits auf funktionalistische Ansätze, die sich nationalen Interessen als der Basis internationaler Beziehungen widmen, berücksichtigt jedoch auch kulturhistorische Perspektiven, die sich nicht in der Analyse machtsstaatlichen Kalküls erschöpfen. Dabei gelingen Ashton prägnante prosopografische Vignetten, welche die Persönlichkeit John F. Kennedys

und Macmillans sowie die singuläre Stellung des damaligen britischen Botschafters in den Vereinigten Staaten, David Ormsby-Gore, plastisch hervortreten lassen. Macmillan verfolgte eine doppelte Strategie zur Entschärfung des Kalten Krieges. Zum einen lag ihm vor allem in Mitteleuropa an einer Entzerrung der Blöcke. Sogar ein Nicht-Angriffspakt mit der Sowjetunion erschien ihm dabei praktikabel, obwohl diese Form der Konfliktprävention aufgrund der Erfahrungen der 1930er-Jahre diskreditiert war. Zum anderen drang Macmillan auf Spannungsbemühungen an allen Fronten des Kalten Krieges, womit er sich den Zorn nicht zuletzt der westdeutschen Regierung zuzog, deren Pochen auf die Hallstein-Doktrin west-östliche Kompromisse mit einem Tabu belegte. Die Krisen um Laos, Berlin, Kuba, den „schlafenden Vulkan“ (S. 90) Nahost, Kongo, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft sowie eine probate Nuklearstrategie sorgten für eine rege Pendeldiplomatie zwischen Washington und London.

Wie bereits während des Suezkonflikts resultierten Reibungsverluste im angloamerikanischen Verhältnis meist aus unterschiedlichen Interpretationen der Krisenursachen. Die US-Administration justierte ihre außenpolitischen Sensoren primär mit Blick auf kommunistische Umtriebe, wohingegen die Regierung Macmillan das koloniale Erbe und die schwindenden Ressourcen Großbritanniens respektieren musste. Daher prallten gerade im Nahen und Mittleren Osten immer wieder antagonistische Strategien aufeinander. Und während London im Laoskonflikt zur Mäßigung riet, propagierte Macmillan in der Kubakrise eine militärische Lösung. Hierbei spielte seine aus den Tagen von Suez her rührende Überzeugung eine Rolle, dass Interventionen – wenn überhaupt – schnell exekutiert werden müssen, solange die öffentliche Meinung noch unter dem Schock der Ereignisse steht. Kaum Differenzen ergaben sich in puncto Berliner Mauer. Sowohl Kennedy als auch Macmillan begrüßten insgeheim die Zementierung des Status quo, da sie der Stabilisierung an einer prekären Nahtstelle des Kalten Krieges diene. Ashton gelangt zu dem Schluss, dass die Beziehungen Großbritanniens Amerika gegenüber zwar „speziell, aber untergeordnet“ (S. 219) waren. Dies

zeigte sich besonders krass an der Frage einer unabhängigen britischen Nuklearbewaffnung. Im „Zeitalter des ruchlosen strategischen Darwinismus“ (S. 154) war London finanziell und technologisch darauf angewiesen, amerikanische Trägersysteme für seine atomaren Sprengköpfe benutzen zu können. Wie aber der Konflikt um die Polarisraketen Ende 1962 verdeutlichte, war Washington nur bedingt willens, auf die Wünsche seines Juniorpartners einzugehen. Eigentlich wollte die Kennedy-Administration die Nuklearkapazitäten ihrer europäischen Alliierten bündeln, was sich aber schlecht mit dem Prestigedenken der britischen Regierung vertrug. Die „Krise der Interdependenz“ (S. 226) im Winter 1962/63 ist damit auch das Symptom einer Special Relationship, die auf der Ebene der Ministerialbürokratie und der Geheimdienste bis heute außergewöhnlich vertrauensvolle Kooperationsformen kennt, mit Blick auf den politischen Alltag ihre Besonderheit jedoch immer wieder von neuem unter Beweis stellen muss.

Das Empire spielte in den britisch-amerikanischen Beziehungen eine janusköpfige Rolle. Naturgemäß verspürten die Vereinigten Staaten als Produkt einer anticolonialistischen Rebellion wenig Sympathie für Imperien, zumal dann, wenn sie den strategischen Interessen der USA in die Quere kamen. Allerdings entdeckten verschiedene amerikanische Administrationen nach 1945 das Britische Empire als Bollwerk gegen den Kommunismus neu. Für Großbritannien hatte das überseeische Imperium im 20. Jahrhundert eine doppelte Bedeutung. Zum einen intensivierte das Mutterland seit der Weltwirtschaftskrise die ökonomischen Beziehungen zu den Dominions und Kolonien. Dies half Großbritannien nicht nur dabei, den Zweiten Weltkrieg finanziell zu überleben. Darüber hinaus blieb das Pfund Sterling neben dem Dollar noch lange die dominierende Reservewährung. Zum anderen verbürgte das Empire und das Commonwealth die Weltgeltung Großbritanniens und sicherte ihm einen Rang im Konzert der Mächte, der nicht mehr der wirtschaftlichen oder militärischen Eigenleistung des Vereinigten Königreiches entsprach. L. J. Butler zufolge war das Empire in dessen Spätphase Segen

und Fluch zugleich. Den ökonomischen und strategischen Vorteilen standen unübersehbare Nachteile entgegen. So kaschierte die vergleichsweise geräuschlose Metamorphose vom Empire zum Commonwealth tieferwurzelnde Veränderungsprozesse und verhinderte mithin eine rechtzeitige Anpassung an die – nüchtern betrachtet – merklich reduzierte internationale Stellung Großbritanniens nach 1945. Die Vereinigten Staaten reichten London sogar die Hand, als es darum ging, die strategisch sensiblen Posten „jenseits von Suez“, am Persischen Golf und in Südostasien, bis Ende der 1960er-Jahre zu halten. Die Entwicklungsanstrengungen, die bereits am Vorabend des Zweiten Weltkriegs anliefen, dann aber erst Ende der 1940er-Jahre mit Verve lanciert wurden, konnten im übrigen nur schwerlich den Ruch des „Sozialimperialismus“ (S. 83) abstreifen. Butler lenkt den Blick zudem auf den Falklandkrieg von 1982 und sieht ihn als Resonanzraum „alter imperialer Impulse“ (S. 184), die das britische Pochen auf einen exzeptionell geschmeidigen Rückzug aus Übersee Lügen straften. Butler sitzt hierbei allerdings einer Fehleinschätzung auf, denn betrachtet man die Reaktionen auf die argentinische Okkupation der Falklandinseln genauer, wird deutlich, dass sie einem anderen britischen Sonderbewusstsein entspringen: dem des „Standing alone“ von 1940 und der daraus abgeleiteten Lehre, immer schon den Anfängen zu wehren und diktatorische Übergriffe vom ersten Moment an resolut zu kontern. Plausibel erscheint hingegen Butlers Interpretation der Dekolonisation nach 1945 als – zumindest in Bezug auf Großbritannien selbst – recht erfolgreichen Versuch, die Muster früherer Abnelungsprozesse zu replizieren und dabei über innenpolitische Differenzen hinweg eine einheitliche Linie zu verfolgen.

Geradezu euphorisch fällt indes die imperiale Bilanz Niall Fergusons aus. Ferguson, seit jeher ein Freund starker Thesen, stilisiert das Britische Empire zu einer Art Globalisierungsagentur und bucht die Liberalisierung des Welthandels, die Verbreitung rechtsstaatlicher Strukturen sowie die um 1900 merklich verringerte Kluft zwischen Nord und Süd auf das Konto des britischen Weltreichs. Fergu-

sons elegant geschriebene und bisweilen packend erzählte Geschichte des Empire kann sich auf historische und politikwissenschaftliche Analysen stützen, die Globalisierung keineswegs als ein Novum des ausgehenden 20. Jahrhunderts betrachten, sondern auf die Belle Epoque vor dem Ersten Weltkrieg als Ära intensiver globaler Kommunikation und Mobilität verweisen. Ferguson verliert bei alledem nicht die Schattenseiten des Empire aus dem Auge: Sklaverei, Ausbeutung, Rassismus, grausame Niederschlagung von Aufständen, imperiale Boni vor allem für ohnehin privilegierte Schichten. Zugleich hätten die überseeischen Territorien jedoch aus der Verpflanzung britischer Institutionen und Gepflogenheiten Honig gesaugt. Daher reagiert Ferguson auch pikiert auf die wesensfremde Konfliktparteien heraufbeschwörende Hollywood-Version des Amerikanischen Unabhängigkeitskrieges, der vielmehr eine Art Bruderzwist unter britischen Siedlern gewesen sei und im Übrigen die Emanzipation der Sklaven um Generationen verzögert habe. Der aus der britischen Tradition entlehnte „Puritanismus plus Profitmotiv“ (S. 62) kapultierte gerade die Neuenglandstaaten als Keimzelle der USA auf die Bahn eines welthistorisch wirkungsmächtigen Global Player. Das Britische Empire habe außerdem selbst seine schärfsten Kritiker hervorgebracht, wie der seit Ende des 18. Jahrhunderts wogende Kampf gegen den Sklavenhandel beweise. Ohne die Kollaboration der Kolonisierten wären die Bemühungen der Kolonisierer zudem meist ins Leere gelaufen. Der Burenkrieg von 1899 bis 1902 pflanzte dann jedoch endgültig den Keim des Zweifels an der imperialen Mission Großbritanniens.

Die britischen Wähler erteilten Joseph Chamberlains Pläne für ein stärker integriertes Empire 1906 eine Abfuhr. Die innenpolitische Zauberformel des „billigen Brot plus moralische Entrüstung“ (S. 287) ließ keinen Spielraum für imperiale Blütenträume. Und mochte Lord Curzon, britischer Vizekönig Indiens, zur selben Zeit noch einem „Tory-entalism“ (S. 211), der konservativen Vision eines nicht anglierten, sondern an archaischen Bräuchen und Riten orientierten Kolonialismus anhängen, so änderte sich spätestens mit dem Ersten Weltkrieg die Geschäftsgrundlage des

Imperialismus fundamental. Zwar vergrößerte das Vereinigte Königreich seine überseeischen Besitztümer abermals. Nach dem viktorianischen Scramble for Africa als „Monopoly im globalen Maßstab“ (S. 239) erstreckte sich das Empire nun infolge der Zerschlagung anderer Weltreiche auf ein Viertel der Erdoberfläche. Doch mehr als jemals zuvor drohten ihm in den 1920er-Jahren die Kosten über den Kopf zu wachsen. Zudem verlor es in intellektuellen Zirkeln an Kredit: Hatte nicht das Gemetzel des Ersten Weltkriegs die moralisch-zivilisatorischen Präntionen der Kolonialherren ad absurdum geführt? Andererseits schreibt Ferguson wie Butler dem Empire letztlich das finanzielle und militärische Überleben des Mutterlands nach 1939 zu, das die abhängigen Gebiete vor dem Triumph diverser Reiche des Bösen bewahrte. Die Epoche der Dekolonisation behandelt Ferguson nur mehr cursorisch. Er schließt mit einem Appell an die Vereinigten Staaten, die Herausforderungen der Globalisierung anzunehmen und die Pax Americana beherzt an die Stelle der insgesamt positiv zu bewertenden Pax Britannica zu setzen. Allerdings beschleichen Ferguson Zweifel, ob Amerika überhaupt willens ist, sich diese Last aufzubürden. Ein oft zitiertes Bonmot des ehemaligen US-Außenministers Dean Acheson variiert, gibt Ferguson süffisant zu bedenken: „Vielleicht besteht die Wirklichkeit darin, dass die Amerikaner unsere Rolle übernommen haben, ohne bislang die Tatsache zu gewärtigen, dass damit ein Empire einhergeht.“ (S. 381)

HistLit 2004-4-061 / Gerhard Altmann über Pearson, Jonathan: *Sir Anthony Eden and the Suez Crisis. Reluctant Gamble*. Basingstoke 2003. In: H-Soz-u-Kult 26.10.2004.

HistLit 2004-4-061 / Gerhard Altmann über Ashton, Nigel: *Kennedy, Macmillan and the Cold War. The Irony of Interdependence*. Basingstoke 2002. In: H-Soz-u-Kult 26.10.2004.

HistLit 2004-4-061 / Gerhard Altmann über Butler, L. J.: *Britain and Empire. Adjusting to a Post-Imperial World*. London 2002. In: H-Soz-u-Kult 26.10.2004.

HistLit 2004-4-061 / Gerhard Altmann über Ferguson, Niall: *Empire. How Britain Made the Modern World*. London 2004. In: H-Soz-u-Kult

26.10.2004.

Poirrier, Philippe (Hg.): *Les politiques culturelles en France*. Aubervilliers Cedex: La documentation Française 2002. ISBN: 2-11-004572-8; 640 S.

**Rezensiert von:** Thomas Höpel, Institut für Kulturwissenschaften, Universität Leipzig

Seit Mitte der 1980er-Jahre hat in Frankreich die Beschäftigung mit der Kulturpolitik in historischer Perspektive stetig zugenommen. Pascal Ory unterstrich im Vorwort seiner 1994 veröffentlichten, richtungweisenden Arbeit zur Kulturpolitik der französischen Volksfront, dass in Frankreich nunmehr eine etablierte Forschungsrichtung über die Geschichte der Kulturpolitik bestände, die der Forschung in den anderen Ländern weit vorausgeeilt wäre.<sup>1</sup> Eine ganze Reihe von Monografien und Sammelbänden sind seitdem entstanden. Regen Anteil daran hatte das Comité d'histoire du ministère de la Culture unter Augustin Girard, das im Jahr 1993 gegründet wurde. Dieses Comité hat von Beginn an versucht, die Reflexion von Zeitzeugen mit der Analyse durch Sozial- und Kulturwissenschaftler zu verbinden. Mit dem vorliegenden Band wurde erstmals eine Quellenedition zur Geschichte der Kulturpolitik in Frankreich vorgelegt. Der Herausgeber, Philippe Poirrier, der im Jahr 1995 mit einer in Orys Gefolge stehenden Arbeit zur Kulturpolitik in Dijon promoviert wurde<sup>2</sup>, hat in den letzten Jahren die Forschungen zur Geschichte der Kulturpolitik in Frankreich vorangetrieben. Zahlreiche von ihm herausgegebene Sammelbände, in denen neue Fragestellungen und Probleme aufgeworfen wurden, zeugen davon.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Ory, Pascal, *La Belle Illusion. Culture et politique sous le signe du Front populaire (1935-1938)*, Paris 1994, S. 12.

<sup>2</sup> Poirrier, Philippe, *Municipalité et culture au XX<sup>e</sup> siècle: des beaux arts à la politique culturelle. L'intervention de la municipalité de Dijon dans les domaines artistiques et culturels 1919-1995*, Université de Bourgogne, Thèse d'Histoire, 1995.

<sup>3</sup> Vgl. zuletzt Poirrier, Philippe; Dubois, Vincent (Hgg.), *Les collectivités locales et la culture. Les formes de l'institutionnalisation, XIX<sup>e</sup>-XX<sup>e</sup> siècles*, Paris 2002; Poirrier, Philippe; Vadelorge, Loïc (Hgg.), *Pour une histoire des politiques du patrimoine*, Paris 2003.

1999 hat er als wichtiges Handwerkszeug eine Bibliografie der Geschichte der Kulturpolitiken in Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert vorgelegt. Die vorliegende Quellensammlung ergänzt seine Übersichtsdarstellung „L'État et la culture en France au XXe siècle“ aus dem Jahr 2000 und folgt im Großen und Ganzen auch deren Chronologie.

Poirrier hat in die in fünf Teile gegliederte Quellensammlung vor allem Dokumente zweierlei Art aufgenommen: zum einen programmatische Reden, welche die zum jeweiligen Zeitpunkt zentralen Diskussionszusammenhänge deutlich machen bzw. neue kulturpolitische Leitlinien verkünden und begründen sowie andererseits Dekrete und Gesetze, die diese neuen Ideen in rechtliche Formen gießen. Die einleitenden Kurztexte zu jedem Teil dokumentieren zugleich den Diskussionsstand der französischen Forschung und bieten einen Überblick über die Geschichte der Kulturpolitik in Frankreich seit 1789. Der Band wird ergänzt durch eine nützliche Bibliografie und einen Index.

Teil I bietet Quellen zu Vorläufern und Anknüpfungspunkten moderner französischer Kulturpolitik, wobei Poirrier als Ausgangspunkt für die französische Entwicklung die Revolution von 1789 ausmacht. Die Revolutionäre von 1789, die eine Erneuerung Frankreichs auf kulturellem Wege anstrebten, sind zwar mit symbolträchtigen Initiativen, wie dem Revolutionskalender, gescheitert, im Verlauf der Revolution und des Napoleonischen Kaiserreichs kam es aber zu einer institutionellen und rechtlichen Neuordnung der Kultur- und Kunstlandschaft, welche die Grundlagen für das Frankreich des 19. und 20. Jahrhunderts legte. Zentrale Kulturinstitutionen – Museen, Archive und Bibliotheken – wurden geschaffen und der Kulturbereich einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht und damit kulturelle Muster, Besitz und Gebrauch kultureller Güter in der Nation verbreitet. Das 19. Jahrhundert sah dann in Frankreich eine ermöglichende Kunstpolitik, politique des Beaux-Arts, die nur abdeckte, was der freie Markt nicht leisten konnte, wie vor allem die Erhaltung des Erbes und die Kunstausbildung. Erst mit der französischen Volksfront ab 1935 wurde dann im Zuge des zunehmenden Einflusses der Arbei-

terparteien, der kommerzialisierten Populärkultur und angesichts der Bedrohung durch faschistische Diktaturen eine Popularisierung der Kultur propagiert, wenn auch aufgrund von finanziellen und politischen Zwängen noch nicht als staatliche Politik institutionalisiert.

An diese Initiativen knüpfte das im zweiten Teil behandelte Kulturministerium an, das 1959 von und für André Malraux geschaffen wurde. Der Titel „Erfindung der Kulturpolitik 1959-1969“ macht die modellbildende Rolle des Malrauxschen Kulturministeriums für die französische Forschung deutlich. Diese Kreation war zugleich ein politischer Coup, mit dem ein nationaler Neuanfang nach der Krise der IV. Republik dokumentiert werden sollte. Die Gründung verknüpfte die Institutionalisierung einer staatlichen Kulturverwaltung mit einer Kulturmission und knüpfte hierbei an die Ideen der Volksfront an. Demokratisierung von Kultur war das große Schlagwort der Malrauxschen Kulturpolitik, eine Demokratisierung, die sowohl auf die soziale als auch geografische Ausweitung des Kulturzugangs zielte und vor allem über Kulturhäuser in den großen Provinzstädten realisiert werden sollte. Als weitere große Aufgaben wurden die Förderung des zeitgenössischen Kulturschaffens und die Bewahrung des kulturellen Erbes formuliert. Die abgedruckten Quellen dokumentieren sowohl den Gründungsakt des Ministeriums als auch die Intentionen der Malrauxschen Kulturpolitik, deren Erfolge aber insgesamt begrenzt waren.

Teil III der Quellenedition wendet sich den Jahren 1969 bis 1981 zu, in denen sich die noch immer prekäre Institutionalisierung der Kulturpolitik in einem Kulturministerium stabilisierte. Nach dem Abtritt des charismatischen Malraux als Minister nahmen die Staatspräsidenten stärker die Zügel in die Hand, was zu einer stärker repräsentativ geprägten und auf Paris zentrierten Kulturpolitik führte.

Der zweiten großen Umwälzung der französischen Kulturpolitik, die mit Jack Lang als Kulturminister verbunden wird, widmet sich Teil IV. Wie zu Beginn der V. Republik sollte der Regierungswechsel 1981 durch einen kulturellen Neuanfang symbolisiert werden. Sowohl der neue Staatspräsident, François Mitterand, als auch der ihm nahestehende Kul-

turminister, Lang setzten hierbei neue Maßstäbe für eine aktive staatliche Kulturpolitik. Die vorgelegten Quellen Reden Mitterrands und Langs, Gesetze und Dekrete, machen die Rede vom „Imperatif culturel“ anschaulich und verdeutlichen die zentralen Ideen und Innovationen der Jahre 1981-1993: die „Grands travaux“, die Pläne zur weiteren Demokratisierung des Kulturzugangs über einen weiten Kulturbegriff, eine Dekonzentration des Kulturministeriums und eine Dezentralisierung der Kulturpolitik, die Verschmelzung von Kultur- und Wirtschaftspolitik. Das Ende der Ära Mitterrand/Lang führte dann wie schon das der Ära de Gaulle/Malraux zu einer Standortbestimmung und Neuorientierung.

Teil V wendet sich diesem Prozess in den Jahren 1993-2002 zu, der durch die verschiedenen Regierungswechsel unübersichtlich und durch das Fehlen der nachdrücklichen Unterstützung durch den Präsidenten gekennzeichnet war. Die Höhe des Kulturbudgets, unter Jack Lang 1 Prozent der Staatsausgaben, stand angesichts finanzieller Engpässe und des nicht vorhandenen Rückhalts beim Präsidenten zunehmend in der Kritik. Die Reorganisation und Rationalisierung der staatlichen Kulturverwaltung und die Weiterführung der Dezentralisierung waren die Antworten, die unabhängig von den politischen Konjunkturen darauf gefunden wurden. Im Angesicht der Globalisierung trat der Kampf um die Bewahrung der französischen Nationalkultur, die „exception culturelle“, hinzu, der mittlerweile unter dem Schlagwort des Schutzes der kulturellen Vielfalt geführt wird.

Gerade in den letzten beiden Teilen wäre ein stärkerer Einbezug der transnationalen Dimension von Kulturpolitik, gerade im Blick auf eine zunehmend aktive Kulturpolitik auf EU-Ebene seit dem Vertrag von Maastricht, wünschenswert gewesen. Wie spiegelt sich die Stellungnahme Frankreichs dazu in den offiziellen Dokumenten wider? Welche Initiativen verfolgt die französische Regierung auf EU-Ebene?

Insgesamt handelt es sich bei dem Band um ein überaus nützliches, leicht zu erschließendes Arbeitsinstrument, das die wichtigsten Dokumente französischer Kulturpolitik

seit 1789 bündelt und durch kurze einleitende Kommentare ausgehend von den Ergebnissen der französischen Forschung präsentiert.

HistLit 2004-4-149 / Thomas Höpel über Poirier, Philippe (Hg.): *Les politiques culturelles en France*. Aubervilliers Cedex 2002. In: H-Soz-u-Kult 01.12.2004.

Reifowitz, Ian: *Imagining an Austrian Nation. Joseph Samuel Bloch and the Search for a Supraethnic Austrian Identity, 1846-1918*. New York: Columbia University Press 2003. ISBN: 0-88033-529-7; 220 S.

**Rezensiert von:** Tobias Brinkmann, Parkes Institute for the Study of Jewish/non-Jewish Relations, University of Southampton

Die EU-Erweiterung nach Osten und Süden, die höchst umstrittene Möglichkeit einer Mitgliedschaft der Türkei, und nicht zuletzt die kontroverse Debatte über die EU-Verfassung haben die Frage nach den Kernelementen einer übernationalen „europäischen Identität“ aufgeworfen. Dabei ziehen manche Kommentatoren den Vergleich mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Auch die Vertreter der ehemaligen britischen Kolonien führten nach dem Unabhängigkeitskrieg schwierige und langwierige Verhandlungen über die Form des gemeinsamen Bundesstaates, bis sie sich 1787 auf die amerikanische Verfassung einigen konnten. Diese besitzt trotz mehrerer Verfassungszusätze unverändert Gültigkeit. Das ist eine beeindruckende Erfolgsgeschichte, zumal sich die amerikanische Verfassung immer wieder bewähren musste. Die größte Herausforderung war die Sezession der Südstaaten 1861. Bis weit in das 20. Jahrhundert hinein schloss die Verfassung die Mehrheit der Gesellschaft, vor allem Frauen, Afro-Amerikaner und Indianer von einer politischen Partizipation weitgehend aus. Doch hat sie entscheidend dazu beigetragen, dass die Vielfalt der Einwandererkulturen im Sinne eines ethnischen Pluralismus in Amerika aufgehen konnte. Ethnisierung und Amerikanisierung schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern bedingen sich: das demonstrieren etwa die „Bindestrich-Identitäten“ der „German-

Americans“, „Italian-Americans“ und vieler anderer Gruppen.

Immer häufiger wird zuletzt auch die Habsburgermonarchie als ein Modell angeführt, das für eine Verfassung der Europäischen Union relevant sein könnte. Diese „Vorbildfunktion“ mag auf den ersten Blick erstaunen, denn bis vor einigen Jahren galt die Geschichte der Habsburgermonarchie nach dem „Ausgleich“ von 1867 eher als Synonym für das genaue Gegenteil der Vision einer stabilen Europäischen Union: die krisenbehaftete graduelle Erosion des multiethnischen Imperiums, wirtschaftlich unterentwickelt und geschwächt durch zahlreiche Nationalitätenkonflikte, mündete letztlich über Sarajevo direkt in die Katastrophe des Ersten Weltkriegs. Das Narrativ der „Krise“ und einer mehr oder weniger ausgeprägten Teleologie hat viele Darstellungen zur Geschichte der Habsburgermonarchie geprägt, von wichtigen Ausnahmen wie der Studie „The Hapsburg Monarchy 1867–1914“ von Arthur J. May (1951) abgesehen. May etwa argumentierte, dass erst der „Grosse Krieg“ und nicht die Nationalitätenfrage den Untergang der Habsburgermonarchie herbeiführte.<sup>1</sup> Seit den 1980er-Jahren haben mehrere Autoren, darunter insbesondere der an der New Yorker Columbia University lehrende Historiker Istvan Deak und einige seiner Schüler das Motiv der Krise kritisch hinterfragt und für die Habsburgforschung neue Wege erschlossen.<sup>2</sup> In Ostmittel- und Südosteuropa hat letztere durch die politische Wende von 1989 einen starken Impuls erfahren. Auf der einen Seite demonstriert gerade der Jugoslawien-Konflikt die Brisanz und Sprengkraft des Nationalismus, auf der anderen Seite steht die EU als ein für Nationalstaaten integratives und ethnische Konflikte absorbierendes Gegenmodell.

In der Forschung wird angesichts dieser Entwicklungen vor allem die Frage der politischen Spielräume und Handlungsalternati-

ven auf unterschiedlichen Ebenen der Habsburgermonarchie zwischen 1848 und dem Ersten Weltkrieg erörtert. In diesem Kontext ist die Studie von Ian Reifowitz angesiedelt, die auf der an der Georgetown University eingereichten Dissertation des Autors basiert. Reifowitz behandelt das Projekt des orthodoxen Rabbiners, Politikern und Journalisten Joseph Samuel Bloch (1850–1923), eine übergeordnete transethnische Identität in der Habsburgermonarchie zu verankern. Die Studie ist keine Biografie, sondern Reifowitz erörtert Blochs Nationalitäten-Reformprojekt im Kontext mit ähnlichen Vorschlägen, unter anderem von Adolf Fischhof, Karl Renner und anderen.

Eine Recherche nach Bloch in den gängigen Nachschlagewerken belegt, daß die Aufteilung der Forschungsgebiete bis in die Gegenwart durch ethnische Separierungen des späten 19. Jahrhunderts geprägt wird. Bloch firmiert überwiegend als bekannter Vorkämpfer gegen den Antisemitismus in der Habsburgermonarchie. Man findet ihn vor allem in den Indizes der gängigen Arbeiten über jüdische Geschichte in Wien und über Antisemitismus in Österreich. In den Studien über „allgemeine“ österreichische Geschichte wird er nur selten erwähnt.

Bloch entstammte einem traditionellen jüdischen Umfeld in Ostgalizien. Als Jugendlicher besuchte er Gymnasien in Deutschland, studierte in München und später in Zürich. Der junge Bloch bekleidete Rabbinate im holsteinischen Rendsburg, in Kobylin (Posen), Brüx (Böhmen), und schließlich im industriell geprägten Wiener Vorort Florisdorf. Reifowitz diskutiert nicht, dass Bloch aus einer gemischtsprachigen Region mit verschiedenen religiösen Gruppen stammte und dass seine Berufsstationen ihn in Grenzregionen führten. Vieles spricht dafür, dass diese Erfahrungen Bloch schon früh prägten, zumal er als orthodoxer Rabbiner Rendsburg, Kobylin und Brüx jeweils aus der Perspektive einer kleinen Minderheit erlebte. Bloch wurde Mitte der 1880er-Jahre einer breiten Öffentlichkeit bekannt, als er - bereits in Wien lebend - den einflussreichen und notorischen Antisemiten August Rohling öffentlichkeitswirksam herausforderte und als Pseudowissenschaftler entlarvte. In den folgenden Jah-

<sup>1</sup>May, Arthur J., *The Hapsburg Monarchy 1867–1914*, Cambridge 1951.

<sup>2</sup>Deak, Istvan, *Beyond Nationalism. A Social and Political History of the Habsburg Officer Corps, 1848–1918*, New York 1990; Judson, Pieter M., *Exclusive Revolutionaries. Liberal Politics, Social Experience, and National Identity in the Austrian Empire, 1848–1914*, Ann Arbor 1996; King, Jeremy, *Budweisers into Czechs and Germans. A Local History of Bohemian Politics, 1848–1948*, Princeton 2002.

ren rief Bloch wiederholt zum Kampf gegen den Antisemitismus auf und gehörte zu den Begründern der Österreichisch-Israelitischen Union, die sich die Abwehr des Antisemitismus auf ihre Fahnen schrieb.<sup>3</sup>

Bloch verfocht seit den 1880er-Jahren bis in den Ersten Weltkrieg das Konzept eines ethno-pluralistischen Staates mit einer gemeinsamen transethnischen zivilen Identität. 1884, auf dem Höhepunkt der Kampagne gegen Rohling, kandidierte er als Vertreter eines Distrikts in Galizien erfolgreich für den Reichsrat, dem er elf Jahre angehörte. Bloch fungierte auch als ein bedeutender „opinion leader“. Mit der „Oesterreichischen Wochenschrift“ (ab 1895 „Dr. Bloch's Oesterreichische Wochenschrift“) schuf er sich 1884 ein Sprachrohr. Seine zahlreichen Artikel und Kommentare aus der „Wochenschrift“ sowie andere Publikationen, darunter vor allem seine Memoiren, sind die Hauptquellengrundlage für Reifowitz' Studie. Er zitiert an vielen Stellen aus den Quellen. Dabei wäre es sicherlich sinnvoll gewesen, zumindest Kernzitate in den Fußnoten oder in einem Anhang im deutschen Original wiederzugeben.

Bloch stand programmatisch jenseits von Zionismus und Assimilation. Er forderte die assimilierten Juden in der Habsburgermonarchie auf, sich nicht als deutsch, polnisch, ungarisch oder tschechisch zu identifizieren, sondern als jüdisch. Den Zionismus, d.h. ethnische Separierung und einen eigenen Staat für Juden lehnte Bloch ebenfalls ab. Er setzte sich vielmehr für eine österreichische „Bindestrich-Identität“ ein, die ethnische, religiöse, kulturelle und sprachliche Identifikationsmuster auch für nicht-territoriale Gruppen wie Juden mit der Konzeption einer zivilen übergreifenden „österreichischen“ Staatsangehörigkeit verband. Bloch betonte mehrfach, dass die Vereinigten Staaten von Amerika als Vorbild dienen könnten. In diesem Zusammenhang (und nicht in einem primär jüdischen Kontext) müsse, wie Reifowitz überzeugend argumentiert, auch sein Engagement gegen den Antisemitismus gesehen werden. Für Bloch bedrohte der Antisemitismus gerade der „Deutschen“ nicht allein die Ju-

den, sondern das Zusammenleben der unterschiedlichen Nationalitäten und damit die Integrität der Habsburgermonarchie.

Die Studie ist in fünf Kapitel untergliedert. Im ersten Kapitel gibt Reifowitz einen kurzen Abriss der neueren Nationalismusforschung. Im zweiten Kapitel stellt er mit Blochs „Mentor“ Adolf Fischhof (1816–1893) einen der einflussreichsten linksliberalen Politiker im cisleithanischen Teil der Monarchie vor. Während Fischhof sich für die Gleichberechtigung der unterschiedlichen Nationalitäten einsetzte, identifizierte er sich anders als Bloch trotz seiner jüdischen Herkunft als Deutscher und war von der kulturellen Überlegenheit der Deutschen überzeugt. Im dritten und vierten Kapitel, dem Kern der Studie, beschäftigt sich Reifowitz mit Bloch. Im fünften Kapitel, „Other Voices“, stellt er Bloch anhand von Personen unterschiedliche Konzepte gegenüber, die sich im Rahmen der Monarchie bewegten und nicht auf eine Abspaltung hinausliefen. Vorgestellt werden Iakiv Holovatskyi, Frantisek Palacký, Joseph Eötvös, Aurel Popovici sowie Karl Renner und Otto Bauer. Die Studie verfügt über eine Auswahl-Bibliografie, leider fehlt ein Index.

„Imagining an Austrian Nation“ richtet sich in erster Linie an fachlich versierte Leser. Die Studie eignet sich gut als Einführung in die Debatten über die Nationalitätenfrage in der Habsburgermonarchie. Leider kann Reifowitz die vorgestellten Konzepte nur bedingt miteinander verbinden. Es wäre sicherlich sinnvoll gewesen, Bloch und seine interessante Lebensgeschichte im Sinne einer „politischen Biografie“ stärker in den Blick zu nehmen und auf dieser Folie andere Konzepte zu diskutieren. Die „Conclusion“, in der Reifowitz die verschiedenen Stränge hätte wieder zusammenführen müssen, ist gerade einmal anderthalb Seiten lang. Auch auf einen Ausblick auf das Europa nach 1989 verzichtet Reifowitz. Dennoch bleibt es das Verdienst von Reifowitz, Blochs weitgehend vergessenes Engagement zu würdigen und die Forschung auf ihn aufmerksam zu machen.

HistLit 2004-4-145 / Tobias Brinkmann über Reifowitz, Ian: *Imagining an Austrian Nation. Joseph Samuel Bloch and the Search for a Supraethnic Austrian Identity, 1846-1918*. Nwe

<sup>3</sup>Pulzer, Peter, Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867–1914, Göttingen 2004, S. 198.

York 2003. In: H-Soz-u-Kult 29.11.2004.

---

Rüegg, Walter (Hg.): *Geschichte der Universität in Europa. Band 3: Vom 19. Jahrhundert zum Zweiten Weltkrieg (1800-1945)*. München: C.H. Beck Verlag 2004. ISBN: 3-406-36954-5; 607 S.

**Rezensioniert von:** Reinhard Mehring, Institut für Philosophie, Humboldt-Universität zu Berlin

Der dritte Band des aufwändigen kooperativen Sammelwerkes „Geschichte der Universität in Europa“ ist erschienen. Er behandelt den Zeitraum von 1800 bis 1945, der für die deutsche Universitätsgeschichte eng mit dem Namen Wilhelm von Humboldts verbunden ist. Der erste Band behandelte das Mittelalter. Der zweite führte von der Reformation bis zur Französischen Revolution, die als große Zäsur erscheint. Vor 1789 konnte man noch von einer europäischen Universität sprechen. Nach 1789 aber diversifizierte sie sich – parallel zur Entwicklung der Nationalstaaten – in eine Vielfalt von Universitäten in Europa. Diese „Geschichte“ steht noch im Kollektivsingular, weil sie sich heute – im „Bologna-Prozess“ – wieder an das Modell einer gemeineuropäischen Universität annähert.

Das Sammelwerk entstand seit den frühen 1980er-Jahren mit universitätspolitischen Zielsetzungen auf „Initiative der Europäischen Rektorenkonferenz“ (S. 11). Große Aktualität hat es heute im Kontext der Diskussionen um den Abschied vom klassischen Modell Humboldts. Dessen Modell der „Forschungsuniversität“ steht heute radikal in Frage. Man streitet darüber, ob es nur ein „Mythos“ war.<sup>1</sup> Viele historische Studien belegen aber die breite Rezeption und den internationalen Erfolg des Modells.

Der vorliegende dritte Band bestätigt die überragende Bedeutung von Humboldts Modell auf breiter Grundlage. Er knüpft die „erstaunliche Renaissance und Expansion der Universität“ (S. 17) nach 1789 dabei an die Durchsetzung des deutschen Modells in der Konkurrenz zum französischen Modell staat-

lich reglementierter Spezialhochschulen. Der Herausgeber Walter Rüegg (Jg. 1918) formuliert eingangs offensiv die These, „dass die deutsche, auf der Freiheit wissenschaftlicher Forschung und Lehre beruhende Universitätsidee in der Konkurrenz zum Napoleonischen Modell staatlich gelenkter Spezialhochschulen der modernen Forschungsuniversität den Weg öffnete, auf dem der Siegeszug der Naturwissenschaften als zweite epochale Neuerung seine institutionelle Grundlage fand“ (S. 41). Er meint auch: „Die moderne Wissenschaftsidee setzte sich in dem Maße durch, in dem die nationalen Hochschulsysteme die korporative Autonomie der traditionellen Universität mit der Freiheit ihrer Mitglieder in Lehre, Studium und Forschung verbanden.“ (S. 26) Der Zusammenhang mit der allgemeinen Verfassungsgeschichte klingt hier deutlich an. Nach Rüegg ist die neuere europäische Universitätsgeschichte durch die Alternative des französischen und des deutschen Modells gekennzeichnet. Säkularisierung, Bürokratisierung und Spezialisierung prägten zwar beide Modelle (S. 26ff.). Doch die Idee der Forschungsuniversität, das Studium unter den Primat der Forschung zu stellen, sei nur durch Humboldt realisiert worden. Sie ermöglichte eine „deutsche Hegemonie“ (S. 29) auch im Übergang vom philosophischen zum naturwissenschaftlichen Zeitalter der Forschung, betont Rüegg und setzt damit einen Akzent gegen die verbreitete Annahme, dass Humboldt mit dem Aufstieg der Philosophischen Fakultät auch das Auseinanderdriften der „zwei Kulturen“ der Natur- und Geisteswissenschaften zu verantworten habe. Rüegg betont darüber hinaus noch die politische Bedeutung der liberalen, vom staatlichen Zwang emanzipierenden Wissenschaftsidee, die schon bald von den studentischen Bewegungen ergriffen wurde und den Universitäten bis in die Gegenwart hinein utopische Potentiale politischer Gegenründung zum Staat zuwies.

Das sind die starken Thesen des Herausgebers, mit denen der dritte Band antritt. Sie zünden mit ihrer Rückbesinnung auf Humboldt einigen Sprengstoff in der gegenwärtigen Debatte. Deshalb ist die Beschränkung auf Europa auch etwas bedauerlich. Denn die gegenwärtige Debatte wird ja nicht mehr vom

---

<sup>1</sup>Zur Diskussion vgl. meine Sammelbesprechung: Der Humboldt-Mythos als Reformmodell, in: Neue Politische Literatur 45 (2000), S. 193-207.

Gegensatz des deutschen zum französischen Modell bestimmt, sondern von der Spannung zwischen Humboldt und Harvard und dem Licht, das von den amerikanischen Universitäten aus auf Bologna fallen soll. Die amerikanischen Verhältnisse konnten nicht Gegenstand des Sammelbandes sein. Immerhin findet sich ein Überblick über die globale Rezeption der europäischen Universität.

Der dritte Band gliedert sich einleuchtend in vier Teile: Themen und Grundlagen; Strukturen; Die Studenten; Wissenschaft. Der erste Teil kann dabei als Einleitung betrachtet werden. Denn der Herausgeber Rüegg exponiert zunächst, wie skizziert, die „Themen, Probleme, Erkenntnisse“ der neueren Universitätsgeschichte, die Christophe Charle dann im zweiten Kapitel „Grundlagen“ statistisch breiter ausführt, wobei er eine Krise des elitären Humboldt-Modells nach 1900 andeutet, die mit den wachsenden Ausbildungserwartungen der Masse weniger situerter Studenten verbunden war (S. 64).

Den zweiten Teil „Strukturen“ eröffnet Paul Gerbod mit zwei Kapiteln zu den „Hochschulträgern“ und der „Ausstattung, Finanzierung, Organisation“. Er betont die wachsende wirtschaftliche und politische Abhängigkeit der alten Universitäten von ihren staatlichen Trägern, die den Entwicklungen aber als „Erbe des Mittelalters“ noch mit korporativem Selbstbewusstsein und einigem Widerstand<sup>2</sup> entgegentraten. Matti Klinge schildert dann den Habitus der „Universitätslehrer“: ihre Qualifizierungswege, ihre traditionale „Verbindung von Familien- und Gelehrtenleben“ und ihren allmählichen Aufstieg in der sozialen und politischen Rolle. Zum Abschluss bieten Edward Shils und John Roberts einen materialreichen Überblick über die globale Rezeption gerade des deutschen Modells, die jedoch stets „Initiativen einheimischer Akteure im Spiel“ (S. 194) ließ. Von einer blinden Rezeption oder Oktroyierung der europäischen Universität kann also nicht die Rede sein.

Der dritte Teil behandelt „Die Studenten“. Fritz Ringer erörtert zunächst deren „Zulassung zur Universität“, wobei er den Aspekt

der sozialen Öffnung besonders betont, der in Deutschland bis Ende des 19. Jahrhunderts recht gering war. Ringers verweist auf die Konjunkturen von Angebot und Nachfrage und die zyklische Wiederkehr eines „akademischen Proletariats“. Bedenkenswert scheint mir auch seine Überlegung, dass „man eher von einer Pädagogisierung der Wirtschaft als von einer Industrialisierung des Bildungswesens sprechen“ (S. 217) könnte. Entspricht die hohe Akademisierung heute wirklich Bedürfnissen der Berufswelt? Oder erzeugen die Universitäten eine Nachfrage nach Akademikern, die heute erodiert?

Den sozialen Perspektiven der Akademiker korrespondiert ihr politisches Engagement. Lieve Gevers und Louis Vos zeigen in ihrem umfänglichen Kapitel „studentische Bewegungen“, einem Herzstück dieses dritten Bandes, wie durchgängig sich die Studentenschaft nach 1789 als politische Avantgarde verstand und revolutionär engagierte: Es begann mit dem deutschen studentischen Widerstand gegen Napoleon und prägte international vernetzt allenthalben die europäischen Revolutionen. Die sehr deutsche Wendung zum antiliberalen Nationalismus datieren die Autoren dabei nach 1860 (vgl. S. 249, 260f., 266). Einen besonderen Akzent legen sie auch auf die radikale Entwicklung in Russland.

Konrad Jarausch beschließt den Teil mit interessanten Überlegungen zum „Lebensweg der Studierenden“. Er fragt erneut nach dem Verhältnis von Akademisierung und Professionalisierung und betont den ständigen „Wechsel zwischen Überschuss und Mangel“ im Akademikerzyklus. Die Universitäten waren Schrittmacher „der Entwicklung der akademischen Berufe in Deutschland“ (S. 316). Sie soufflierten der Gesellschaft einen hohen Akademikerbedarf und bewirkten im Zusammenspiel mit den staatlichen Behörden eine Anhebung der Ausbildungsnormen und Standards.

In diesen Darstellungen der politischen Rolle der Studentenschaft und des Akademikerzyklus scheint mir auch einiger Sprengstoff für aktuelle Diskussionen zu stecken. Denn die politische Rolle der Studentenschaft scheint sich heute mit dem wachsenden Druck zur Ausbildungsorientierung zu wandeln. Und die historische Betrachtung

<sup>2</sup>Dazu vgl. Boockmann, Hartmut, Wissen und Widerstand. Geschichte der deutschen Universität, Berlin 1999.

tung des Akademikerzyklus legt die Frage nahe, ob die politisch anvisierten Forderungen nach einer höheren Akademikerquote (von etwa 40%) tatsächlich gesellschaftlichen Interessen entsprechen. „Überqualifizierung“ und Akademikerarbeitslosigkeit ist heute schon ein durchschnittliches Schicksal. Zunehmend entdecken die Unternehmen ihren einfachen Bedarf an bloßen Anwendungsqualitäten. Humboldts Überzeugungen vom moralischen und gesellschaftlichen Nutzen methodischer Schulung der Selbstständigkeit werden da kaum noch geteilt. Der Trend scheint zu einer quantitativ höheren Akademisierung bei verkürztem Studium und qualitativer Senkung der Standards zu gehen. Das historische Studium des Akademikerzyklus und die genaue Analyse der Akteure der Akademisierung, die Ringer und Jarausch vorschlagen, eröffnet der Diskussion hier fruchtbare Perspektiven.

Der vierte Teil „Wissenschaft“ ist als kleine Geschichte der Forschungsdynamik angelegt. Walter Rüegg exponiert in seinem einleitenden Kapitel „Theologie und Geisteswissenschaften“ erneut seine starken Thesen zum paradigmatischen Beitrag der deutschen Universität und Wissenschaft. Er tut das sehr originell und geschickt, wenn er von der historischen Affinität von Theologie und Geisteswissenschaften ausgeht und den Anschluss an die ältere Universitätsgeschichte knüpft, indem er mit der katholischen, modernitätskritischen Theologie beginnt und dann Schleiermacher als universitätspolitischen und theologischen Vordenker der neueren Universitätsgeschichte feiert (S. 335ff.). Mit Schleiermacher und August Böckh wurde die deutsche Universität, so Rüegg, zum „Maßstab, Mekka, Modell oder Monstrum wissenschaftlicher Ausbildung und Forschung“ (S. 343). Vom Modell spricht Rüegg viel, von den monströsen Deformationen wenig. Eingehend schildert er, wie der „Durchbruch der Klassischen Philologie“ in Deutschland zum Anstoß der Entstehung der modernen Philologien wurde, die sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts in die verschiedensten Richtungen verzweigten und in der vergleichenden Sprachwissenschaft und der Philosophie wieder zur universitären Einheit zurückgebunden wurden.

Rüegg ist also ein starker Verfechter Humboldts. Vielleicht ist es deshalb ein guter Kontrapunkt, dass der Engländer Asa Briggs in seinem anschließenden Kapitel „Geschichte und Sozialwissenschaften“ nicht dieser deutschen Erfolgsgeschichte folgt, sondern eher additiv und unsystematisch argumentiert. Weitere Darstellungen, die hier nicht zu referieren sind, behandeln dann „Mathematik und exakte Naturwissenschaften“ (Paul Bockstaele) sowie „Biologie und Geologie“ (Anto Leikola) und Medizin (Antonie M. Luyendijk-Elshout). Ein Kapitel „Technik“ (Anna Guagnini) markiert den Übergang zur angewandten Wissenschaft und Technik und erörtert dabei mit dem Ausbau der Industrieschulen und den Technischen Hochschulen auch die großen institutionellen Konsequenzen für die Universitätsgeschichte. Der Paradigmenwechsel von philologisch orientierten zu naturwissenschaftlich-technisch orientierten Humanwissenschaften und die Umgestaltung der Forschungslandschaft wird so gegen Ende des dritten Bandes noch sehr schön deutlich. Der Band endet dann mit einem „Epilog“ *Notkers Hammersteins* über „Universitäten und Krieg im 20. Jahrhundert“, der die Zerstörungen der alten Universitätskultur durch den Nationalismus und die beiden Weltkriege gerade in Deutschland betont und den Aufstieg der USA am Beispiel der Atomwissenschaft noch andeutet: Während die kriegstechnische Bedeutung der Atomforschung in Deutschland (zum Glück) nicht erkannt wurde, trieben die USA sie kräftig voran (S. 538, 542). Hätte der Krieg in Europa nur wenige Wochen länger gedauert, wäre die „Wunderwaffe“ auf Berlin gefallen.

Der Band wird abgerundet durch ein umfassendes chronologisches Verzeichnis der wissenschaftlichen Hochschulen Europas 1800-1945 sowie Personen-, Orts- und Sachregister.

Insgesamt ist er ein großes vergleichendes Lehrwerk von der einstigen Weltwirkung der deutschen Universität und vom Wandel der Leitwissenschaften von den Geisteswissenschaften zur anwendungsorientierten Naturwissenschaft. Vielleicht wurde der „Mythos“ Humboldt niemals zuvor derart fundiert und vergleichend beschworen. Das mag auch daran liegen, dass die meisten der inter-

national renommierten Autoren den älteren Jahrgängen vor 1933 und 1945 entstammen. Kein Zweifel aber, dass hier weit mehr als ein Handbuch vorliegt, das man selektiv konsultiert. Es ist eine überzeugend gegliederte, straff durchgearbeitete Monografie, die eine Morphologie der europäischen Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte auf breiter Basis liefert und dabei die überragende Bedeutung der deutschen Universität und Wissenschaft gegen das französische und das stark traditionsbelassene englische Modell in seiner europäischen und weltweiten Ausstrahlung herausstellt. Dieses Buch kommt zur rechten Zeit. Jeder Bildungspolitiker sollte es lesen und im Herzen wägen. Schade nur, dass der vierte und letzte Band noch nicht vorliegt. Er dürfte ein Bild vom Niedergang Humboldts zeichnen, dessen Gründe zu bedenken wären. Mit dem Aufstieg der technischen Universitäten kündigt sich an, dass die neuere Wissenschaftsgeschichte heute nicht nur als Universitätsgeschichte zu schreiben ist. Man darf gespannt sein, wie der vierte Band den neueren Form- und Bedeutungswandel der Universitäten beschrieben wird.

HistLit 2004-4-038 / Reinhard Mehring über Rüegg, Walter (Hg.): *Geschichte der Universität in Europa. Band 3: Vom 19. Jahrhundert zum Zweiten Weltkrieg (1800-1945)*. München 2004. In: H-Soz-u-Kult 16.10.2004.

Schmidl, Erwin A.: *Die Ungarnkrise 1956 und Österreich*. Wien: Böhlau Verlag/Wien 2003. ISBN: 3-205-77009-9; 317 S.

**Rezensiert von:** Jan Foitzik, Außenstelle Berlin, Institut für Zeitgeschichte

Das Jahr 1956 bildet nicht nur eine Zäsur in der Nachkriegsgeschichte der Ost-West-Beziehungen, sondern auch in der Binnengeschichte des europäischen Kommunismus. Für Österreich, das erst ein Jahr zuvor mit der Erklärung der Neutralität und dem Abzug der Besatzungstruppen die Souveränität wiedererlangt hatte, besaß die Reaktion auf den ungarischen Volksaufstand und dessen Niederwerfung durch sowjetische Truppen 1956 einen besonderen nationalhistori-

schen Stellenwert: Sie löste die erste politische Bewährungsprobe der neuen Neutralität aus, die langfristig eine konstitutive Bedeutung für ihre politische und kulturpolitische Ausgestaltung haben sollte.

Die Publikation der Landesverteidigungsakademie Wien stellt in vier thematischen Abschnitten 15 Beiträge österreichischer, ungarischer, US-amerikanischer, russischer, polnischer, schweizerischer und französischer Historiker vor. Sieben Beiträge sind auf Quellen aus US-amerikanischen, britischen, französischen, ungarischen und hauptsächlich mehreren österreichischen Archiven gestützt, die Übrigen referieren Sekundärliteratur. Vier Beiträge sind in englischer Sprache veröffentlicht.

Im ersten Abschnitt gehen drei ungarische Historiker detailliert auf die ungarische Entwicklung ab 1937 ein, die in den letzten Monaten des Jahres 1956 eskalierte. Vorwiegend militärorganisatorische Aspekte der sowjetischen Intervention thematisiert der Beitrag des russischen Historikers V. Vartanov über die Sowjetunion und Ungarn im Jahr 1956. In seiner Analyse des Stellenwerts des Jahres 1956 im ungarischen Gedächtnis und in der öffentlichen Meinung konstatiert der amerikanisch-ungarische Historiker István Deák nicht nur, dass der kollektiven Amnesie bis in die 1970er-Jahre hinein dann in den 1980er-Jahren eine politische Rehabilitierung des Volksaufstand durch Spitzenfunktionäre der regierenden kommunistischen Partei folgte, sondern er macht auch darauf aufmerksam, dass als Folge des friedfertigen Übergangs von Diktatur zur Demokratie 1989/90 die Überbewertung des Mythos des Jahres 1956 einem Bedürfnis nach „revolutionärer Legitimation“ des Umbruchs entsprach.

Der zweite Abschnitt thematisiert den internationalen Kontext der Ungarnkrise. Unter der Fragestellung „Eindämmung und Koexistenz oder ‚Rollback‘ und Befreiung?“ setzt sich Günter Bischof ausführlich mit der Historiografie des Kalten Kriegs auseinander. Nicht nur wegen der präsentierten Fakten ein informativer Beitrag. László Borbi fokussiert seine Aufmerksamkeit genauer auf das Verhältnis USA-Ungarn im Jahr 1956 und wirft abermals im Detail alte Kontroversen über

Interventions- und Nicht-Interventionspolitik der USA in Osteuropa auf. Hans Rudolf Fuhrer, ein Vertreter der schweizerischen Militärgeschichte, präsentiert die militärischen Aspekte der Doppelkrise Ungarn und Suez anhand französischer und britischer Archivreisen. Zwei Aspekte interessierten ihn dabei: Das Verhältnis zwischen Politik und Militär sowie die propagandistisch behauptete Kausalität zwischen der Entstehung beider Krisen. Zum letzten Punkt fällt die Aussage eindeutig aus: Es gab keine direkte Verbindung zwischen der Suez-Krise und den Ereignissen in Ungarn, beide Interventionen verliefen autonom voneinander, eine wechselseitige politische Beeinflussung trat erst nach Abschluss der militärischen Operationen ein. Zwei Beiträge beschäftigen sich mit den ungarischen Ereignissen aus französischer und polnischer Perspektive: Den nach 1956 rapide sinkenden politischen und gesellschaftlichen Einfluss der französischen Kommunisten wog im gewissen Sinne Gomulka auf, der vor dem Hintergrund der spontanen Solidarität der polnischen Bevölkerung mit Ungarn noch eine Zeitlang lavierte, bis er sich 1958 wieder in die Moskauer „Generallinie“ eingliederte.

In dem „Österreich und die Ereignisse 1956“ überschriebenen dritten Abschnitt beschäftigt sich Bianca L. Adair mit dem österreichischen Staatsvertrag von 1955 und den österreichisch-ungarischen Beziehungen 1955/56. Sie weist nach, dass der im Mai unterschriebene und im Oktober 1955 vom österreichischen Parlament ratifizierte Staatsvertrag in Ungarn die Erwartung des Abzugs der sowjetischen Truppen ausgelöst hatte, die dort laut Friedensvertrag von 1947 zur Sicherung der Verbindungslinien zu sowjetischen Besatzungstruppen in Österreich unterhalten wurden. Chruschtschows Phrase von der „friedlichen Koexistenz“ und seine Geheimrede auf dem XX. Parteitag der KPdSU spielten dabei eine Rolle, doch der Warschauer Pakt scheint in Ungarn außer Acht gelassen worden zu sein. Catherine C. Nielsen lenkt ihre Aufmerksamkeit mehr auf die österreichische Situation und die noch einige Jahre anhaltende „Frustration“ der USA über die Neutralitätspolitik Österreichs: Auf der einen Seite die Befürchtungen der USA, für

die sowjetische Außenpolitik wäre die österreichische Neutralität ein Modell für Deutschland, auf der anderen Ängste in Österreich, die Neutralität könnte durch die sowjetische Propaganda gegen US-amerikanische Subversion in Osteuropa beschädigt werden. Manfred Rauchensteiners (stellenweise mit leichter Feder geschriebener) Aufsatz lockert die Konzentration auf Details auf, wenn er eingangs feststellt, dass das Jahr 1968 (Prag) im österreichischen Massenbewusstsein dominanter sei als das Jahr 1956: Nicht nur nationale Vorurteile, die er selbst bei Bruno Kreisky aufspürt, seien im Spiel gewesen, sondern vor allem habe man 1956 „noch in Kategorien der Besatzungszeit“ gedacht. Angesichts der laschen Realisierung des österreichischen Selbstverteidigungsbeitrags seien die Ereignisse in Ungarn 1956 politisch unterschätzt und militärisch überschätzt worden, als am 26. Oktober 1956 anderthalb Tausend Mann des Bundesheeres an der Grenze Sicherungsmaßnahmen ergriffen, um bewaffnete ungarische und sowjetische Einheiten in Österreich notfalls mit Waffengewalt zu entwaffnen. Am 30. Oktober quittierte das die östliche Gegenpropaganda mit dem Vorwurf, Österreich verletze die Neutralität. Rauchensteiner resümiert, dass die meinungsbildenden Prozesse zwischen Oktober und November 1956 identitätstiftend für das österreichische Neutralitätsbewusstsein waren und den eigentlichen Nationalfeiertag darstellten. Die militärorganisatorischen und militärpolitischen Details des Einsatzes des österreichischen Bundesheeres an der ungarischen Grenze 1956 analysiert der Herausgeber Erwin A. Schmidl, wobei neben Archivmaterialien auch Ergebnisse zahlreicher Interviews mit damaligen Entscheidungsträgern benutzt wurden. Hubert Speckner vertieft dies mit einer Darstellung der Rolle des Bundesheeres in der Flüchtlingsbetreuung. Den Abschluss des Bandes bildet ein Ausblick von László J. Kiss über die österreichisch-ungarischen Beziehungen von 1955 bis 1990, die ab den 1960er-Jahren als „Sonderbeziehungen“ bezeichnet werden. Informativ sind die abgedruckten Fotografien aus dem aufständischen Budapest, von der österreichisch-ungarischen Grenze und Schnappschüsse aus der Flüchtlingsarbeit 1956.

Auch fehlt das Bild nicht, auf dem der österreichische und der ungarische Außenminister am 27. Juni 1989 „den Eisernen Vorhang“ durchschnitten. Mit den vorliegenden Analysen wurde nicht nur ein informatives, sondern auch ein lesenswertes Buch vorgelegt, in dem die nationalhistorische Perspektive der „Ungarnkrise“ im Kontext der Ost-West-Beziehungen plastisch vorgestellt wurde. Einige vorgestellte Argumentationslinien und zahlreiche Einzelhinweise verdienen unbedingt weitere Beachtung. Doch fällt auf, dass in russischen, ungarischen und polnischen Archiven keine „neuen“ Quellen zu den Ereignissen des Jahres 1956 zugänglich waren.

HistLit 2004-4-031 / Jan Foitzik über Schmidl, Erwin A.: *Die Ungarnkrise 1956 und Österreich*. Wien 2003. In: H-Soz-u-Kult 14.10.2004.

### Sammelrez: Spanien

Straub, Eberhard: *Das spanische Jahrhundert*. Berlin: Siedler Verlag 2004. ISBN: 3-88680-739-8; 350 S.

Collado Seidel, Carlos; König, Andreas (Hg.): *Spanien. Mitten in Europa*. Frankfurt am Main: IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation 2003. ISBN: 3-88939-690-9; 403 S.

**Rezensiert von:** Axel Kreienbrink, Osnabrück

Wenn man das Buch von Eberhard Straub zur Hand nimmt, einigermaßen mit der europäischen Geschichte der Neuzeit vertraut ist und vielleicht sogar frühere Titel des Autors kennt<sup>1</sup>, erwartet man im ersten Augenblick eine weitere Darstellung von Spaniens „Goldenen Zeitalter“. Doch weit gefehlt, denn das spanische Jahrhundert, das Straub uns näher bringen will, ist das 20. Jahrhundert. Damit stellt das Buch einen Beitrag zum nicht übermäßig reichhaltigen Angebot an deutschsprachigen Überblicksdarstellungen zur spanischen Geschichte dar, der in der Wahl dieses Zeitraums singulär ist.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Straub, Eberhard, *Pax et imperium. Spaniens Kampf um seine Friedensordnung in Europa zwischen 1617 und 1635*, Paderborn 1980.

<sup>2</sup> In der Regel ist das 20. Jahrhundert Teil von größeren

Straub deutet die spanische Geschichte dieses Zeitraums als eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit den Ideen der Generation von 1898. Das Jahr, in dem Spanien seine letzten überseeischen Kolonien verlor, begriffen als nationales Desaster, wurde von Intellektuellen und Politikern als Tiefpunkt eines spanischen Niedergangs, als Ergebnis eines verfehlten Sonderwegs, als Inbegriff der Krise aufgefasst. Den Ausweg sollten die „regeneración“, die Rückbesinnung auf ein wie auch immer geartetes wahres Spanien, und die „europeización“, die Europäisierung des Landes bringen. Darüber, wie dieser Weg aussehen sollte, gab es jedoch eine Vielzahl von durchaus widerläufigen Ansichten. Straub zeichnet nach, wie diese in den wechselhaften Zeitläufen zwischen Monarchie, Republik, Diktatur und erneuter Monarchie zum Tragen kamen. Die zentrale These, angelehnt an den Philosophen Ortega y Gasset, geht dahin, dass der beständige Versuch einer Vergangenheitsbewältigung bei der Unversöhnlichkeit der einzelnen Positionen keinen Raum dafür ließ, sich über die Notwendigkeiten der Gegenwart zu verständigen. Erst mit dem Versuch während der „transición“, dem Übergang vom Franco-Regime zur parlamentarischen Monarchie, die jüngere Vergangenheit ruhen zu lassen und über Parteigrenzen hinweg den Blick in die europäische Zukunft zu richten, sei die „regeneración“ letztlich gelungen.

Die Entwicklung dorthin wird in neun Kapiteln behandelt, wobei das Schwergewicht auf den ersten vier Jahrzehnten des Jahrhunderts liegt. Das erste Kapitel widmet sich ausführlich den verschiedenen Denkrichtungen des „regeneracionismo“ nach 1898 und verknüpft souverän die ihnen jeweils zugrunde liegenden Auffassungen weltpolitischer Ereignisse, Geisteshaltungen und Geschichtspolitik. Das zweite Kapitel analysiert mit umfangreichen Rückgriffen auf die Entwicklungen im 19. Jahrhundert die „Suche nach einem geeigneten Staat“ (S. 51), also die Proble-

Überblicksdarstellungen wie z.B. bei Bernecker, Walther L.; Pietschmann, Horst, *Geschichte Spaniens. Von der frühen Neuzeit bis zur Gegenwart*, Stuttgart 2000; Bernecker, Walther L., *Sozialgeschichte Spaniens im 19. und 20. Jahrhundert. Vom Ancien Régime zur parlamentarischen Monarchie*, Frankfurt am Main 1991; Schmidt, Peer, *Kleine Geschichte Spaniens*, Stuttgart 2002; Bernecker, Walther L., *Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg*, München 1997.

me des liberalen Verfassungsstaats, inklusive der Entwicklungen von Regionalismus und Anarchismus. Das dritte Kapitel beschreibt die sukzessive Erosion des Zweiparteiensystems zwischen Liberalen und Konservativen bis zum Ersten Weltkrieg. Dabei kontrastiert der Autor sehr schön die verzerrten Krisenperzeptionen in Spanien mit vergleichbaren Situationen in anderen europäischen Staaten. Die Diktatur von General Primo de Rivera, die Jahre der Republik sowie die Zerstörung der Republik durch politische Auseinandersetzungen und Bürgerkrieg stehen im Mittelpunkt der folgenden Abschnitte. Dabei gelingt es Straub immer wieder prägnant, die Unübersichtlichkeit der vielen politischen Strömungen durchschaubar zu machen, denn „Spanien teilte sich nicht in zwei Blöcke, wie das Schlagwort von den ‚beiden Spanien‘ suggeriert, sondern in viele politische Fragmente“ (S. 178f.). Das Ergebnis des Bürgerkrieges, die Diktatur von General Franco, ist Inhalt des siebten und achten Kapitels. Dabei ist ersteres eine Art Systemanalyse des von Franco geschaffenen autoritären „Neuen Staates“ in der Phase des frühen Franquismus. Letzteres hat den mittleren und späten Franquismus im Blickpunkt und beschreibt die Entwicklungen sowohl im sozioökonomischen wie im politischen Bereich als Beginn der Transformation, die den friedlichen Übergang zur parlamentarischen Monarchie nach Franco erst ermöglichte. Diesem Übergang, der „transición“, ist das letzte Kapitel gewidmet, in dem Straub nun eher essayistisch verschiedene Aspekte dieser Phase mit Entwicklungen bis hin zur Gegenwart verbindet. Er charakterisiert Spanien hier als Land, das endlich in der europäischen Normalität angekommen ist – auch wenn es immer auf die eine oder andere Art mit Europa verbunden war.

In einer kraftvollen Sprache, mitunter mit einem Stakkato kurzer Sätze, gelingt es Straub das in der Vielfalt der Problemfelder und Akteure Komplizierte und Verwirrende der spanischen Geschichte des 20. Jahrhunderts verständlich zu machen. Form und Stil der komprimierten Darstellung bringen jedoch bisweilen die Gefahr mit sich, dass manche Wiedergabe zeitgenössischer Wahrnehmungen oder Positionen als Fakten oder sogar Wertung des Autors genommen werden

könnten. Das Buch ist an eine breite Leserschaft gerichtet, nicht nur an ein akademisches Publikum im engeren Sinne. Dementsprechend sind im Interesse der Lesbarkeit und wegen des starken Akzents auf politische Ideen manche Details unberücksichtigt geblieben. So zum Beispiel die innenpolitische Funktion der Entsendung der „Blauen Division“ 1941 zur Entledigung von unzufriedene Falangisten, der abschlägig beschiedene Assoziationsantrag an die Europäische Gemeinschaft 1962 oder die deutlichen Veränderungen in den Europaperzeptionen während der Regierungen von Felipe González und José María Aznar, um nur einige zu nennen. Entsprechend dem Zielpublikum verzichtet Straub, abgesehen von wenigen Zitatbelegen, auf Anmerkungen und auch die Bibliografie ist nur sehr reduziert in Auswahl wiedergegeben. Mancher weiterführende Titel, den man bei der Lektüre deutlich erkennt und der vielleicht auch für ein deutsches Publikum von Interesse gewesen wäre, fehlt.<sup>3</sup> Von daher ist der Band nur bedingt als einführende Literatur zur spanischen Geschichte im Seminarbetrieb geeignet, wohl aber eine äußerst anregende Tour d’horizon zur Politikgeschichte Spaniens.

Dort wo Straub endet, bei Spaniens „Ankunft in Europa“, setzt das von dem Historiker Carlos Collado Seidel und dem Kulturanthropologen Andreas König herausgegebene Buch „Spanien. Mitten in Europa“ an. Es soll dem Verständnis der spanischen Gesellschaft, Kultur und Identität dienen und richtet sich als Beitrag zur interkulturellen Kommunikation laut Klappentext an jene, die sich beruflich oder privat mit Spanien beschäftigen. Dazu werden von insgesamt neun Autoren verschiedener Disziplinen die Bereiche Spanienbilder, Nationalbewusstsein, Wertvorstellungen, soziokulturelle Strukturen, ökonomische Kultur und der Wandel Spaniens zu einem „europäischen“ Land behandelt. Grundsätzlich könnte das Buch damit auch als Beitrag zur Sozialgeschichte Spaniens gelesen werden. So weist Collado Seidel ausdrücklich auf die historischen Prozesse und Ereignisse hin, die die behandelten Aspekte mit geprägt hät-

<sup>3</sup> Zum Beispiel García Pérez, Rafael, *Franquismo y Tercer Reich. Las relaciones económicas hispano-alemanas durante la Segunda Guerra mundial*, Madrid 1994.

ten (S. 17). Im Sinne einer „Momentaufnahme“ spricht der Sprach- und Kulturwissenschaftler Karl Braun hier auch vom synchronen Ausdruck diachroner Entwicklungen (S. 144). Erst mit einer Einbettung werden die beschriebenen Vorstellungen und Strukturen jenseits der Deskription interessant. Das gelingt den Autoren des Bandes recht unterschiedlich.

Exzellente sind die (leider anmerkungsfreien) „Überlegungen zu Nation und Nationalbewußtsein“ von Collado Seidel (Kap. 2), der es versteht, historische Entwicklungen, Geschichtsbewusstsein, -vermittlung und -politik im nationalen wie internationalen Kontext auf gegenwärtige Situationen zu beziehen. Die gelungenen Analysen „sozialkultureller Strukturen“ (Kap. 4) betrachten ihren Gegenstand in der Regel als Entwicklungen seit der Zeit des Franquismus bzw. der Demokratisierung. Dazu gehören die Abschnitte zu Geschlechterverhältnissen des Soziologen Dieter Goetze (Kap. 4.6), Jugendkultur der Romanisten/Psychologen Eva R. und René Bendit (Kap. 4.7), zu Familie, Zivilgesellschaft sowie zu Wahlverhalten und politischer Repräsentation der spanischen Historiker Jesús Izquierdo Martín und Pablo Sánchez León (Kap. 4.8, 4.10, 4.11) und Collado Seidels Beitrag zu Religion und Religiosität (Kap. 4.9).

Die Überlegungen der Psychologin Vera Kattermann zu Stierkampf und Männlichkeitskonzepten (Kap. 4.3, 4.4.) sind ohne eine eingezogene Vergleichsebene dagegen unbefriedigend. Hier hätte sich der europäische Kontext angeboten, der übrigens bei den meisten Autoren, anders als der Buchtitel erwarten lässt, kaum eine Rolle spielt. Was sollen Ergebnisse zur Besonderheit der „corrida“ als Gelegenheit, Aggressionen freizulassen oder gesellschaftliche Hierarchien auszulösen, wenn sie nicht gegen analoge Phänomene z.B. in der Fußballarena abgesetzt werden? Und bei den Männlichkeitskonzepten, abgesehen von der unaufgelösten Apostrophierung des „progresismo“ als „AIDS der Linken“ (S. 179), lässt die abschließende Feststellung, dass sich die behandelten Konzepte in vielen Gesellschaften zeigen, die Ergebnisse sehr im Ungefähren. Dass es nicht nur die historische Einbettung sein muss, die Erfolg verspricht, zeigt die dichte Beschreibung

und Analyse (nach der Methode von Geertz) zu Festneigung und Genus von Braun (Kap. 4.2). Die Ausführungen zum Personenkonzept von König (Kap. 4.1.) mäandern dagegen seltsam unspezifisch zwischen Aspekten wie Tod, Gewalt, Religion und Kleidung dahin. Königs einleitendes Kapitel zu Spanienbildern (Kap. 1) ist ebenfalls eher unbefriedigend, wenn vieles ohnehin Bekannte nur angetippt und auf ausführlichere Darstellungen anderweitig verwiesen wird. In seinem Kapitel zu Wirtschaftskultur und Wirtschaftskommunikation (Kap. 5) gelingt es ihm dagegen, sehr plastisch Unterschiede zu Deutschland herauszuarbeiten. Dieser Beitrag entspricht dem Ziel des Buches, ggf. auf einen Spanienaufenthalt vorzubereiten. Das letzte Kapitel zum Wandel des ursprünglichen (*España profunda*) zum europäischen Spanien (*España europea*) (Kap. 6) nennt König selbst einen „par-force-Ritt“ [sic!] (S. 372), der über die soziale, ökonomische und kulturelle Transformation geht. Er greift dabei verschiedene Aspekte der vorherigen Kapitel wieder auf, aber der Blick in die Anmerkungen lässt das Gefühl zur Gewissheit werden, dass man vieles dieser Kompilation anderswo bereits ausführlicher gelesen hat.<sup>4</sup> - Unabhängig von einer leider nachlässigen Redaktion (fehlerhafte Seitenumbrüche, Fußnoten ohne Text, ständig andere Zitier- und Anmerkungsweisen), fällt somit bei diesem Sammelband das Urteil insgesamt zwiespältig aus.

HistLit 2004-4-054 / Axel Kreienbrink über Straub, Eberhard: *Das spanische Jahrhundert*. Berlin 2004. In: H-Soz-u-Kult 22.10.2004.

HistLit 2004-4-054 / Axel Kreienbrink über Collado Seidel, Carlos; König, Andreas (Hg.): *Spanien. Mitten in Europa*. Frankfurt am Main 2003. In: H-Soz-u-Kult 22.10.2004.

Veen, Wilken: *Verzoening in de praktijk. De NCSV en de Duitse Questie*. Zoetermeer: Boekencentrum Uitgevers 2004. ISBN: 90-239-1616-6; 124 S.

**Rezensiert von:** Katharina Kunter, Depart-

<sup>4</sup>Vor allem Bernecker, Walther L.; Dirscherl, Klaus (Hgg.), *Spanien heute. Politik - Wirtschaft - Kultur*, Frankfurt am Main 1998. Im Jahr 2004 ist eine überarbeitete Neuauflage erschienen.

ment of Church History and Practical Theology, University of Aarhus

Die Geschichte der deutsch-niederländischen Beziehungen nach 1945 hat seit einiger Zeit Konjunktur. Grundlegend sind hierbei die Studien von Friso Wielenga<sup>1</sup> und Jacco Pekelder.<sup>2</sup> Mit dem Deutschlandinstitut in Amsterdam und dem Zentrum für Niederlandestudien an der Universität Münster<sup>3</sup> bieten darüberhinaus zwei angesehene Institutionen ein Diskussionsforum für verschiedene Themen der deutsch-niederländischen Nachkriegsgeschichte. Wie eine Tagung über die Niederländischen Kirchen, die Friedensbewegung und die DDR in den 1970er und 1980er-Jahren in Münster 2002 deutlich machte, spielen neben Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur auch die grenzüberschreitenden Kontakte von Gemeinden, Gruppen und Kirchen eine besondere Rolle in dieser Beziehungsgeschichte.<sup>4</sup>

In diesen Kontext gehört das Buch von Wilken Veen, *Verzoening in de praktijk? De NCSV en de „Duitsche Quaestie“* (dt: Versöhnung in der Praxis? Die Niederländische Christen Studentenvereinigung/NCSV und die Deutsche Frage). Veen, seit 1982 Pfarrer in Amsterdam, erhielt 1999 im Anschluss an die Dissertation von A.J. van der Berg<sup>5</sup> den Auftrag, eine Spezialstudie über die niederländisch-deutsche Annäherung des NCSV zwischen 1945-1950 anzufertigen. Hierfür konnte Veen neben Zeitzeugengesprächen auf drei Archivbestände im Rijksarchiv Utrecht auf das persönliche Archiv von C.L. Patijn und die Collectie Van Roon zurückgreifen.

Chronologisch vorgehend gibt Veen in sechs Kapiteln einen Überblick über die ersten Annäherungen zwischen niederländischen und deutschen Protestanten nach 1945. Er schildert die Schwierigkeiten dieser persönlichen Begegnungen und beschreibt das

allmähliche Anwachsen dieser Kontakte bis hinein in die 1950er-Jahre. Dabei konzentriert er sich zwar überwiegend auf die Ebene der studentischen Kontakte, nimmt jedoch auch andere kirchliche Personen, Institutionen oder Versammlungen in den Blick.

Im ersten Kapitel skizziert Veen unter der Fragestellung „Ein neuer Beginn?“ den Anfang dieser Kontakte, der zunächst von großer Zurückhaltung der Niederländer geprägt war. „Offizieller Kontakt mit der Deutsche Kerk ist nicht erwünscht“, hieß es etwa in einem Schreiben vom 26.7.1945; auch bei individuellen Begegnungen dürfe die kollektive Schuld der Deutschen nicht aus den Augen verloren werden (S. 21). Vereinzelt aber gab es bereits Christen, die sich für eine Wiederaufnahme der Beziehungen zu Deutschland aussprachen. So etwa Van der Loo, der in einem Memorandum vom 21.8.1945 davor warnte, dass Deutschland erneut zu einem gefährlichen Vakuum mitten in Europa würde. Es sei daher die Pflicht der Franzosen, Belgier und Niederländer, die unmittelbar an Deutschland grenzten und ganz andere Kenntnisse von Land, Menschen, Mentalität und kulturellen Gegebenheiten besäßen, Kontakt mit Deutschland aufzunehmen. Das Stuttgarter Schuldbekenntnis vom 19.10.1945 markierte dann einen Wendepunkt für die Aufnahme kirchenoffizieller Beziehungen zwischen Deutschland und den Niederlanden.<sup>6</sup>

Den mühsamen Beginn dieser Treffen von 1946 zeichnet Veen in Kapitel zwei nach. Bei einer Zusammenkunft des World Student Christian Federation (WSCF) im Mai 1946 sind neben Mitgliedern des NCSV und der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) auch die beiden ehemaligen Sekretäre der Deutschen Christlichen Studentenvereinigung (DCSV), Reinhold von Thadden und Eberhard Müller, anwesend. Vor allem von Thadden gewinnt als ein feiner, tief sinniger und nachdenklicher Mann die Sympathien der Niederländer, als er davon spricht, dass „nicht alles Schuld, sondern auch Schicksal, nicht alles Schicksal, sondern auch Schuld“ war (S. 34). Für weniger profilierte Studenten der Bekennenden Kirche dagegen bedeu-

<sup>1</sup> Wielenga, F., *Vom Feind zum Partner. Die Niederlande und die DDR seit 1945*, Münster 2000.

<sup>2</sup> Pekelder, J., *Die Niederlande und die DDR. Bildformung und Beziehungen 1949-1989*, Münster 2002.

<sup>3</sup> Vgl. [www.duitslandinstituut.nl](http://www.duitslandinstituut.nl) und [www.hausderniederlande.de](http://www.hausderniederlande.de)

<sup>4</sup> Vgl. Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien 13 (2002), Münster 2003.

<sup>5</sup> van der Berg, A. J., *De Nederlandse Christen Studenten Vereniging 1896-1985*, 's Gravenhage 1991.

<sup>6</sup> Vgl. Greschat, M. (Hg.), *Die Schuld der Kirche. Dokumente und Reflexionen zur Stuttgarter Schulderklärung vom 18./19.10.1945*, München 1982.

teten die internationalen Treffen häufig ein beklemmendes Rechtfertigen, wie ein niederländischer Bericht über die Ökumenische Hochschulwoche in Basel vom 7.-12.6.1946 verdeutlichte.

1947 stabilisierten sich die studentischen Kontakte, wie Veen im dritten Kapitel ausführt. Gemeinsame Konferenzen, universitärer Austausch, Korrespondenz, Büchersendungen und Hilfsaktionen für Deutschland nahmen zu, was auch dem Einsatz des 1947 gewählten, neuen Generalsekretärs des NCSVs, Wim Wesseldijk, zu verdanken war. Aber die Annäherungen blieben schwierig. In einer Predigt über die Situation in Deutschland betonte etwa ein Pfarrer die große Apathie unter der deutschen Jugend. Ähnliches berichtete A. Fisker über Treffen mit jungen Deutschen bei der Weltkonferenz der christlichen Jugend in Oslo (22.7.-1.8.1947). Zwar seien die Niederländer dankbar über diese Begegnungen, doch gleichzeitig enttäuscht, da sich die Mehrheit der deutschen Jugend nicht verteidige, sie wären müde und ängstlich. Diese Abgeschiedenheit vom Rest der Welt sei das Schlimmste bei den jungen Deutschen, so das Fazit Fiskers (S. 64). Umgekehrt war es aber gerade die Offenheit der niederländischen Studenten, die die deutschen Teilnehmer beeindruckte: „Man kann es kaum recht formulieren, was mit diesen Menschen ist. Sie haben nicht die ausgemergelten Gesichter mit dem erloschenen Blick, die wir auf unseren Reisen in Deutschland immer vor uns sehen; es liegt auf ihnen nicht jene Gereiztheit, die bei den kleinsten Anlässen zum Streit führt – diese Menschen haben fröhliche Gesichter und klare Augen.“ (S. 71)

Im Jahr 1948, über das das vierte Kapitel handelt, nahm die Deutschland-Kommission des Ökumenischen Rates unter der Leitung von Hebe Kohlbrugge ihre Arbeit auf<sup>7</sup>; die Kontakte wurden nun stärker koordiniert. Ein wichtiges Ziel des niederländischen Engagements blieb der Versuch, mit dem internationalen Austausch die Isolierung der deutschen Studenten aufzubrechen, denn – so ein Beobachter – zum einen seien viele deutsche Professoren noch sehr konservativ-nationalistisch und ausgesprochene Bücher-

würmer, an denen das Tagesgeschehen vorbeilaufe, zum anderen aber hätten die Deutschen noch immer die Neigung, alles mit ihrem eigenen nationalen Maßstab zu messen (S. 87).

Als Jahre der Normalisierung stellt Veen schließlich die Jahre 1949-1950 in seinem fünften Kapitel vor. Unter dem Einfluss des Marshall-Plans nahm die Bedeutung der „Deutschen Frage“ für die niederländischen Studentenkreise ab. Kirchliche Entwicklungen in der Bundesrepublik wurden skeptisch beobachtet; die EKD-Synode von Bethel 1949 etwa sei eine Enttäuschung gewesen, eine klerikale, konfessionalistische Veranstaltung; Predigen deutscher Pfarrer seien zeitlos und salbungsvoll (S. 92f.). Die Deutschland-Kommission wurde 1951 aufgelöst, der von ihr unterstützte niederländisch-(west)deutsche Studentenaustausch hörte damit ebenfalls auf. Gleichzeitig aber rückten bei den niederländischen Protestanten mehr und mehr die ostdeutschen Studenten aus der Sowjetischen Besatzungszone in den Blickwinkel. Für sie werden ab 1954 durch den NCSV im Haus Villigst spezielle Konferenzen organisiert, auf die Veen kurz in seinem letzten Ausblickskapitel eingeht.

Veen hat keine historische Analyse vorgelegt, aber ihm gelingt eine atmosphärisch dichte, zeitnahe Darstellung, die der in der kirchlichen Zeitgeschichte gerade begonnenen Diskussion um den Weg des deutschen Protestantismus nach 1945<sup>8</sup> neue Facetten beifügt. Besonders deutlich wird durch Veens Untersuchung, dass für die Beschreibung dieser Epoche in Deutschland die Perspektive des Auslandes eine wichtige Quelle für die evangelische Alltags- und Mentalitätsgeschichte darstellt. Es ist schließlich diese andere Perspektive, die Wahrnehmung von außen, die beim Lesen der Studie beeindruckt. Die holländischen Quellen zeichnen ein empathischer und gleichzeitig nüchterner Blick auf die blassen, müden jungen Deutschen aus, die – isoliert, hungrig und ausgelaugt – den Krieg überlebt haben. Dass einige engagierte Niederländer aus christlicher Überzeugung diese Generation nach Europa zurückholen wollte,

<sup>7</sup>Vgl. Kohlbrugge, H., Zwei mal zwei ist fünf, Leipzig 2003.

<sup>8</sup>Vgl. Greschat, M., Die evangelische Christenheit und die deutsche Geschichte nach 1945. Weichenstellungen in der Nachkriegszeit, Stuttgart 2002.

war schon damals ein Zeichen guter Nachbarschaft.

HistLit 2004-4-089 / Katharina Kunter über Veen, Wilken: *Verzoening in de praktijk. De NCSV en de Duitse Questie*. Zoetermeer 2004. In: H-Soz-u-Kult 05.11.2004.

---

Wörsdörfer, Rolf: *Krisenherd Adria 1915-1955. Konstruktion und Artikulation des Nationalen im italienisch-jugoslawischen Grenzraum*. Paderborn: Ferdinand Schöningh Verlag 2004. ISBN: 3-506-70144-4; 629 S.

**Rezensioniert von:** Sabine Rutar, Institut für soziale Bewegungen, Ruhr-Universität Bochum

Die Frage, „wie die nationalen Identifikationsangebote von unterschiedlichen sozialen Gruppen verstanden und rezipiert wurden“, sei, so konstatierten Heinz-Gerhardt Haupt und Charlotte Tacke noch 1996, „noch weithin unbeantwortet“.<sup>1</sup> Das vorliegende Buch, hervorgegangen aus der 2001 erfolgten Habilitation Rolf Wörsdörfers, leistet einen essentiellen Beitrag zur Aufhebung dieses Mangels, und zwar gleich in mehrfacher Hinsicht. Nicht nur sprengt es die nationalstaatliche Matrix, die der Nationalismusforschung auch heute noch meist zugrunde liegt. Wörsdörfer wählt für seine Studie einen der komplexesten Räume in der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, den romanisch-slawisch-germanischen Grenzraum, und analysiert die „Konstruktion und Artikulation des Nationalen“, so der Untertitel, über mehrere zeitliche Demarkationen hinweg. Die Zeitspanne von den Nationalbewegungen des 19. Jahrhunderts über den Ersten Weltkrieg, die Zwischenkriegszeit und den Zweiten Weltkrieg bis zum ersten Nachkriegsjahrzehnt bedeutete für den untersuchten Raum das Kommen und Gehen von nahezu einem Dutzend nach- oder nebeneinander bestehenden Staatlichkeiten: „Die Habsburgermonarchie, das liberal-

monarchische, das faschistisch-monarchische, das faschistisch-republikanische und das republikanisch-demokratische Italien, die deutsche Besatzungsmacht, der 'Staat der Slowenen, Kroaten und Serben', das 1929 in 'Königreich Jugoslawien' umgetaufte 'Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen', schließlich die noch in den Sowjetblock eingebundene Föderative Volksrepublik (bis 1948) und das blockfreie titoistische Jugoslawien“ (S. 12). Hinzu kamen zwischen 1941 und 1945 eingerichtete partisanische Verwaltunggebiete sowie das Nachkriegsprovisorium des 'Freien Territoriums Triest', das aus der von den Alliierten kontrollierten Zone A und der von Jugoslawien verwalteten Zone B bestand. Kaum irgendwo sind Staatsgrenzen so häufig hin- und her geschoben worden. Es gelte zu analysieren, so Wörsdörfer (S. 17), „wann, wo und wie gesellschaftliche Gruppen oder Individuen, Behörden, Vereine, Genossenschaften, Partisanenverbände aufeinander trafen, die sich in der einen oder anderen Form national artikulierten“ und zu klären, „ob sich im Beobachtungszeitraum an der nordöstlichen Adria eine italienische und eine jugoslawische Nation (bzw. ein italienisches, ein slowenisches und ein kroatisches Volk) gegenüberstanden“.

Der italienisch-jugoslawische Grenzraum, „Schlüssel zum Verständnis der gemeinsamen Geschichte“ (S. 11) Italiens und Jugoslawiens, steht detailliert im Mittelpunkt, dient aber ebenso als Sprungbrett für eine höhere analytische Ebene: Die Studie ist ein bemerkenswerter Beitrag zur vergleichenden Geschichte, nicht nur, weil sie, als eine der ersten überhaupt, den südosteuropäischen Raum in den Blick nimmt. Der Vergleich der italienischen und der südslawischen Einigungsbewegungen und Staatsbildungen, der italienischen, slowenischen, kroatischen und jugoslawischen Vereine als Träger nationaler Mobilisierung zwischen 1880 und 1940, der Idee der *italianità* und der des *jugoslovenstvo*, des faschistischen Italien und der jugoslawischen Königsdiktatur der Zwischenkriegszeit, des italienischen und des jugoslawischen bzw. slowenischen und kroatischen Partisanenkrieges sowie der Nachkriegsstaaten und ihres Umgangs mit dem Grenzraum verdeutlicht, dass gängige Ost-West-Parameter wie

---

<sup>1</sup>Haupt, Heinz-Gerhardt; Tacke, Charlotte, Die Kultur des Nationalen. Sozial- und kulturgeschichtliche Ansätze bei der Erforschung des europäischen Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert, in: Hardtwig, Wolfgang; Wehler, Hans-Ulrich (Hgg.), Kulturgeschichte heute, Göttingen 1996, S. 266f.

der des „rückständigen“ Südosteuropa gegenüber dem „modernen“ Westeuropa, dem Italien, wenn auch manchmal mit Abstrichen, zugerechnet wird, nicht greifen. Die adriatischen Nachbarn wiesen durchaus vergleichbare Strukturmerkmale auf, und auch die Divergenzen lassen sich kaum hierarchisch ordnen.

Auch auf anderen Ebenen bricht die Studie mit historiografischer Tradition: Wörsdörfer wertet Quellenmaterial und Literatur aller vier untersuchten Sprachgruppen aus, hat in deutschen, italienischen, slowenischen und kroatischen Archiven gearbeitet. Bislang orientierte sich Geschichtsschreibung auch in dieser Hinsicht hauptsächlich an nationalstaatlichen, eher monolingualistischen Grenzen und Optiken. Seine Studie ist bedingt chronologisch angelegt, mit einigen dem Vergleich dienlichen Verschiebungen, und konzentriert sich methodologisch auf diskursive, symbolische, rituelle und lebensweltliche Aspekte der „Konstruktion und Artikulation des Nationalen“.

Die Darstellung des Partisanenkriegs gehört wegen der innovativen methodischen Herangehensweise zu den spannendsten Kapiteln des Buches. Auf einen ereignisgeschichtlichen vergleichenden Abriss („Zweierlei Zusammenbruch: Belgrad, 6. April 1941 – Rom, 8. September 1943“) folgt eine die post-jugoslawischen Historiografien etwas zu pauschal abhandelnde Zusammenfassung des Forschungsstandes. Anschließend konzentriert Wörsdörfer sich auf lebensweltliche Aspekte des Partisanendaseins, skizziert im Detail den Kriegsverlauf in der Grenzregion und beleuchtet das Spannungsfeld zwischen Nationalismus und Internationalismus in der massiv radikalisierten Situation. Die komplizierte, oft verworrene, manchmal geradezu grotesk erscheinenden Sinngebungsversuche durch Symbole wie dem roten Stern und der italienischen bzw. der jugoslawischen Trikolore, die national konnotierten Namen der Brigaden sowie die nationalisierten Inhalte der partisanischen politischen Schulung, Propaganda und Erinnerungskultur – hier die Bezugnahme auf das *Risorgimento*, dort die Rückbesinnung auf slowenische und kroatische Symbolik, die solidaritätsfördernder war als die jugoslawische – sind nur einige Aspek-

te der Schwierigkeiten mit der Aneignung nationaler Identifikationen. Daneben bestand eine interkulturelle bzw. interethnische Praxis auf verschiedenen Ebenen; insbesondere der Kampf gegen die deutschen Besatzer wurde zeit- und teilweise von Italienern und Slawen gemeinsam getragen. „Wahrscheinlich waren Slowenen, Kroaten und Italiener einander niemals zuvor so nah gewesen wie in bestimmten Momenten des Kampfes gegen die deutsche Besatzungsmacht [...]“ (S. 407) Eindrücklich zeigt sich Solidarität auch an zahlreichen Berührungspunkten im Bereich der Fest- und Gesangskultur. Gleichzeitig weist Wörsdörfer auf unterschiedliche Sinngebungen für ein und dasselbe Ereignis hin: Die Slowenen kennen etwa den ersten, mehrtägigen Kampf gegen die heranrückenden Deutschen als *Goriška fronta* (Front von Gorica), in Anlehnung an die Isonzo-Front des Ersten Weltkriegs. Die Italiener sprechen von der *battaglia di Gorizia* (Schlacht um Gorizia) und erinnern keine Grenzverteidigung, sondern die „erste wirkliche Kampfhandlung der *Resistenza*“ (S. 385).

Das Nachkriegsjahrzehnt war ein virulentes: Wörsdörfer konzentriert sich auch hier auf die ‚sozialen‘ und ‚nationalen‘ Aspekte der Ereignisse. Eine zentrale Rolle im Abrechnungsfuror spielten die jugoslawische Geheimpolizei OZNA (Oddelek za Zašito Naroda, Volksschutzabteilung) als kommunistisches Säuberungsinstrument, sowie die *Foibe* als Kristallisationspunkt nationaler und ideologischer Legitimations- und dann Erinnerungspolitik, wobei die besondere Komplexität der Lage die simplifizierende Mythenbildung um ‚Opfer‘, ‚Täter‘, ‚Anklage‘ und ‚Schuld‘ noch förderte. Wörsdörfer kontextualisiert die Foibe-Problematik – das Verschwinden von Menschen in Karstschlünden zum Zeitpunkt der italienischen Kapitulation im September 1943 und zum Kriegsende – als „traurige Höhepunkte eines weitgehenden Auseinanderfallens einer pluriethnischen Gesellschaft“ (S. 500). Es wird deutlich, dass jede einseitige oder monokausale Interpretation Auslassungen begeht: Die „Grenzen zwischen der ‚legitimen‘ Hinrichtung und dem Racheakt“ seien „unklarer, als man annehmen möchte“ (S. 499), die Verquickung nationaler und ideologischer Identitäten und Gegensät-

ze kaum mehr entwirrbar.

Interessante Einsichten bietet auch der Vergleich der beiden Migrationsbewegungen – der „konsistenten Minderheit“ (S. 524) der Slowenen und Kroaten aus dem faschistischen Zwischenkriegsitalien nach Jugoslawien und der Mehrheit der Italiener aus dem jugoslawischen Nachkriegsistriens nach Italien. Während der Faschismus die Italienisierung bzw. Entslawisierung der Region betrieb, verlangte der Kommunismus ein Bekenntnis zum Tito-Staat, in welcher Sprache auch immer. Italienisierte der Faschismus rigoros das Erscheinungsbild der Region und verbot slawisches Kultur- und Geistesleben, forcierte der Tito-Staat durch mehr oder weniger indirekte Repressionen die Abwanderung, durch die Verdrängung italienischer Beamten aus öffentlichen Ämtern, durch das Wirtschaftsleben regelnde Gesetze, die vor allem Italiener trafen, durch Druck auf italienische Eltern, ihre Kinder in slowenische Schulen zu schicken u.a.m. Die slowenischen und kroatischen Exilanten im Zwischenkriegsjugoslawien waren 1925 maßgeblich an der Gründung des Minderheiteninstituts in Ljubljana beteiligt, welches die in Italien verbliebenen Slawen mit einem gesättigten nationalen Selbstverständnis ausstattete, um der faschistischen Diskriminierung die Stirn zu bieten. Gleichzeitig blieben die Exilanten selbst Bürger zweiter Klasse – nicht nur die soziale und berufliche Integration erwies sich als schwierig, sie erhielten auch nie die jugoslawische Staatsbürgerschaft zuerkannt. Die Rolle der italienischen *esuli* nach dem Zweiten Weltkrieg in Italien war kaum minder zwiespältig: Siedlungen für die Istrianer wurden im Raum Triest gezielt dazu genutzt, vorher mehrheitlich slowenisch besiedelte Dörfer und Quartiere zu „italienisieren“.

Am Ende beider Weltkriege stand anstatt der Lösung der nationalen Fragen neues Leid im Zuge von Diskriminierung, Flucht und Vertreibung. Wörsdörfer plädiert für eine Annäherung der Perspektiven: Zwar habe die slowenisch-kroatische Abwanderung der Zwischenkriegszeit nicht das Ende einer Regionalkultur bedeutet – wie es für die italienische in Istrien der Fall war –, die „kulturellen Verwüstungen“ (S. 569) des italienischen Faschismus seien aber keineswegs zu unter-

schätzen.

Die kontextgebundene Nennung der Ortsnamen mal in der slawischen, mal in der italienischen Variante – manchmal mit der jeweiligen Übersetzung in Klammern – macht es ortsunkundigen Lesern nicht immer leicht, sich zu orientieren, ist aber als ‚political choice‘ durchaus akzeptabel. Die Vielsprachigkeit des Raumes wird so noch einmal deutlich, und in Zweifelsfällen hilft die Ortskonkordanz im Anhang.

Das Buch ist die erste umfassende deutschsprachige Studie über den italienisch-jugoslawischen Grenzraum in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Es hinterfragt festgefahrene, manchmal quasi unbewusste Bilder und Denkraster – Stichwort ‚Vorzimmer zum Balkan‘ – und bricht die Dynamiken der Erinnerung und des ‚mental mapping‘ auf: Ein gewichtiger Beitrag zur europäischen Kultur- und Nationalismusgeschichte.

---

HistLit 2004-4-167 / Sabine Rutar über Wörsdörfer, Rolf: *Krisenherd Adria 1915-1955. Konstruktion und Artikulation des Nationalen im italienisch-jugoslawischen Grenzraum*. Paderborn 2004. In: H-Soz-u-Kult 08.12.2004.

---

Zeitgeschichtliches Forum Leipzig (Hg.): *Nähe und Ferne. Deutsche, Tschechen und Slowaken*. Leipzig: Edition Leipzig - Dornier Verlagsguppe 2004. ISBN: 3-361-00573-6; 176 S.

**Rezensiert von:** Christiane Brenner, Collegium Carolinum, München

Von März bis Oktober 2004 wird die Ausstellung „Nähe und Ferne. Deutsche, Tschechen und Slowaken“ im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig gezeigt, einer Dependance des Bonner Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Ziel dieser Ausstellung und des gleichnamigen Begleitbandes ist es, das Wissen von Tschechen, Deutschen und Slowaken voneinander über das Niveau stereotyper Vorstellungen zu heben. Um zur Schaffung einer europäischen Identität beizutragen, heißt es im Vorwort des Ausstellungsreaders, wolle man sich zudem mit „umstrittenen und historisch belasteten Themen“ auseinandersetzen (S. 7). An Themen dieser Art fehlt es in den

Beziehungen zwischen den drei Völkern nicht – Diskussionen wie jüngst um die so genannten Beneš-Dekrete zeigen immer wieder, dass die Vermittlung grundlegenden Wissens auf allen Seiten Not tut. Dennoch hinterlässt der Begleitband zur Ausstellung einen zwiespältigen Eindruck. (Die Ausstellung selbst muss hier unberücksichtigt bleiben.)

Um das Fazit gleich vorwegzunehmen: Der schön bebilderte Band enthält zwar einige sehr lesenswerte Beiträge, doch ist die Gesamtkonzeption wenig innovativ. Ausgehend von konventionellen nationalstaatlichen Perspektiven werden die Leser in die deutsch-tschechische Beziehungsgeschichte eingeführt. Ansätze, die vermeintliche Logik solcher Perspektiven zu hinterfragen, sowie die Einordnung in den europäischen Kontext kommen dabei deutlich zu kurz. Aus dieser Binnensicht resultiert auch die ungleiche Gewichtung der einzelnen Themen und Zugänge: So wird zum Beispiel der Slowakei – sicher ohne bösen Hintergedanken – eine Nebenrolle zugewiesen. Zudem entsprechen einige Kapitel nicht dem aktuellen Forschungsstand. Tschechische oder gar slowakische Forschungsergebnisse werden in den Texten der meisten deutschen AutorInnen nur am Rande aufgegriffen, die entsprechenden Literaturangaben fehlen dann im Anhang.

Der chronologisch aufgebaute Band folgt den großen Zäsuren des 20. Jahrhunderts. Im Folgenden wird nur auf einzelne Beiträge eingegangen. Hans Lemberg eröffnet den historischen Teil mit einem Überblick über die Geschichte der böhmischen Länder bis zur Gründung der Tschechoslowakischen Republik im Jahr 1918, wobei es ihm besonders darum geht, den Lesern zu vermitteln, dass sich das nationale Denken des 19. und 20. Jahrhunderts nicht auf die Zeit vor 1848 zurückprojizieren lässt, da in dieser Phase andere Identitäten und Zugehörigkeiten die Gesellschaft ordneten. Als alternativer Ort zu der „auseinander organisierten“ deutsch-tschechischen Welt erscheint im Beitrag von Alena Wagnerová die Prager Kulturszene, die sie als idyllischen, multikulturellen Mikrokosmos zeichnet, der seine letzte Blüte nach 1933 erlebte, als zahlreiche deutsche Emigranten in Prag Aufnahme fanden.

Als „letzter Hort der Demokratie“ (S. 53) in Mitteleuropa wurde die Tschechoslowakei 1938/39 Opfer der nationalsozialistischen Expansions- und Rassenpolitik. Helga Grebing schildert die Schrecken der NS-Herrschaft im so genannten „Protektorat Böhmen und Mähren“, die einer Politik geschuldet waren, die kurzfristig auf wirtschaftliche Ausbeutung, mittel- und langfristig allerdings auf die „Germanisierung des böhmischen Raumes“ zielte. Der Beitrag argumentiert gegen die – in Deutschland leider immer noch vorhandene – Tendenz, die deutsche Gewaltherrschaft in Böhmen und Mähren zu verharmlosen. Etwas schematisch erscheinen indessen Grebings knappe Ausführungen zum „Reichsgau Sudetenland“ und zum Slowakischen Staat.<sup>1</sup> Aber auch die Dilemmata der tschechischen „Protektoratsregierung“, die versuchte, durch dosierte Loyalitätsadressen an die deutschen Machthaber die Zahl der Opfer niedrig zu halten, und darüber in Konflikte mit der Exilregierung geriet, werden nicht deutlich. Gerade bei der Auseinandersetzung mit dem gesamten Spektrum von Verhaltensformen unter den Bedingungen der Okkupation – den oft fließenden Übergängen zwischen Kollaboration, Kooperation, Passivität und Widerstand – hätte sich der Vergleich mit anderen besetzten europäischen Ländern angeboten.

Setzt Grebing die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei klar in den Kontext der Geschichte von „Protektorat“ und Krieg, kann Manfred Kittel zufolge nicht „auf den Grund der historischen Erkenntnis hinabsteigen [...], wer das komplexe Vertreibungsgeschehen auf Hitlers Krieg reduziert“ (S. 73). Bei der „historischen Erkenntnis“, die Kittel dem Leser in seinem Beitrag über die Beneš-Dekrete eröffnet, handelt es sich jedoch um eine recht tendenziöse: So wird etwa Konrad Henleins Politik für das nationalsozialistische Deutschland verharmlosend mit der Auslandsaktion von Tomáš G. Masaryk und Edvard Beneš verglichen. Herausgestellt werden in der stark auf Beneš fixierten Darstellung die Rechtsverletzungen an den Sudeten-deutschen in der Tschechoslowakei und eine

<sup>1</sup> Vgl. Tönsmeier, Tatjana, *Das Dritte Reich und die Slowakei 1939–1945. Politischer Alltag zwischen Kooperation und Eigensinn*, Paderborn 2003.

Kontinuität der tschechischen Vertreibungs-idee. Der qualitative Sprung, den der Nationalsozialismus in der Konfliktgeschichte zwischen Tschechen und Deutschen bedeutete, gerät damit nur mehr zum graduellen Wandel.

Sicher wird man Kittel bei der Verurteilung der Kollektivschuldthese und der Vertreibung folgen wollen. Auch die Kritik an der innenpolitischen Instrumentalisierung der Diskussion über die Beneš-Dekrete in der Tschechischen Republik ist berechtigt. Und dass erklärt wird, warum es sich bei diesen Dekreten, die in letzter Zeit so häufig durch die Medien gingen, eigentlich handelt, ist dankenswert. Allerdings stellt Kittel tschechische Positionen nicht adäquat dar und vermittelt den Eindruck, es habe in der tschechischen Gesellschaft keine Diskussionen, keine Entwicklung und auch keine Differenzierung der Meinungen gegeben. Auf dieser Grundlage wird sich die „offene Debatte“, die Kittel – Peter Glotz zitierend – anstelle „politisch korrekten Gesprächs“ (S. 77) fordert, nicht einstellen.

In zwei weiteren thematischen Blöcken werden die Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und den beiden deutschen Nachkriegsstaaten separat abgehandelt. Wirklich einleuchtend ist diese Trennung nicht. So hätte der Beitrag von Stephan Kruhl über die Vertriebenen in der Bundesrepublik vom Blick auf beide deutsche Gesellschaften sicher profitiert.<sup>2</sup> Im Beitrag über die Beziehungen zwischen der DDR und der Tschechoslowakei (Anne Martin, Daniel Weißbrot) hätten block- und deutschlandpolitische Faktoren stärkere Berücksichtigung finden müssen.

Am Schluss des Bandes stehen noch einmal tschechisch-deutsch-sudetendeutsche Befindlichkeiten. Antje Vollmer blickt auf die „Deutsch-Tschechische Erklärung von 1997“ zurück und verbindet ihre Betrachtungen mit einer deutlichen Kritik an der Sudeten-deutschen Landsmannschaft: Sie selbst habe sich immer wieder herauszufinden bemüht, was die Vertriebenenorganisationen von der Tschechischen Republik wollten, und sei zu

<sup>2</sup> Vgl. Hoffmann, Dierk; Krauss, Marita; Schwartz, Michael (Hgg.), Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, München 2000 (rezensiert von Angelika Fox: <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/id=3660>>).

dem Schluss gekommen, dass diese Frage bewusst offen gehalten werde, um „je nach politischer Großwetterlage [...] materielle Forderungen nachzuschieben“ (S. 156). Abschließend denkt Tomáš Kafka darüber nach, weshalb der Ruf der tschechisch-deutschen Beziehungen so schlecht ist. Er wirbt einerseits für die Einsicht, dass Tschechen und Deutsche nach Nationalsozialismus und Vertreibung nie wieder „wie in alten Zeiten [...] miteinander werden umgehen können“ (S. 167), und dafür, emotional aufgeladene Konkurrenz auf den Fußballplatz zu verlegen. Andererseits sieht er in der Verlagerung deutsch-tschechischer Zusammenarbeit in internationale Zusammenhänge eine Chance, den alten Beziehungsfallen zu entgehen.

Mehr Distanz zur der traditionellen nationalen Optik hätte auch der vorliegenden Publikation gut getan: Die Präsentation einer „deutschen“ oder „tschechischen“ Perspektive greift meist viel zu kurz und bringt es mit sich, dass die alte Aufrechnungslogik reproduziert wird – selbst dort, wo um „Ausgleich“ gerungen wird. Themen wie Emigration, Diktaturdurchsetzung und Leben in der Diktatur, Minderheitenpolitik, Zwangsmigration oder Vergangenheitspolitik muss man nicht einmal „tschechisch“ und einmal „deutsch“ abhandeln. Man kann sie unschwer auch für eine weiter gefasste Perspektive oder einen strukturellen Vergleich öffnen, womit nicht zuletzt auch die slowakische Geschichte und die Geschichte der Juden<sup>3</sup>, die in dem Band systematisch zu kurz kommen, leichter hätten integriert werden können.

Was die Auseinandersetzung mit den „umstrittenen und historisch belasteten Themen“ betrifft, zu der sich die Herausgeber ausdrücklich bekennen, so ist es eine Stärke des Bandes, dass hier Vertreter unterschiedlicher – bisweilen konträrer – Positionen zu Wort kommen. Meiner Meinung nach hätte man aber unbedingt einen Schritt weiter gehen und Argumentations- und Konfliktmuster stärker analysieren müssen. Ein möglicher Ansatz dafür wäre gewesen, auch die Außenperspektive einzubeziehen. Wer sagt, dass immer nur Deutsche, Tschechen (und ein Slowa-

<sup>3</sup> Zur Geschichte der Juden in der CšSR und unter der deutschen Okkupation sowie ihrer strukturellen Vernachlässigung durch die tschechische wie deutsche Historiografie vgl. die Arbeiten von Miroslav Kárný.

ke) über Deutsche, Tschechen (und Slowaken) schreiben dürfen?

HistLit 2004-4-011 / Christiane Brenner über Zeitgeschichtliches Forum Leipzig (Hg.): *Nähe und Ferne. Deutsche, Tschechen und Slowaken*. Leipzig 2004. In: H-Soz-u-Kult 05.10.2004.

Zimmermann-Steinhart, Petra: *Europas erfolgreiche Regionen. Handlungsspielräume im innovativen Wettbewerb*. Baden-Baden: Nomos Verlag 2003. ISBN: 3-8329-0367-4; 250 S.

**Rezensiert von:** Wolfgang Luutz, Leipzig

Die leicht überarbeitete Fassung der Dissertation, die die Verfasserin 2003 vorgelegt hat, reiht sich ein in die inzwischen kaum noch zu übersehende Forschungslandschaft zu Regionen in Europa. Warum, fragt die Autorin deshalb am Beginn sehr berechtigt, brauche man noch eine weitere Studie über Regionen. Man kenne zwar regionale Erfolgsgeschichten, so die vorläufige Antwort im Vorwort, aber man wisse nicht genug über die Gründe des Erfolgs europäischer Regionen. Gerade von den erfolgreicherer Regionen könnten die erfolgloseren lernen (S. 5). Das macht nicht nur neugierig, sondern schürt auch Erwartungen.

Die Autorin präzisiert dann aber ihr Anliegen in einer Art und Weise, die beim Leser rasch einen gewissen Ernüchterungseffekt hervorruft: Es geht ihr nämlich eigentlich um die Frage, „welche Strategien und Anpassungsmechanismen bereits erfolgreiche Regionen in unterschiedlichen nationalen Kontexten und unterschiedlichen Politikfeldern ergreifen bzw. erbringen, um ihre Position im EU-Wettbewerb behaupten zu können und welchen Handlungsrestriktionen sie hierbei unterliegen“ (S. 13). Also nicht die Erklärung des (technisch-wirtschaftlichen) Erfolgs selbst ist Gegenstand, sondern die (politischen) Behauptungsstrategien bereits erfolgreicher Regionen interessieren.

Auch das Feld „Europas erfolgreiche Regionen“ schrumpft schnell zusammen. Ausgewählt und vergleichend analysiert wurden die französische Region Rhône-Alpes und das deutsche Bundesland Baden-Württemberg. Begründet wird diese Auswahl damit, dass

beide Regionen im jeweiligen nationalen Maßstab – gemessen an sozialökonomischen Parametern (Vergleichbarkeitsbedingung) – als erfolgreich gelten, aber eine sehr unterschiedliche politische Kompetenzausstattung (Bedingung größtmöglicher Differenz) besitzen (S. 95ff.). Die zugrunde liegende Annahme lautet dann auch, dass regionale Innovationsstrategien nur in geringem Maße von institutionellen Rahmenbedingungen (deutscher Föderalismus versus sich nur allmählich dezentralisierender französischer Einheitsstaat) abhängen, sondern der regionale Gestaltungswille, die Bereitschaft, die vorhandenen Kompetenzen zu nutzen, im Vordergrund stehen. Kurz: Die Aufgabe der Arbeit „ist es demnach, zu klären, wie Regionen mit den gegebenen Rahmenbedingungen umgehen“, welche Strategien als erfolgreich geltende Regionen anwenden (S. 15). Eine als Vergleichsmaßstab dienende Variable ist also die „verfasste Kompetenz in der Region“ (S. 22 ff.). Allerdings, das sei angemerkt, wird die Leistungsfähigkeit dieses Begriffes durch mehrere Unklarheiten eingeschränkt. Zum einen ist nicht klar, wie man diese regionale Kompetenz von nationalen und EU-Kontext-Bedingungen trennscharf abzugrenzen kann. Das wäre aber die Bedingung dafür, um den Einfluss bzw. die Gestaltungskraft regionaler Akteure bestimmen zu können. Außerdem überdecken sich in ihrem Begriff der politischen Kompetenz zwei Gesichtspunkte, die man durchaus schärfer abheben sollte; zum einen geht es um die Einflussmöglichkeiten regionaler Akteure auf nationale bzw. EU-Entscheidungsprozesse („Außenpolitik“), zum anderen um das Vermögen regionaler politischer Institutionen, regionalwirtschaftliche Prozesse zu regulieren bzw. zu gestalten („Innenpolitik“).

Die Autorin räumt solchen begrifflichen Klarstellungen jedoch nur wenig Platz ein. Sie beschränkt sich bei ihrer Kompetenzanalyse auf die Untersuchung dreier Politikfelder. Herausgegriffen werden Wirtschaftspolitik, Umweltpolitik und Forschungs- und Technologiepolitik. Systematisch legt sie dabei die Unterscheidung regulative-distributive Politik zugrunde, wobei Wirtschaftspolitik dem Pol regulativer und Forschungs-/Technologiepolitik dem Pol distributiver

Politik zugeordnet werden (S. 19, 27f.). Einen Vorzug der Arbeit sieht die Autorin gerade darin, den Einfluss der EU auf das regionale Regieren sowohl im Bereich der regulativem als auch der distributiven Politik zu untersuchen (S. 27). Kritisch ist hierzu aus meiner Sicht anzumerken, dass auch Wissenschafts- und Technologiepolitik regulativen Imperativen unterliegt. Insofern trägt die forschungsleitende Unterscheidung nur wenig zur Ordnung des Untersuchungsfeldes bei. Vor allem aber vermisste ich ein Politikfeld als Untersuchungsgegenstand, das wesentlichen Einfluss auf die regionale Leistungsfähigkeit gewinnen kann, den Bereich europäischer, nationaler oder von den Regionen selbst getragener Regional- bzw. Raumordnungspolitik mit seinen spezifischen Instrumentarien (wie „EFRE“ und „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“).

Nun sind solche Beschränkungen forschungspragmatisch sicher zu rechtfertigen, zumal wenn die Arbeit hilft, und das ist durchaus der Fall, unser Wissen über divergierende regionalpolitische Entwicklungsstrategien in Europa zu erhöhen. Dennoch wird der mögliche Gewinn durch eine begriffliche „Fehlinvestitionen“ geschmälert, die deshalb auch weniger Nachsicht verdient, den verwendeten Regionenbegriff. Ihrer Arbeit liegt ein Begriff von Region im Sinne „politischer Region“ zugrunde, dessen wichtigstes Merkmal die Existenz einer gewählten Vertretung ist (S. 16). Das ist aus meiner Sicht doppelt problematisch. Einmal, weil viele Regionalprojekte, die durch informelle Politik-Netzwerke gestaltet werden, dieses Merkmal der Repräsentation nicht aufweisen. Zum anderen aber, dieser Einwand ist gewichtiger, weil hier in unzulässiger Weise politische und wirtschaftliche Regionalisierungen gleichgesetzt werden. Die Rede von erfolgreichen Regionen bezieht sich eindeutig auf ökonomisch erfolgreiche Regionen. Der Begriff der Kompetenz meint hingegen regionale politische Gestaltungsspielräume. Es stellt sich die Frage, ob ökonomisch erfolgreiche Regionen mit politisch-administrativen Einheiten immer zusammenfallen, ob sie nicht anders, evt. kleinräumiger strukturiert sind als politisch verfasste Regionen im oben einge-

fährten Sinne. Diese kurzschlüssige In-eins-Setzung von politischer und wirtschaftlicher Region setzt sich übrigens später bei der Definition des Strategiebegriffs, von ihr bestimmt als eine auf „das Ziel der Erhaltung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der betreffenden politischen Einheit, in dem Fall der Region, gerichtete Maßnahme“ (S. 138), fort. Der Begriff der (regionalpolitischen) Strategie ist viel zu eng auf die Frage ökonomistisch verkürzter „Wettbewerbsfähigkeit“ zugeschnitten. Andere Aspekte politischer Gestaltung wie das Streben nach politischer und kultureller Autonomie werden von vornherein ausgeklammert.

Meine Einwände beziehen sich also eher auf diese unklaren begrifflichen Voraussetzungen des Ansatzes als auf seine Ausführung. Welche Ergebnisse der Untersuchung halte ich für hervorhebenswert?

Begonnen wird mit einer Analyse der EU-Rahmenbedingungen (Kapitel 2) und der divergierenden nationalen Rahmenbedingungen in Frankreich und Deutschland (Kapitel 3). Diese Abschnitte sind durchaus informativ, wenn auch die gravierenden Veränderungen, die sich im Verständnis von Regionalpolitik im europäischen und nationalen Kontext in den letzten 40 Jahren vollzogen haben, von der Autorin nur andeutungsweise dargestellt werden konnten (siehe dazu ausführlicher etwa Heeg 2001<sup>1</sup> oder Conzelmann 2002<sup>2</sup>). Dem schließt sich eine „Ist-Analyse“ der beiden Fälle, des Landes Baden-Württemberg und der Region Rhône-Alpes, an (Kapitel 4), wobei die Autorin auf die geo- und demografischen Rahmenbedingungen, die wirtschaftlichen Profile, die Hochschul- und Forschungslandschaft, die Finanzausstattung und die politischen Akteure im beiden Räumen eingeht. Die nähere Beschäftigung mit den Fällen zeigt nun aber, das wird Kenner der Szene (die um die Dilemmata vergleichender Ansätze wissen) kaum überraschen, dass unterhalb der Oberflächenbeschreibung „erfolgreiche Regionen“ gravierende Unterschiede in der demografischen Dichte, der ökonomischen Struktur, der Organisation der For-

<sup>1</sup> Heeg, Susanne, Politische Regulation des Raums. Metropolen - Regionen - Nationalstaat, Berlin 2001.

<sup>2</sup> Conzelmann, Thomas, Große Räume, kleine Räume. Europäisierte Regionalpolitik in Deutschland und Europa, Baden-Baden 2002.

schungslandschaft und der politischen Verfasstheit der Regionen existieren.

Im Kapitel 5 kommt die Autorin zum eigentlichen Gegenstand ihrer Arbeit, dem Vergleich der von beiden Regionen gewählten Strategien im Innovationswettbewerb. Sie unterscheidet dabei zwischen inhaltlicher und Kompetenzstrategie sowie indirekter und direkter Strategie (S. 138f.). Die Untersuchung selbst konzentriert sich auf die Analyse von fünf Strategieaspekten (wobei für mich nicht hinreichend klar geworden ist, worum genau diese Gesichtspunkte herausgegriffen wurden<sup>3</sup>):

- Ziele und Leitbilder bezogen auf die Politikressorts Wirtschaftspolitik, Umweltpolitik und Forschungs- und Technologiepolitik
- Strategien zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit (Infrastruktur, regionale Beihilfen)
- Die Umsetzung der FFH-Richtlinie der EU
- Politikfeldübergreifende Strategie 1 – das Beispiel der „Vier Motoren für Europa“
- Politikfeldübergreifende Strategie 2 – Werbung nach innen und außen

Mit dieser Untergliederung gelingt es der Autorin durchaus, bestimmte Charakterzüge/Variationen regionaler Gestaltungsstrategien darzustellen. Insofern ist ein zu beachtender Beitrag zur vergleichenden politikwissenschaftlichen Regionalpolitik-Forschung entstanden. Weder war jedoch durch die Arbeit sicher zu klären, inwieweit solche regionalen Strategien funktional sind im Sinne der Selbstbehauptung von Regionen

<sup>3</sup>Das heißt nicht, dass ich diese Operationalisierung nicht für möglich halte. Was ich vor allem bemängeln möchte, ist, dass sie argumentativ ungenügend eingeholt wird. Die erwähnten Unterscheidungen von Strategieaspekten (inhaltliche-Kompetenzstrategie, direkte-indirekte Strategie) werden für die Ordnung des Untersuchungsfeldes jedenfalls kaum wirksam. Warum erfolgt zum Beispiel eine Konzentration auf Leitbildern, statt deren projektbezogene Umsetzung zu analysieren (Abschnitt 5.2)? Weshalb wird unter 5.3 (Strategien zur Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit) nicht auf Kultur- und Bildungspolitik eingegangen? Warum wird die Umsetzung der FFH-Richtlinie zu einem Schwerpunkt gemacht, obwohl die Regionen nachgewiesenermaßen von sich aus kaum Anstrengungen zu deren Realisierung unternehmen? Warum werden die Erzählung der „Vier Motoren für Europa“ und die Werbung nach innen und außen zu Untersuchungsschwerpunkten gemacht, wo doch deren Effekte im Sinne einer Kompetenzsteigerung gar nicht sicher bestimmbar sind?

im europäischen Innovationswettbewerb, noch konnte die Kernthese der Arbeit, dass die Wahl der regionalen Strategie nicht vorrangig von der Kompetenzausstattung der Region abhängig ist, hinreichend belegt werden, da der verwendete Kompetenzbegriff unzulässig oszilliert.<sup>4</sup> Diesem (Zwischen-)Ergebnis sollten deshalb nicht nur – was in der Natur der Sache liegt – weitere fall-spezifische empirische Untersuchungen zu anderen europäischen Regionen und anderen Politikressorts folgen, sondern auch methodisch-begrifflich orientierte kritische Reflexionen angeschlossen werden.

HistLit 2004-4-070 / Wolfgang Lutz über Zimmermann-Steinhart, Petra: *Europas erfolgreiche Regionen. Handlungsspielräume im innovativen Wettbewerb*. Baden-Baden 2003. In: H-Soz-u-Kult 28.10.2004.

<sup>4</sup>Ein Beispiel: So heißt es im Fazit, dass die Kompetenzausstattung nicht die ausschlaggebende Variable für die Wahl der regionalen Strategie ist, sondern es „vor allem die finanziellen Möglichkeiten und Freiräume der Gebietskörperschaften (sind), die deren Handlungsoptionen bestimmen“ (S. 193). Was aber sind Freiräume von Gebietskörperschaften anderes als Kompetenzen?